

Brüssel, den 18.3.2015
SWD(2015) 25 final/2

CORRIGENDUM

This document corrects document SWD(2015) 25 final of 26.02.2015

Correction of clerical errors in the text

The text shall read as follows:

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

**Länderbericht Deutschland 2015
mit eingehender Überprüfung der Vermeidung und Korrektur makroökonomischer
Ungleichgewichte**

{COM(2015) 85 final}

Beim vorliegenden Dokument handelt es sich um eine Arbeitsunterlage der Dienststellen der Europäischen Kommission. Diese gibt weder den offiziellen Standpunkt der Kommission wieder noch greift sie ihm vor.

INHALT

<u>Zusammenfassung</u>	1
1. <u>Situationsbeschreibung: Wirtschaftslage und -aussichten</u>	5
2. <u>Ungleichgewichte, Risiken und Anpassung</u>	14
2.1. <u>Leistungsbilanz</u>	15
2.2. <u>Privater Verbrauch</u>	23
2.3. <u>Investitionen</u>	33
2.4. <u>Spill-over-Effekte im Euro-Währungsgebiet</u>	57
3. <u>Andere strukturelle Probleme</u>	63
3.1. <u>Steuern, langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und haushaltspolitischer Rahmen</u>	65
3.2. <u>Finanzsektor</u>	69
3.3. <u>Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik</u>	71
3.4. <u>Energie, Verkehr, Dienstleistungen und öffentliches Auftragswesen</u>	75
3.5. <u>Maßnahmen für langfristiges Wachstum</u>	79
A. <u>Übersichtstabelle</u>	81
AB. <u>Standard Tables</u>	89
B. <u>Standardtabellen</u>	89

VERZEICHNIS DER KÄSTEN

1.1. Verfahren der wirtschaftlichen Überwachung	11
2.1.1. Bedeutung der Einkommensbilanz für den Leistungsbilanzüberschuss	20
2.2.1. Die Arbeitsproduktivität und die Entwicklung der Arbeitskosten in Deutschland	29
2.3.1. Genauere Betrachtung der Energieinvestitionen	38
2.3.2. Hauptbestandteile der Steuerreformen in Deutschland von 2001 und 2008	47
2.3.3. Preisentwicklungen und Finanzierungsbedingungen auf dem deutschen Wohnimmobilienmarkt	52

TABELLENVERZEICHNIS

1.1. Wirtschaftliche, finanzielle und soziale Schlüsselindikatoren – Deutschland	12
1.2. Indikatoren für das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (VMU-Scoreboard)	13
2.1.1. Veränderungen bei der Leistungsbilanz (LB) und Beitrag der Ersparnisse und Investitionen nach Sektor (in BIP-Prozentpunkten)	16
2.3.1. Deutschlands Haushaltsprojektionen und europäische und nationale Defizitobergrenzen (in % des BIP)	35

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

1.1. Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen (Index, 2010 = 100)	5
1.2. Beitrag zum BIP-Wachstum nach Komponenten der Endnachfrage (% KKS)	5
1.3. Privater Konsum in konstanten Preisen (Index, 2010 = 100)	6
1.4. Bruttoanlageinvestitionen und Zusammensetzung im Vergleich zu den Prognosen (Herbst/Winter) (jährliches Wachstum, 2013-2015)	6
1.5. Investitionslücke gegenüber dem Euro-Währungsgebiet ohne Deutschland, Irland und Spanien – Beitrag nach Güterart (in % des BIP)	7
1.6. Investitionslücke gegenüber dem Euro-Währungsgebiet ohne Deutschland, Irland und Spanien – Beitrag nach Sektor (in % des BIP)	7
1.7. Differenz zwischen tatsächlicher und struktureller Arbeitslosigkeit (in%)	7
1.8. Beiträge zur Gesamlinflation (in % gegenüber Vorjahr)	8
1.9. Leistungsbilanzsaldo nach Handelsregion (in % des BIP)	8
1.10. Kreditvergabe nach institutionellen Sektoren (konsolidiert, in % des BIP)	9
1.11. Potenzialwachstum und Beitrag je Produktionsfaktor (in Prozentpunkten pro Jahr)	9
1.12. Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung (in Millionen)	10
2.1.1. Leistungsbilanzsaldo, inländische Ersparnisse und Investitionen (in % des BIP)	15
2.1.2. Sparüberhang und Leistungsbilanzsaldo nach Sektoren (in % des BIP)	15
2.1.3. Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (in % des BIP)	16

<u>2.1.4. Gesamtstaat (in % des BIP)</u>	17
<u>2.1.5. Aufschlüsselung des Leistungsbilanzsaldos gegenüber dem Rest der Welt (in % des BIP)</u>	17
<u>2.1.6. Aufschlüsselung des Leistungsbilanzsaldos gegenüber dem Euro-Währungsgebiet (in % des BIP)</u>	17
<u>2.1.7. Leistungsbilanzsaldo gegenüber der EU-28, dem Euro-Währungsgebiet und Schwellen- und Entwicklungsländern (in % des BIP)</u>	18
<u>2.1.8. Aufschlüsselung des Leistungsbilanzsaldos gegenüber China (in % des BIP)</u>	18
<u>2.1.9. Exporte und Importe (jährliche Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr in %)</u>	19
<u>2.1.10. Importe nach Produktkategorien (jährliche Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr in %)</u>	19
<u>2.1.11. Veränderungen beim Warenhandel mit anfälligen Ländern zwischen den Zeiträumen 2004–2007 und 2011–2014 (in Mrd. EUR)</u>	19
<u>2.2.1. Einnahmen aus einkommens- und vermögensbezogenen Steuern der Privathaushalte und der POOE* sowie aus Sozialabgaben (in % des BIP)</u>	23
<u>2.2.2. Impliziter Steuersatz auf Arbeit (in %)</u>	23
<u>2.2.3. Steuer- und Abgabenlast bei 50 % des Durchschnittslohns in den Jahren 2001 und 2012 (in % der Gesamtarbeitskosten)</u>	25
<u>2.2.4. Steuer- und Abgabenlast bei 67 % des Durchschnittslohns in den Jahren 2001 und 2012 (in % der Gesamtarbeitskosten)</u>	25
<u>2.2.5. Impliziter Steuersatz auf Arbeit (in %)</u>	25
<u>2.2.6. Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und anderen indirekten Steuern (in % des BIP)</u>	26
<u>2.2.7. HVPI* in Deutschland (jährlicher durchschnittlicher Index, 2000 = 100)</u>	26
<u>2.2.8. HVPI* für Strom (jährlicher durchschnittlicher Index, 2000 = 100)</u>	26
<u>2.2.9. Kaitz-Index für Bruttolöhne und Arbeitskosten, bei Vollzeitbeschäftigten (2013)</u>	28
<u>2.3.1. Bruttoanlageinvestitionen nach Gebietskörperschaften (in % des BIP)</u>	33
<u>2.3.2. Bruttoanlageinvestitionen nach Gebietskörperschaften (in % des BIP)</u>	33
<u>2.3.3. Gesamtinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes und Baugewerbes und Investitionen des Energiesektors</u>	36
<u>2.3.4. Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an den Gesamtausfuhren (in %; Durchschnitt 2010-2013)</u>	41
<u>2.3.5. Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an den Nominalinvestitionen Deutschlands in Maschinen und Ausrüstung (in %, Durchschnitt 2010-2013)</u>	41
<u>2.3.6. Anteil an den gesamten nominalen Warenausfuhren und an den Gesamtnominalinvestitionen in Maschinen und Ausrüstung nach Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes (in %, Durchschnitt 2008-2012)</u>	42
<u>2.3.7. Anteil an den gesamten nominalen Warenausfuhren und an den Gesamtnominalinvestitionen in Maschinen und Ausrüstung nach Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes (in %, Durchschnitt 2008-2012), ohne Automobilbranche</u>	42
<u>2.3.8. Erwerb von Aktien und sonstigen Anteilsrechten durch nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (in % des BIP)</u>	43
<u>2.3.9. Anteil Beteiligungen und Wertpapiere am Gesamtvermögen der Unternehmen</u>	44

<u>2.3.10. Anteil Beteiligungen und Wertpapiere am Gesamtvermögen der Unternehmen (in %) – Großunternehmen im Vergleich zu KMU</u>	45
<u>2.3.11. Anteil Beteiligungen und Wertpapiere am Gesamtvermögen der Unternehmen (in %) – Kapitalgesellschaften im Vergleich zu Personengesellschaften</u>	45
<u>2.3.12. Grenzkosten zusätzlicher Inlandsinvestitionen in verschiedene Arten von Aktiva (in %, auf Unternehmensebene)</u>	48
<u>2.3.13. Marginaler Steuervorteil der Fremdfinanzierung (in %, auf persönlicher Ebene)</u>	49
<u>2.4.1. Wertschöpfungsexporte nach Deutschland als Anteil am BIP der Ausfuhrländer (in %, 2011; wichtigste 15 EU-Länder)</u>	57
<u>2.4.2. Wertschöpfungsexporte Deutschlands als Anteil am deutschen BIP (in %, 2011)</u>	58
<u>2.4.3. Bruttoauslandsvermögen Deutschlands als Anteil am BIP der Gegenseite (in %, wichtigste 15 EU-Länder, ohne Luxemburg)</u>	59
<u>2.4.4. Bruttoauslandsvermögen als Anteil am deutschen BIP (in %)</u>	59
<u>2.4.5. Auslandsforderungen deutscher Banken als Anteil am deutschen BIP (in %, nach Sektoren)</u>	59
<u>2.4.6. Bruttoauslandsverbindlichkeiten als Anteil am deutschen BIP (in %)</u>	60
<u>2.4.7. Positiver Schock für öffentliche Investitionen in Deutschland</u>	62

ZUSAMMENFASSUNG

Die deutsche Wirtschaftsleistung zeigte einen unebenen Verlauf, dürfte aber allmählich steigen. Die Inlandsnachfrage ist schließlich zum wichtigsten Wachstumstreiber geworden, und der Verbrauch der Haushalte hat sich gut entwickelt, doch die Unternehmensinvestitionen haben die Erwartungen enttäuscht und bleiben verhalten. Im weiteren Verlauf dürfte die Konjunktur allmählich anziehen. Die positiven Beschäftigungsaussichten sowie die niedrigen Zinssätze und steigenden Reallöhne dürften dem privaten Verbrauch Auftrieb geben. Die Unternehmensinvestitionen dürften sich erholen, während bei den Wohnbauinvestitionen eine Abschwächung auf ein maßvolleres Tempo zu erwarten ist. Das Importwachstum dürfte anziehen, während die Exporte von der steigenden Nachfrage der Handelspartner Deutschlands profitieren dürften. Die fallenden Ölpreise werden weiter auf die Verbraucherpreise drücken, doch steigende Arbeitskosten dürften die Kerninflation aufrechterhalten.

In diesem Länderbericht wird die deutsche Wirtschaft vor dem Hintergrund des Jahreswachstumsberichts der Kommission bewertet, in dem empfohlen wird, dass sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU im Jahr 2015 auf drei wesentliche Säulen stützt: Investitionen, Strukturreformen und eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik. Im Einklang mit der Investitionsoffensive für Europa wird auch untersucht, wie der Einsatz öffentlicher Mittel optimiert und die private Investitionstätigkeit belebt werden könnten. Zu guter Letzt wird Deutschland im Lichte der Ergebnisse des Warnmechanismus-Berichts 2015 bewertet, in dem es die Kommission für sinnvoll befand, eingehender zu überprüfen, ob die Ungleichgewichte fortbestehen oder abgebaut werden. Die in diesem Länderbericht enthaltene eingehende Überprüfung führt zu folgenden zentralen Schlussfolgerungen:

- **Die Leistungsbilanz weist nach wie vor einen sehr hohen Überschuss auf, der 2015 den Projektionen zufolge auf 8 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anwachsen wird.** Grund ist ein Handelsbilanzüberschuss, der aus der starken Wettbewerbsfähigkeit, namentlich im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe, sowie hohen Erträgen aus Privatsektorinvestitionen im

Ausland resultiert, denen insbesondere aufgrund der Investitionsschwäche keine entsprechend höhere Binnennachfrage gegenüberstand. Auch die Auswirkungen der niedrigen Energiepreise tragen zu dem Überschuss bei. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss gegenüber den Euroraum-Partnern ist auf weniger als ein Viertel des Gesamtüberschusses geschrumpft, was darauf hindeutet, dass im Euro-Währungsgebiet gegenwärtig eine Rebalancierung stattfindet.-

- **Der private Konsum hat angezogen, doch könnte sein künftiges Wachstum durch mehrere Faktoren gebremst werden.** Einige Gestaltungsmerkmale des Steuersystems könnten den künftigen privaten Verbrauch hemmen. Dazu gehören die hohe Abgabenbelastung der Arbeit und die Auswirkungen der kalten Progression auf die verfügbaren Einkommen. Auch der steile Kostenanstieg bei erneuerbaren Energien schlägt sich auf das verfügbare Einkommen der Haushalte nieder.
- **Die hartnäckige Schwäche der Unternehmensinvestitionen und die unzureichenden öffentlichen Investitionen bleiben ein Hemmschuh für das Wachstum.** Aufgrund anhaltend schwacher Ausrüstungsinvestitionen und der nachlassenden Wachstumsdynamik der Wohnbauinvestitionen hat die Investitionstätigkeit des privaten Sektors die Erwartungen enttäuscht. Während deutsche Unternehmen lebhaft im Ausland investieren, ist die Investitionsflaute im Inland angesichts der günstigen Rahmenbedingungen für die Kapitalbildung bemerkenswert. Die öffentlichen Investitionen wurden dem Bedarf nicht gerecht, und adäquate öffentliche Investitionen auf kommunaler Ebene wurden durch die derzeitigen föderalen Finanzbeziehungen nicht sichergestellt.
- **Deutschland ist eng mit dem Euro-Währungsgebiet verflochten, und wirtschaftliche Ausstrahlungseffekte implizieren, dass sich wirtschaftliche Entwicklungen in Deutschland günstig, aber auch nachteilig auf andere Mitgliedstaaten auswirken können.** Deutschland ist ein wichtiger Exportmarkt für andere Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, insbesondere für Länder, die in die Produktionskette deutscher

Unternehmen eingebunden sind. Auch wenn die Euroraum-Partner vom deutschen Handelserfolg profitieren, bergen die schwachen Inlandsinvestitionen, das sinkende Potenzialwachstum und die Abhängigkeit von der Weltkonjunktur doch Risiken sowohl für Deutschland als auch für das Euro-Währungsgebiet.

Im Länderbericht werden auch andere makroökonomische und strukturelle Aspekte analysiert, wobei sich folgende zentrale Schlussfolgerungen ergeben:

- **Öffentliche Finanzen:** Ausgeglichene Haushalte und strukturelle Überschüsse eröffnen in den kommenden Jahren Spielraum für Investitionen in das künftige Wachstumspotenzial der Wirtschaft. Die Abgabenbelastung der Arbeit bleibt insbesondere bei Geringverdienern hoch, während die Möglichkeiten für eine Verlagerung der Abgabenlast auf wachstumsfreundlichere Einnahmequellen noch nicht ausgeschöpft erscheinen. Die Rentenreform vom vergangenen Jahr hat die langfristige Tragfähigkeit des Rentensystems zusätzlich belastet, und die öffentlichen Gesundheitsausgaben gehören (bezogen auf das BIP) zu den höchsten in der EU. Die verfassungsmäßige Schuldenbremse ist auf Bundesebene noch nicht vollständig umgesetzt.
- **Finanzsektor:** Der Bankensektor ist resilienter geworden, doch stehen der Konsolidierung der öffentlich-rechtlichen Banken nach wie vor Hindernisse im Wege und ist der Risikokapitalmarkt noch unterentwickelt. Die geringe Rentabilität und die niedrigen Zinssätze könnten institutionelle Anleger vor eine Herausforderung stellen.
- **Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik:** Die Beschäftigung nimmt weiter zu, und die Arbeitslosigkeit ist niedriger denn je. Trotz der aktuell günstigen Gesamtlage macht sich erster Fachkräftemangel bemerkbar, bleibt die Arbeitslosigkeit in manchen Regionen relativ hoch und wird die Erwerbsbevölkerung aufgrund des demographischen Wandels den Projektionen zufolge mittel- bis langfristig schrumpfen. Vor diesem Hintergrund bleiben die unzureichenden Arbeitsanreize und die

Vermittelbarkeit von Arbeitskräften ein Thema, auch um deren Einkommenssituation zu verbessern. Die Langzeitarbeitslosigkeit gibt zunehmend Anlass zur Sorge und liegt noch auf hohem Niveau.

- **Energie, Verkehr, Dienstleistungen und öffentliches Auftragswesen:** Mehr erneuerbare Elektrizität, die mit unzureichender Übertragungskapazität einhergeht, stellt das Netzmanagement vor eine Herausforderung. Bei den freiberuflichen Dienstleistungen und im Schienenverkehr bestehen weiterhin Wettbewerbshemmnisse, während nach wie vor nur ein sehr geringer Teil aller öffentlichen Aufträge nach EU-Vergaberecht ausgeschrieben wird.

Insgesamt hat Deutschland bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen des Jahres 2014 begrenzte Fortschritte erzielt. Was die für das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht relevanten Maßnahmen anbelangt, wurden zwar gewisse Schritte zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen unternommen, doch scheinen diese nicht ausreichend, um den Investitionsstau bei Infrastruktur, Bildung und Forschung aufzulösen. Es wurden keine Maßnahmen ergriffen, um die Effizienz des Steuersystems zu verbessern oder die hohen Steuern und Sozialbeiträge zu senken. Das Potenzial des allgemeinen Mindestlohns, den privaten Konsum zu erhöhen, könnte begrenzt sein. Was die Empfehlungen für andere politische Herausforderungen angeht, wurden zwar einige Maßnahmen getroffen, um die Kosteneffizienz der öffentlichen Ausgaben zu verbessern, doch hat Deutschland nichts unternommen, um die langfristige Tragfähigkeit des Rentensystems sicherzustellen. Bei der Behebung von Engpässen in der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen kommt Deutschland voran, doch die steuerlichen Fehlanreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wurden bislang nicht angegangen. Es wurden keine signifikanten Anstrengungen unternommen, um den Wettbewerb im Schienenverkehr und im Dienstleistungssektor zu beleben.

In diesem Länderbericht werden die politischen Herausforderungen aufgezeigt, die sich aus der Analyse makroökonomischer Ungleichgewichte

ergeben. So ist insbesondere die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zwar von Vorteil, doch täte das Land gut daran, in stärkerem Maße auf inländische Wachstumsquellen zu setzen. Im Einzelnen ist festzuhalten:

- **Ein Investitionsschub könnte das künftige Wachstumspotenzial des Landes freisetzen.** Die Nutzung seines haushaltspolitischen Spielraums würde Deutschland in die Lage versetzen, den öffentlichen Investitionsstau aufzulösen. Verbesserungen der unternehmerischen Rahmenbedingungen und der Unternehmensbesteuerung würden den Investitionen des privaten Sektors Auftrieb geben. Sowohl bei der Energieinfrastruktur als auch der Energieeffizienz besteht erheblicher Investitionsbedarf, will Deutschland seine Ziele erreichen. Initiativen zur Erzielung von Effizienzsteigerungen durch sektorale Reformen, beispielsweise im Dienstleistungssektor, würden Investitionen ebenfalls unterstützen.
- **Eine weitere Erschließung des Arbeitskräfte- und Fachkräftepotenzials zur Stärkung von Wachstum und Einkommen.** Der Abbau von Fehlanreizen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder die Verlängerung der Arbeitszeit und die Erleichterung besserer Bildungserfolge würden Deutschland ebenfalls helfen, sein Wachstumspotenzial zu steigern. Auf mittlere Sicht bestehen die zentralen Herausforderungen für die Politik darin, die Auswirkungen der kalten Progression anzugehen und den (potenziellen) Beschäftigungseffekten des Mindestlohns zu begegnen.

Weitere Herausforderungen sind:

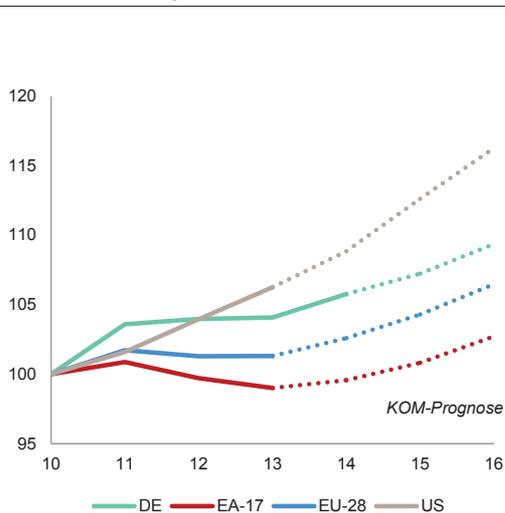
Strukturpolitische Maßnahmen zur Förderung eines nachhaltigen langfristigen Wachstums. Im Energiesektor scheint es wichtig, die Auswirkungen der Erneuerbare-Energien-Reform auf die Verbraucherkosten weiter im Auge zu behalten und energiepolitische Maßnahmen mit den Nachbarländern abzustimmen. Darüber hinaus scheint Spielraum für sektorale Reformen zur Verbesserung des Wettbewerbs, insbesondere bei den freiberuflichen Dienstleistungen und im Schienenverkehr, vorhanden.

1. SITUATIONSBESCHREIBUNG: WIRTSCHAFTSLAGE UND -AUSSICHTEN

Wirtschaftslage

Die gesamtwirtschaftliche Leistung Deutschlands nahm 2014 einen unebenen Verlauf, ist seit dem Jahresende jedoch wieder gestiegen. Die Wachstumsbelebung von 2013 wirkte bis zum Jahresbeginn 2014 nach. Die über den Sommer eintretende Konjunkturabschwächung vererbte in dem Maße, wie die Wirtschaftstätigkeit gegen Ende 2014 wieder Fahrt aufnahm (Abbildung 1.1). Diese schwache Entwicklung spiegelte eine kraftlose Erholung in anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, ein aufgrund geopolitischer Spannungen gedrücktes Unternehmensvertrauen und die schleppende Nachfrage einiger großer Exportmärkte Deutschlands wider. Die vierteljährlichen Wachstumsraten wiesen große Schwankungen auf, was teils auf beträchtliche Wettereffekte, teils auch auf den Ölpreisverfall zurückzuführen war. Nach einem Zuwachs um 0,1 % im Jahr 2013 wuchs das reale BIP 2014, angetrieben vor allem von der Inlandsnachfrage, um 1,6 %.

Abbildung 1.1: **BIP in konstanten Preisen (Index, 2010 = 100)**

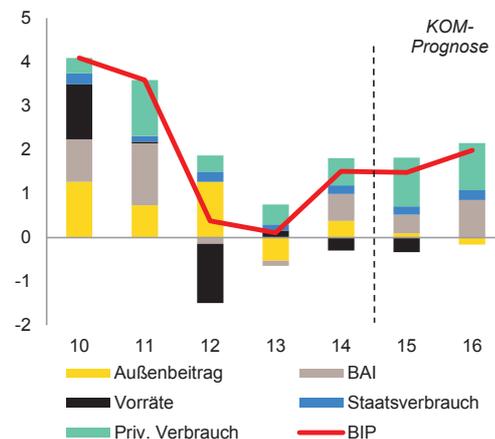


Quelle: Europäische Kommission

Die Wirtschaftstätigkeit, einschließlich der Unternehmensinvestitionen, dürfte 2015 weiter anziehen. Laut Winterprognose 2015 der Kommission wird sich die Wirtschaftstätigkeit im

Laufe von 2015, unterstützt durch einen robusten Arbeitsmarkt, günstige Finanzierungsbedingungen und die Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, darunter ein erheblicher Impuls durch sinkende Ölpreise, weiter festigen. Erwartet wird, dass die Mitte 2014 unterbrochene Erholung der Unternehmensinvestitionen zaghaft wieder in Gang kommt. Dank niedriger Zinssätze, der hohen Nettozuwanderung und weiter steigender Reallöhne dürfte der private Konsum merklich zulegen. Die dem Ölpreiserückgang geschuldete überaus niedrige Inflation schafft zusätzlichen Spielraum für höhere Konsumausgaben. Insgesamt rechnet die Kommission in ihrer Winterprognose 2015 damit, dass im Jahr 2015, auch dank der höheren Zahl an Arbeitstagen, ein BIP-Wachstum von 1,5 % erzielt wird, das sich 2016 auf eine Rate von 2 % beschleunigt.

Abbildung 1.2: **Beitrag zum BIP-Wachstum nach Komponenten der Endnachfrage (% KKS)**

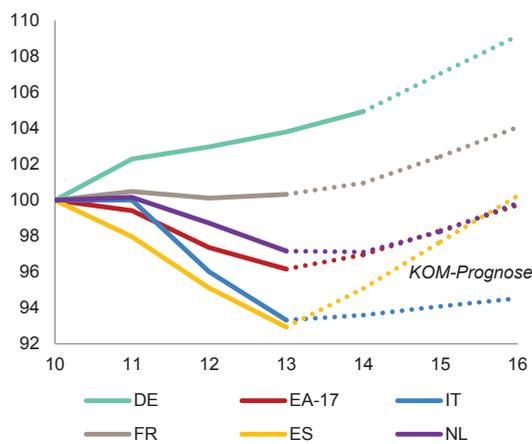


Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

Die Inlandsnachfrage ist zum wichtigsten Faktor des BIP-Wachstums geworden. Nachdem im Zeitraum 2010 bis 2012 die Auslandsnachfrage eine wichtige Rolle spielte, wird das BIP-Wachstum seither in erster Linie von der Inlandsnachfrage getragen (Abbildung 1.2 und 1.3). Stärkster Wachstumstreiber der Inlandsnachfrage war 2014 der Konsum. Der

Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum machte 0,4 Prozentpunkte aus, wobei ein moderates Exportwachstum den Importzuwachs überstieg. Die Inlandsnachfrage dürfte auch in den kommenden Jahren wichtigster Wachstumstreiber bleiben.

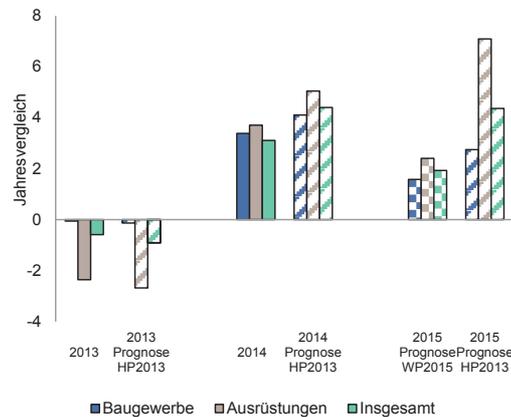
Abbildung 1.3: **Privater Konsum in konstanten Preisen (Index, 2010 = 100)**



Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

Wenngleich sich die Investitionen etwas erholt haben, entwickelten sie sich doch weniger dynamisch als erwartet. Die Bruttoanlageinvestitionen erhöhten sich 2014 über alle Sektoren und Anlagearten hinweg, nahmen vor dem Hintergrund der stockenden Erholung jedoch weniger dynamisch zu als Bundesregierung und unabhängige Gutachter projiziert hatten (Abbildung 1.4). In dem Maße allerdings, wie die Unsicherheit 2015 nachlässt und die Unterauslastung der inländischen Produktionskapazitäten abnimmt, dürften die Unternehmensinvestitionen 2015 wieder ansteigen, worin insbesondere aufgestaute Ersatzinvestitionen und Investitionen in neue Produktlinien zum Ausdruck kommen.

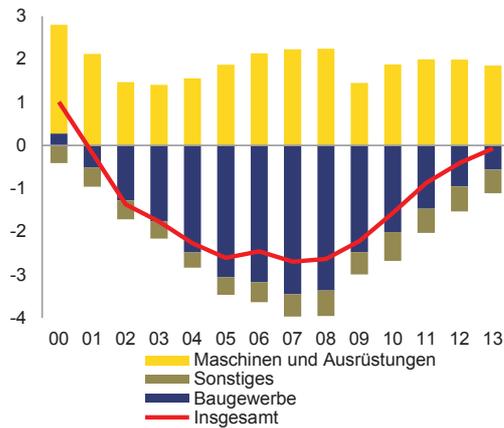
Abbildung 1.4: **Bruttoanlageinvestitionen und Zusammensetzung im Vergleich zu den Prognosen (Herbst/Winter) (jährliches Wachstum, 2013-2015)**



Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

Während das Investitionsgefälle gegenüber dem Euro-Währungsgebiet für die Wirtschaft insgesamt geschlossen wurde, bleiben die öffentlichen Investitionen weiterhin gering. In der Vergangenheit war die generell niedrige Investitionsquote in Deutschland hauptsächlich auf die geringe Investitionstätigkeit in den Bereichen Wohnungs- und Nichtwohnungsbau zurückzuführen (Abb. 1.5 und Abb. 1.6). Die Investitionslücke insgesamt scheint sich gegenüber dem Euro-Währungsgebiet geschlossen zu haben, doch verharren die öffentlichen Investitionen weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Obgleich die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand 2014 zugenommen hat und 2015-2016 voraussichtlich weiter steigen wird, dürfte sich an dem Investitionsgefälle gegenüber dem Euro-Währungsgebiet im Bereich der öffentlichen Investitionen kaum etwas ändern (siehe Abschnitt 2.3).

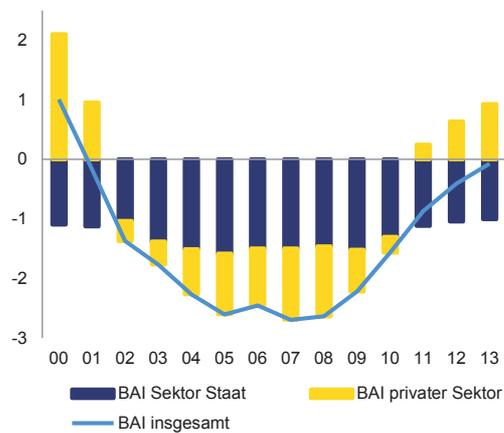
Abbildung 1.5: Investitionslücke gegenüber dem Euro-Währungsgebiet ohne Deutschland, Irland und Spanien – Beitrag nach Güterart (in % des BIP)



¹ Diff. in Prozentpunkten zwischen Anteilen der BAI am BIP in jeweiligen Preisen

Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

Abbildung 1.6: Investitionslücke gegenüber dem Euro-Währungsgebiet ohne Deutschland, Irland und Spanien – Beitrag nach Sektor (in % des BIP)



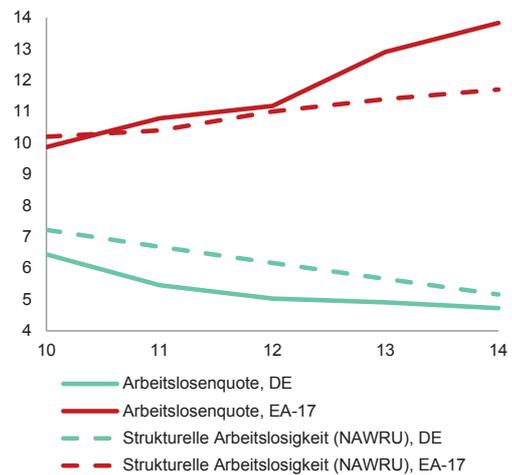
¹ Diff. in Prozentpunkten zwischen Anteilen der BAI am BIP in jeweiligen Preisen

Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

Trotz gewisser wirtschaftlicher Schwächen im Jahr 2014 zeigt sich der deutsche Arbeitsmarkt robust. So hat die Beschäftigung 2014 um 0,9 Prozentpunkte zugenommen, während die Arbeitslosenquote auf ein Rekordtief von rund 5 % gesunken ist (Definition von Eurostat). 2015 dürfte sich das Beschäftigungswachstum auf 0,5 % verlangsamen und die Arbeitslosenquote wird den Prognosen zufolge leicht zurückgehen. Im

weiteren Verlauf könnte der neu eingeführte allgemeine Mindestlohn gewisse negative Auswirkungen auf die Beschäftigung haben. Die Jugendarbeitslosigkeit erreicht weiterhin historische Tiefstände. Anders als sonst im Euro-Währungsgebiet tendiert die Differenz zwischen tatsächlicher und struktureller Arbeitslosigkeit in Deutschland gegen Null, was darauf schließen lässt, dass die verbleibende Arbeitslosigkeit in Deutschland weitgehend struktureller Art ist (Abb. 1.7)

Abbildung 1.7: Differenz zwischen tatsächlicher und struktureller Arbeitslosigkeit (in%)



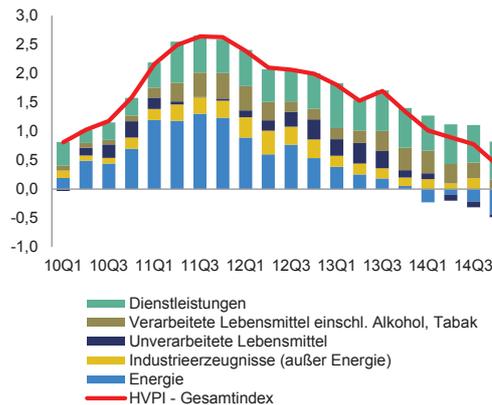
Quelle: Europäische Kommission

Anmerkung: NAWRU steht für „Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment“ (Niveau der Arbeitslosenquote, bei dem Lohnerhöhungen keinen Inflationsschub auslösen)

Sowohl die Kerninflation als auch die Gesamtinflation blieben in Deutschland 2014 niedrig. Die harmonisierte Inflation betrug 2014 durchschnittlich nur 0,8 %, was in erster Linie auf den deutlichen Rückgang der Ölpreise und sinkende Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel zurückzuführen ist (Abb. 1.8). Die harmonisierte Inflation ohne Berücksichtigung der Lebensmittel- und Energiepreise (sog. „Kerninflation“) lag leicht darüber, war mit 1,4 % aber immer noch nur mäßig, was auf verhaltenen inländischen Inflationsdruck schließen lässt. Neben der deutlichen Beschäftigungszunahme ist die Vergütung je Arbeitnehmer 2014 um 2,6 % gestiegen, was jedoch kaum zur Inflation beigetragen hat. In den letzten Jahren lag das reale Lohnwachstum über dem Produktivitätswachstum,

was dazu beigetragen hat, die Inlandsnachfrage zu stützen und die Kerninflation aufrechtzuerhalten.

Abbildung 1.8: **Beiträge zur Gesamtinflation (in % gegenüber Vorjahr)**



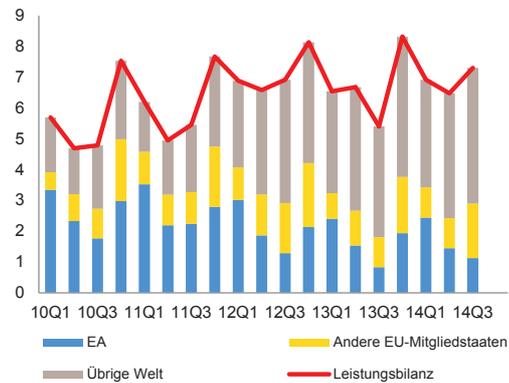
Quelle: Europäische Kommission

Externe und sektorale Entwicklungen

Im weiteren Verlauf dürfte der Leistungsbilanzüberschuss auf hohem Niveau verharren. Ausgehend von 7,7 % im Jahr 2014 ⁽¹⁾ dürfte sich der Leistungsbilanzüberschuss 2015 auf 8 % des BIP erhöhen und 2016 dann leicht (auf 7,7 %) zurückgehen (Abb. 1.9). Der Hauptgrund für die Zunahme des anhaltend hohen Überschusses ist die prognostizierte geringe Zunahme der Einfuhren, die einerseits auf niedrige Energiepreise und andererseits auf geringe Investitionen, die sonst mit einem hohen Importanteil verbunden sind, zurückzuführen ist.

⁽¹⁾ Nach vorläufigen Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Jahr 2014.

Abbildung 1.9: **Leistungsbilanzsaldo nach Handelsregion (in % des BIP)**

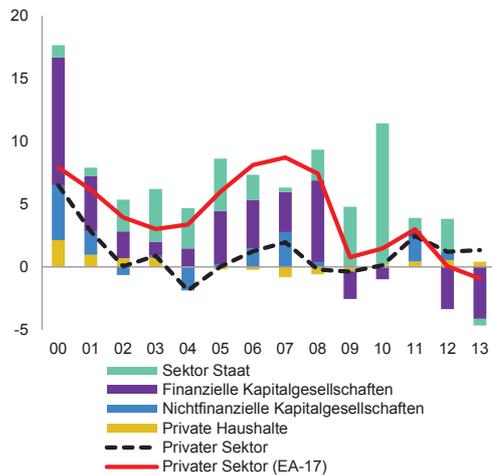


Quelle: Europäische Kommission, Bundesbank

Günstige Finanzierungsbedingungen haben nicht zu stärkerem Kreditwachstum geführt.

Trotz der günstigen Finanzierungsbedingungen und obwohl der Bankensektor in Deutschland der von der Europäischen Zentralbank durchgeführten Überprüfung der Aktiva-Qualität zufolge gesunde Bilanzen vorweisen kann, ist die Kreditaufnahme durch Privathaushalte und Unternehmen zumeist aufgrund mangelnder Kreditnachfrage seit 2009 sehr gering (siehe auch Abschnitt 3.2). So waren Bankkredite für kleine und mittlere Unternehmen verhältnismäßig leicht zu bekommen und wurden nur 10 % der gestellten Kreditanträge abgelehnt. Angesichts einer angemessenen internen Mittelausstattung haben viele Unternehmen jedoch keine Kredite beantragt. Auch Investitionen in Wohnimmobilien wurden offenbar weitgehend aus Eigenmitteln finanziert. Dies fiel zeitlich mit einer erheblichen Reduzierung des Fremdkapitalanteils im Finanzsektor zusammen, die weiter anhält und darauf zurückzuführen ist, dass die Kreditrückzahlungen die Auszahlungen im Rahmen neuer Kredite übersteigen.

Abbildung 1.10: Kreditvergabe nach institutionellen Sektoren (konsolidiert, in % des BIP)

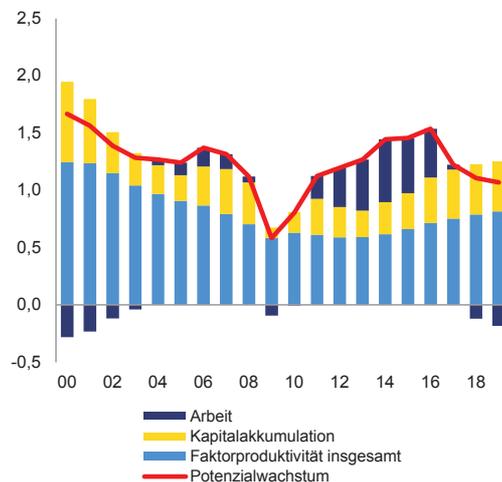


Quelle: Europäische Kommission

Die Haushaltslage in Deutschland ist solide und bietet Raum für mehr Investitionen in das künftige Wachstumspotenzial der Wirtschaft. Deutschland konnte 2014 einen gesamtstaatlichen Haushaltsüberschuss von 0,4 % verzeichnen. Auch für die kommenden Jahre ist mit geringen Haushaltsüberschüssen und einer allmählich zurückgehenden Schuldenquote zu rechnen. Deutschland wird voraussichtlich auch weiterhin strukturelle Überschüsse erzielen und damit das mittelfristige Haushaltsziel eines strukturellen Defizits von nicht mehr als 0,5 % des BIP deutlich übertreffen.

Das Produktionspotenzial Deutschlands ist in hohem Maße abhängig von der Stärkung inländischer Quellen künftigen Wachstums. Das Wachstum der totalen Faktorproduktivität in Deutschland war in den letzten Jahren niedrig und zudem rückläufig, was darauf hindeutet, dass Effizienzgewinne in der Wirtschaft möglich und erforderlich sind (Abb. 1.11). Das Potenzialwachstum hat erheblich von der hohen Einwanderung seit 2010 und dem damit verbundenen größeren Arbeitskräfteangebot profitiert. Mittelfristig dürften ungünstige demografische Entwicklungen das Wachstum jedoch zunehmend dämpfen, was zu einem Rückgang des Potenzialwachstums auf etwa 1 % pro Jahr führen könnte. Für die kommenden Jahrzehnte wird so eine der geringsten Potenzialwachstumsraten prognostiziert.

Abbildung 1.11: Potenzialwachstum und Beitrag je Produktionsfaktor (in Prozentpunkten pro Jahr)

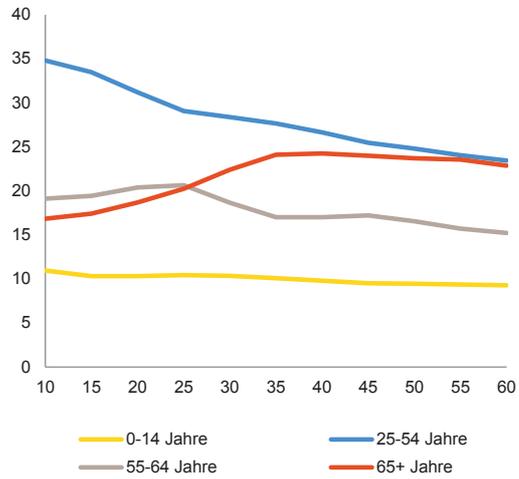


Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

Der demografische Wandel mit den unmittelbaren Folgen der Alterung der Gesellschaft bleibt eine zentrale Herausforderung für die deutsche Wirtschaft. Die deutsche Bevölkerung altert rasch, was sich in den kommenden Jahren immer stärker auf den deutschen Arbeitsmarkt und die öffentlichen Finanzen auswirken wird. Der Rückgang der Erwerbsbevölkerung aufgrund des demografischen Wandels dürfte das Potenzialwachstum zunehmend beeinträchtigen, sofern nicht politische Maßnahmen ergriffen werden. Den Prognosen zufolge wird die Bevölkerungszahl von rund 81 Millionen im Jahr 2013 auf rund 71 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter dürfte um rund 28 % sinken (Abb. 1.12).⁽²⁾ Bei gleichbleibender Politik könnte dies sowohl zu geringeren Staatseinnahmen als auch zu stetig zunehmenden alterungsbedingten Ausgaben führen.

⁽²⁾ Europäische Kommission (2014), „The 2015 Ageing Report: Underlying assumptions and projection methodologies“, European Economy 8/2014.

Abbildung 1.12: **Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung (in Millionen)**



Quelle: „The 2015 Ageing Report“, Europäische Kommission

Kasten 1.1: Verfahren der wirtschaftlichen Überwachung

Der Jahreswachstumsbericht der Kommission wurde im November 2014 angenommen und war der Startschuss für das Europäische Semester 2015. Die Kommission vertritt darin ein integriertes wirtschaftspolitisches Konzept, das auf drei Säulen fußt: Steigerung der Investitionen, Beschleunigung der Strukturreformen und Fortführung einer verantwortlichen wachstumsfördernden Haushaltskonsolidierung. Im Jahreswachstumsbericht finden sich auch Ausführungen zur geplanten Straffung des Europäischen Semesters mit dem Ziel einer wirkungsvolleren wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene durch Stärkung der Rechenschaftspflicht und größere Mitverantwortung aller Akteure.

Im Rahmen der Straffungsbemühungen umfasst dieser Länderbericht eine eingehende Überprüfung nach Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1176/2011, um – wie im Warnmechanismusbericht der Kommission vom November 2014 angekündigt – festzustellen, ob die makroökonomische Ungleichgewichte fortbestehen.

Auf der Grundlage der im März 2014 veröffentlichten eingehenden Überprüfung 2014 für Deutschland gelangte die Kommission zu dem Ergebnis, dass in Deutschland makroökonomische Ungleichgewichte bestehen, die ein Monitoring und politische Maßnahmen erfordern, so insbesondere Entwicklungen im Bereich der Verschuldung von Privathaushalten aufgrund hoher Hypotheken und struktureller Charakteristika des Wohnimmobilienmarkts sowie ungünstige Entwicklungen bei den Exportmarktanteilen.

Dieser Länderbericht enthält eine Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen, die der Rat im Juli 2014 abgegeben hat. Die Empfehlungen an Deutschland betrafen die öffentlichen Finanzen, den Arbeitsmarkt, das Bildungswesen, den Energiesektor, das öffentliche Auftragswesen, den Finanzsektor sowie den Wettbewerb in den Bereichen Schienenverkehr und Dienstleistungen.

Tabelle 1.1: Wirtschaftliche, finanzielle und soziale Schlüsselindikatoren – Deutschland

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Prognose		
							2014	2015	2016
Reales BIP (Jahresvergleich)	1,1	-5,6	4,1	3,6	0,4	0,1	1,5	1,5	2,0
Privater Verbrauch (Jahresvergleich)	0,5	0,0	0,6	2,3	0,7	0,8	1,1	2,0	2,0
Öffentlicher Verbrauch (Jahresvergleich)	3,4	3,0	1,3	0,7	1,2	0,7	1,0	1,0	1,1
Bruttoanlageinvestitionen (Jahresvergleich)	1,2	-9,9	5,1	7,3	-0,7	-0,6	3,1	2,1	4,3
Exporte von Waren und Dienstleistungen (Jahresvergleich)	1,9	-14,3	14,5	8,0	2,8	1,6	3,7	4,8	5,3
Importe von Waren und Dienstleistungen (Jahresvergleich)	2,2	-9,6	12,9	7,2	0,0	3,1	3,3	5,4	6,6
Produktionslücke	1,8	-4,5	-1,4	1,0	0,2	-0,9	-0,9	-0,8	-0,4
Beitrag zum BIP-Wachstum:									
Binnennachfrage (Jahresvergleich)	1,1	-1,5	1,6	2,8	0,5	0,5	1,4	1,7	2,2
Vorratsveränderungen (Jahresvergleich)	-0,1	-1,6	1,3	0,0	-1,3	0,2	-0,3	-0,3	0,0
Außenbeitrag (Jahresvergleich)	0,0	-2,6	1,3	0,7	1,3	-0,5	0,4	0,1	-0,2
Leistungsbilanzsaldo (% des BIP), Zahlungsbilanz	5,8	5,8	5,7	6,1	7,1	6,7	.	.	.
Handelsbilanzsaldo (% des BIP), Zahlungsbilanz	6,0	4,9	5,1	4,8	5,8	5,7	.	.	.
Aus- und Einführen von Waren und Dienstleistungen	-1,7	4,6	-2,3	-2,4	-0,5	1,5	1,4	1,1	0,3
Nettoauslandsvermögenstatus (% des BIP)	23,2	30,0	30,8	28,7	34,7	42,9	.	.	.
Nettoauslandsverschuldung (% des BIP)	-1,6*	-7,8*	-5,9*	-2,9*	-9,4*	-18,0*	.	.	.
Bruttoauslandsverschuldung (% des BIP)	146,62	148,21	155,99	157,3	159,2	142,0	.	.	.
Exportleistung ggü. fortgeschr. Volkswirtsch. (proz. Änd. über 5 Jahre)	6,2	1,0	-0,4	-1,0	-7,0	-4,3	.	.	.
Exportmarktanteil, Waren und Dienstleistungen (%)	8,2	8,2	7,6	7,5	7,2	7,3	.	.	.
Sparquote der Haushalte (Nettoersparnis in % des verfügbaren Nettoeinkommens)	10,5	10,0	9,9	9,6	9,4	9,1	.	.	.
Private Kreditströme, konsolidiert (% des BIP)	-0,2	-0,4	0,2	2,4	1,2	1,4	.	.	.
Schulden des privaten Sektors, konsolidiert (% des BIP)	109,3	113,5	107,7	103,9	103,7	103,4	.	.	.
Deflationierter Wohnimmobilienpreisindex (Jahresvergleich)	-0,3	0,8	-0,9	1,4	1,8	1,5	.	.	.
Wohnbauinvestitionen (% des BIP)	5,0	5,1	5,2	5,6	5,8	5,9	6,0	.	.
Gesamtverbindlichkeiten des Finanzsektors, nicht konsolidiert (Jahresvergleich)	3,7	-5,0	-0,1	2,7	3,6	-5,9	.	.	.
Kernkapitalquote ¹
Gesamtsolvabilitätsquote ²
Bruttogesamtanteil der zweifelhaften und notleidenden Kredite (in % der Schuldtitel, Darlehen und Kredite insgesamt) ²
Beschäftigungsentwicklung (Personen, Jahresvergleich)	1,3	0,1	0,3	1,3	1,1	0,6	0,9	0,5	0,6
Arbeitslosenquote	7,4	7,6	7,0	5,8	5,4	5,2	5,0	4,9	4,8
Langzeitarbeitslosenquote (% der Erwerbsbevölkerung)	3,9	3,5	3,3	2,8	2,4	2,3	.	.	.
Jugendarbeitslosenquote (% der Erwerbsbevölkerung der Altersgruppe 15-24 Jahre)	10,4	11,1	9,8	8,5	8,0	7,8	7,7	.	.
Erwerbsquote (15-64 Jahre)	75,9	76,3	76,6	77,3	77,2	77,6	.	.	.
Junge Menschen ohne Erwerbs-, Aus- oder Weiterbildungsverhältnis	8,4	8,8	8,3	7,5	7,1	6,3	.	.	.
Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen (% der Gesamtbevölkerung)	20,1	20,0	19,7	19,9	19,6	20,3	.	.	.
Armutsgefährdungsquote (% der Gesamtbevölkerung)	15,2	15,5	15,6	15,8	16,1	16,1	.	.	.
Quote der erheblichen materiellen Entbehrung (% der Gesamtbevölkerung)	5,5	5,4	4,5	5,3	4,9	5,4	.	.	.
Menschen in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsintensität (% der Bevölkerung unter 60 Jahren)	11,7	10,9	11,2	11,2	9,9	9,9	.	.	.
BIP-Deflator (Jahresvergleich)	0,8	1,8	0,7	1,1	1,5	2,1	1,8	1,4	2,0
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) (Jahresvergleich)	2,8	0,2	1,2	2,5	2,1	1,6	0,8	0,1	1,6
Nominales Arbeitnehmerentgelt (je Beschäftigten, Jahresvergleich)	2,1	0,2	2,6	2,9	2,5	1,9	2,6	2,9	2,9
Arbeitsproduktivität (real, je Beschäftigten, Jahresvergleich)	-0,3	-5,7	3,8	2,2	-0,7	-0,5	0,7	.	.
Lohnstückkosten (LSK) (Gesamtwirtschaft, Jahresvergleich)	2,4	6,3	-1,2	0,6	3,3	2,4	1,9	1,8	1,5
Reale Lohnstückkosten (Jahresvergleich)	1,5	4,4	-1,9	-0,5	1,8	0,3	0,1	0,4	-0,5
REW ³⁾ (LSK, Jahresvergleich)	0,2	4,2	-4,5	-0,2	-1,1	4,4	1,7	-1,4	0,8
REW ³⁾ (HVPI, Jahresvergleich)	-0,7	0,1	-5,2	-0,7	-2,9	1,9	1,5	-2,2	-0,3
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	0,0	-3,0	-4,1	-0,9	0,1	0,1	0,4	0,2	0,2
Struktureller Haushaltssaldo (% des BIP)	.	.	-2,1	-1,2	0,1	0,7	0,9	0,7	0,5
Gesamtstaatlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	64,9	72,4	80,3	77,6	79,0	76,9	74,2	71,9	68,9

¹ Inländische Bankengruppen und eigenständige Kreditinstitute.² Inländische Bankengruppen und eigenständige Kreditinstitute, Tochterunternehmen und Zweigstellen, die im Ausland (inner und außerhalb der Europäischen Union) kontrolliert werden.³ Realer effektiver Wechselkurs

(*) fünfte Auflage des IWF-Handbuchs zur Zahlungsbilanzstatistik (BPM5) und/oder ESGV95.

Tabelle 1.2: Indikatoren für das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (VMU-Scoreboard)

		Schwellenwerte	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Externe Ungleichgewichte und Wettbewerbsfähigkeit	Leistungsbilanzsaldo (% des BIP)	3-Jahres-Durchschnitt	-4%/6%	6,2	6,2	5,8	5,9	6,3	6,7
		p.m.: Jahreswert	-	5,8	5,8	5,7	6,1	7,1	6,8
	Nettoauslandsvermögensstatus (% des BIP)		-35%	25,5	34,0	35,4	33,7	34,7	42,9
	Realer effektiver Wechselkurs (REW) (42 Industrieländer - HVPI-Deflator)	Veränderung in % (3 Jahre)	±5% & ±11%	0,9	2,9	-3,7	-4,9	-9,0	-1,9
		p.m.: % Jahresvergleich	-	0,5	1,0	-5,2	-0,7	-3,3	2,2
	Exportmarktanteil	Veränderung in % (5 Jahre)	-6%	-6,1	-7,5	-8,8	-9,6	-15,8	-10,7
		p.m.: % Jahresvergleich	-	-3,4	-0,7	-6,5	-1,6	-4,6	2,4
	Nominale Lohnstückkosten (LSK)	Veränderung in % (3 Jahre)	9% & 12%	-0,1	8,1	7,5	5,7	2,7	6,4
		p.m.: % Jahresvergleich	-	2,4	6,3	-1,2	0,6	3,3	2,4
	Interne Ungleichgewichte	Deflationierte Wohnimmobilienpreise (% Jahresvergleich)		6%	-0,3	1,2	-1,0	1,6	2,0
Private Kreditströme (konsolidiert, % des BIP)		14%	-0,1p	-0,4p	0,2p	2,4p	1,3p	1,2p	
Schulden des privaten Sektors (konsolidiert, % des BIP)		133%	109,3p	113,4p	107,7p	103,9p	103,7p	103,5p	
Gesamtstaatlicher Schuldenstand (% des BIP)		60%	64,9	72,4	80,3	77,6	79,0	76,9	
Arbeitslosenquote		3-Jahres-Durchschnitt	10%	8,8	8,0	7,5	6,9	6,2	5,6
		p.m.: Jahreswert	-	7,5	7,8	7,1	5,9	5,5	5,3
Verbindlichkeiten des Finanzsektors insgesamt (% Jahresvergleich)		16,50%	4,6p	-6,6p	-0,9p	3,0p	3,2p	-6,3p	

Zeichen: p = vorläufig.

Hinweise: Hervorgehoben sind Werte, bei denen die im Warnmechanismus-Bericht der Kommission festgelegten Schwellen über- oder unterschritten werden. Im Falle des REW und des LSK beziehen sich die ersten Schwellen auf die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets. (1) Kursiv gedruckte Zahlen sind nach den alten Normen wiedergegeben (ESV95/BPM5). (2) Exportmarktanteile: Die weltweiten Gesamtausfuhren wurden gemäß der 5. Auflage des Zahlungsbilanzhandbuchs (Balance of Payments Manual – BPM5) berechnet. (3) Arbeitslosenquote i=Rückberechnung von Eurostat, um die Ergebnisse der Volkszählung von 2011 zu berücksichtigen.

Quelle: Europäische Kommission

Kennzeichnung: v: vorläufig.

Anmerkung: Hervorgehoben sind Werte, bei denen die im Warnmechanismusbericht der Kommission festgelegten Schwellen über- oder unterschritten werden.

Im Falle des REW und des LSK beziehen sich die ersten Schwellen auf die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets.

(1) Kursiv gedruckte Zahlen sind nach den früheren Normen wiedergegeben (ESA95/BPM5).

(2) Exportmarktanteile: Die weltweiten Gesamtausfuhren wurden gemäß der 5. Auflage des Zahlungsbilanzhandbuchs (Balance of Payments Manual - BPM5) berechnet.

(3) Arbeitslosenquote i=Rückberechnung von Eurostat, um die Ergebnisse der Volkszählung 2011 zu berücksichtigen.

Quelle: Europäische Kommission

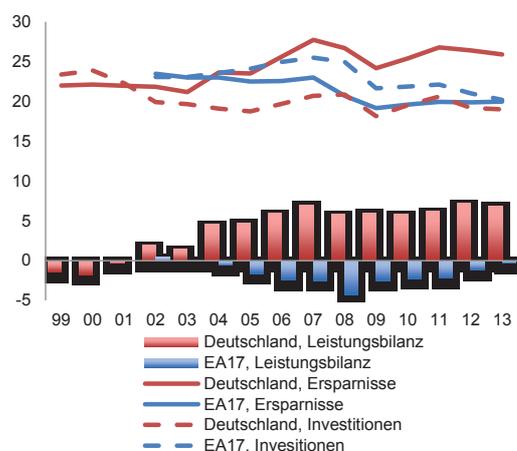
2. UNGLEICHGEWICHTE, RISIKEN UND ANPASSUNG

2.1. LEISTUNGSBILANZ

Entwicklungen bei Ersparnissen und Investitionen nach Sektoren

Die deutsche Leistungsbilanz wird auch in den kommenden Jahren weiter hohe Überschüsse aufweisen. Im Gegensatz zum Euro-Währungsgebiet insgesamt sind die hohen, anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands zum einen auf die kontinuierlich anwachsenden Ersparnisse und zum anderen auf das seit über zehn Jahren niedrige Investitionsniveau zurückzuführen. Der Leistungsbilanzüberschuss verharrte in den letzten Jahren auf historisch hohem Stand (Abb. 2.1.1). In den Jahren 2014 bis 2016 wird er weiterhin etwa 7 % bis 8 % des BIP betragen.

Abbildung 2.1.1: Leistungsbilanzsaldo, inländische Ersparnisse und Investitionen (in % des BIP)

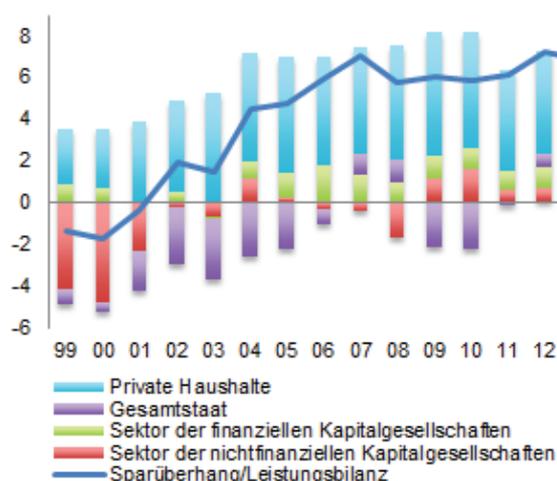


Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

Eine Aufschlüsselung des Sparüberhangs nach Sektoren zeigt, dass im Gegensatz zu früheren Jahren nunmehr alle Sektoren zum Leistungsbilanzüberschuss beitragen. Während der strukturell hohe Sparüberhang der privaten Haushalte nach wie vor den höchsten Beitrag zum Leistungsbilanzüberschuss leistet, haben in den vergangenen Jahren hauptsächlich der Sektor der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften und der Sektor Staat zur Veränderung des Leistungsbilanzsaldos beigetragen. Dies zeigt, dass der langfristige Trend zu einem strukturellen Sparüberhang im Sektor der nicht finanziellen Kapitalgesellschaften anhält. Hinzu kommen die

fortgesetzten Bemühungen um Haushaltskonsolidierung, die auch im Sektor Staat dazu geführt haben, dass die Ersparnisse die Investitionen übersteigen (Abb. 2.1.2). Der Beitrag, den die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften in den Jahren nach der Krise zum Leistungsbilanzüberschuss geleistet haben, war auf den merklichen Rückgang der Investitionen gegenüber Vorkrisenzeiten zurückzuführen (Tabelle 2.1.1).

Abbildung 2.1.2: Sparüberhang und Leistungsbilanzsaldo nach Sektoren (in % des BIP)



Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

Eine weitergehende Aufschlüsselung zeigt, dass das veränderte Spar- und Investitionsverhalten insgesamt vorantreibt. Da die Sparquote durch den robusten Verbrauch der privaten Haushalte leicht zurückgegangen ist (Abb. 2.1.3), hat sich der Sparüberhang bei den privaten Haushalten und den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck leicht verringert. Der Sparüberhang im Sektor Staat war in erster Linie darauf zurückzuführen, dass nach der Krise die Staatsausgaben zurückgefahren und dadurch erheblich mehr gespart wurde (Abb. 2.1.4), während gleichzeitig die öffentlichen Investitionen auf niedrigem Stand verharrten. Während unmittelbar nach der Krise im Unternehmenssektor der Sparüberhang der

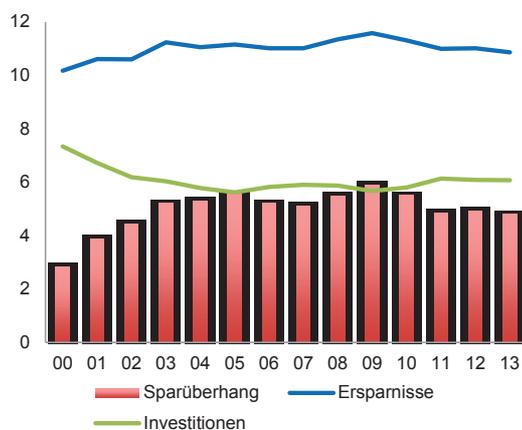
Tabelle 2.1.1: Veränderungen bei der Leistungsbilanz und Beitrag der Ersparnisse und Investitionen nach Sektor (in BIP-Prozentpunkten)

		Veränderung	
		2010-2013	2000-2013
Volkswirtschaft	Sparüberhang/Leistungsbilanz	1,0	8,7
	Ersparnisse	0,5	3,8
	Investitionen	-0,5	-4,9
Sektor der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften	Sparüberhang	-0,4	6,0
	Ersparnisse	-1,1	2,7
	Investitionen	-0,7	-3,3
Sektor der finanziellen Kapitalgesellschaften	Sparüberhang	-0,7	-0,4
	Ersparnisse	-0,8	-0,5
	Investitionen	0,0	-0,2
Gesamtsstaat	Sparüberhang	2,9	1,0
	Ersparnisse	2,8	0,9
	Investitionen	-0,1	-0,1
Private Haushalte	Sparüberhang	-0,7	2,0
	Ersparnisse	-0,4	0,7
	Investitionen	0,3	-1,3

Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

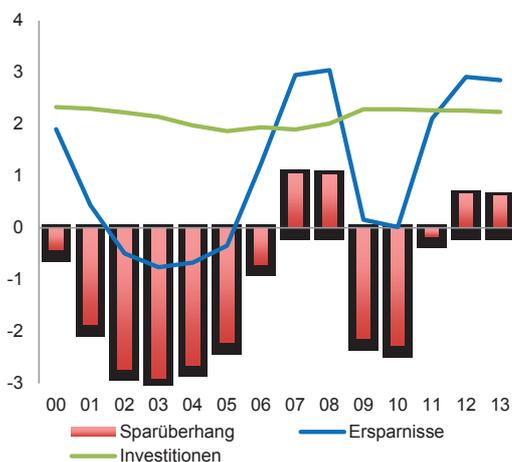
nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften angesichts wachsender Ersparnisse und sinkender Investitionen in die Höhe schnellte, ging er im Anschluss daran offenbar wieder leicht zurück, da beide Positionen sich nach unten bewegten. 2013 trat allerdings eine weitere Divergenz zutage, die darauf zurückzuführen war, dass Ersparnisse und Investitionen sich in entgegengesetzte Richtungen bewegten (siehe Abschnitt 2.3). Bei den finanziellen Kapitalgesellschaften ging der Sparüberhang nach einer relativ stabilen Phase 2013 bedingt durch einen Ausschlag bei den Ersparnissen merklich zurück.

Abbildung 2.1.3: Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (in % des BIP)



Quelle: Europäische Kommission

Abbildung 2.1.4: Gesamtstaat (in % des BIP)



Quelle: Europäische Kommission

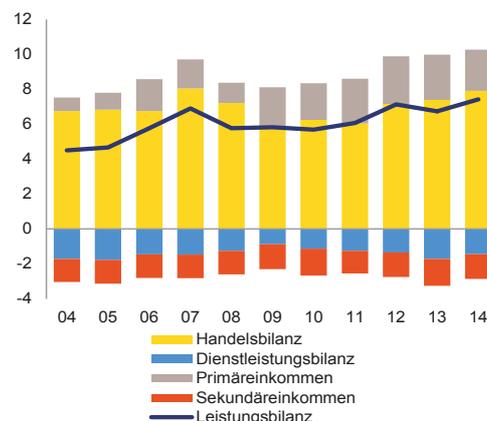
Leistungsbilanzentwicklungen

Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss hat sich 2014 erhöht, ist jedoch im Verhältnis zum Euro-Währungsgebiet weitgehend stabil geblieben. So weitete er sich von 6,7 % des BIP im Jahr 2013 auf 7,4 % im Jahr 2014 auf und liegt damit deutlich über dem im Rahmen des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht angegebenen indikativen dreijährigen Schwellenwert von 6 % des BIP (Abb. 2.1.5). Diese Ausweitung des Leistungsbilanzüberschusses im Jahr 2014 ist hauptsächlich auf das weitere Anwachsen des Überschusses im Warenhandel und den Rückgang des Defizits bei den Dienstleistungen zurückzuführen. Vorläufigen Daten zufolge hat sich der Leistungsbilanzüberschuss gegenüber dem Euro-Währungsgebiet 2014 (von 1,7 % auf 1,8 % des BIP) abgeflacht und machte weniger als ein Viertel des Leistungsbilanzüberschusses insgesamt aus, während dieser Anteil Ende der 2000er Jahre noch mehr als 60 % betragen hatte (Abb. 2.1.6)⁽³⁾. Auch der Leistungsbilanzüberschuss gegenüber den EU-28 hat vorläufigen Daten zufolge 2014

(3) Die Werte für das Jahr 2014 in den Abbildungen 2.1.6 bis 2.1.11 (außer 2.1.9) sind Schätzungen, die auf den Quartalswerten für Q1–Q3 2014 basieren. Um den Wert für 2014 zu schätzen, wird die Wachstumsrate für den Zeitraum, der mit dem Vorjahreszeitraum verglichen wird, extrapoliert.

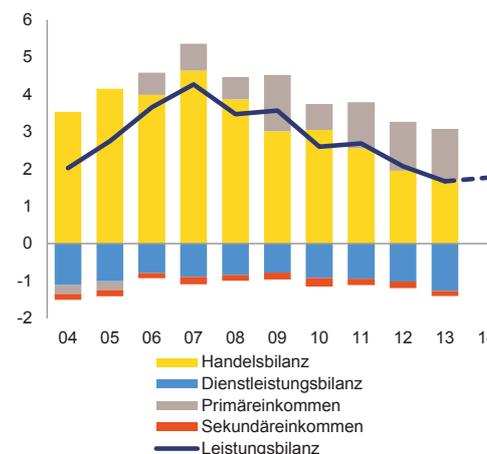
zugenommen, nachdem zuvor einige Jahre lang ein Rückgang verzeichnet worden war (Abb. 2.1.7). Die außenwirtschaftliche Position gegenüber den wichtigsten europäischen Partner hat sich leicht verbessert oder nicht verändert.

Abbildung 2.1.5: Aufschlüsselung des Leistungsbilanzsaldos gegenüber dem Rest der Welt (in % des BIP)



Quelle: Bundesbank, Berechnungen der Europäischen Kommission

Abbildung 2.1.6: Aufschlüsselung des Leistungsbilanzsaldos gegenüber dem Euro-Währungsgebiet (in % des BIP)



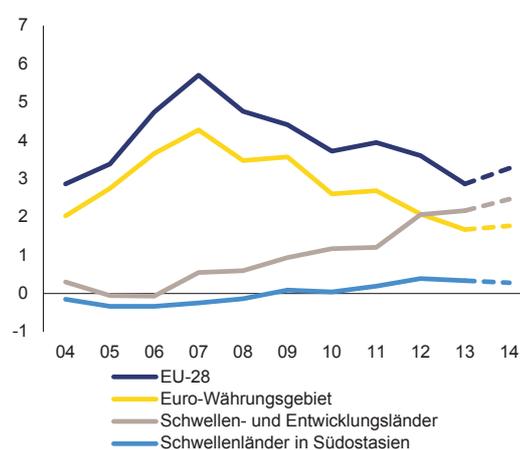
Quelle: Bundesbank, Berechnungen der Europäischen Kommission

Der Leistungsbilanzüberschuss gegenüber dem Rest der Welt, insbesondere gegenüber Schwellen- und Entwicklungsländern, hat sich

weiter ausgeweitet. Der deutsche Überschuss gegenüber diesen Ländern hat in den letzten Jahren stetig zugenommen (Abb. 2.1.7) und macht fast ein Drittel des Leistungsbilanzüberschusses insgesamt aus. Auch gegenüber China hat sich die außenwirtschaftliche Position seit 2008 kontinuierlich verbessert und wird seit 2012 ein Überschuss verzeichnet (Abbildung 2.1.8). Dieser Anstieg ist auf die wachsende Warenbilanz zurückzuführen. Ein weiterer Grund für den Anstieg des deutschen Leistungsbilanzüberschusses liegt darin, dass sich die Position gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan verbessert. Die 2014 verzeichnete Ausweitung des Überschusses im Warenhandel ist zum Teil dem Rückgang der Ölpreise und dem entsprechenden Rückgang der Einfuhrwerte geschuldet. Der steigende nominale effektive Wechselkurs dürfte die deutschen Exporte in Länder außerhalb des Euro-Währungsgebiets 2014 im Schnitt nicht gefördert haben. Allerdings hat sich der Wechselkurs in der zweiten Jahreshälfte erheblich abgeschwächt, wodurch sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Zusammen mit dem für 2015 prognostizierten kräftigen Rückgang der Ölpreise gegenüber dem Vorjahr lässt dies für 2015 einen weiteren Anstieg des deutschen Leistungsbilanzüberschusses erwarten.

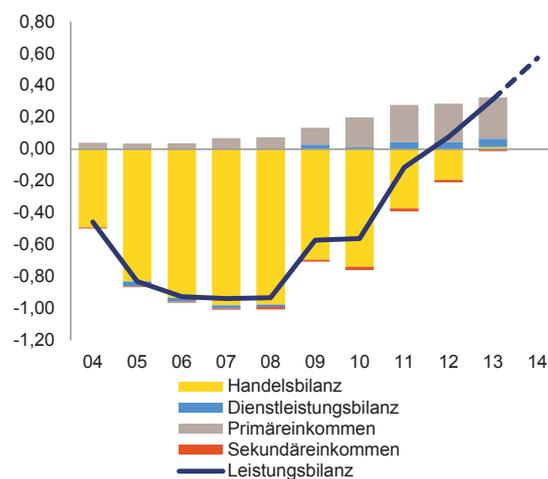
Die deutschen Exporte verzeichneten 2014 ein Rekordhoch, während die Importe weniger dynamisch wuchsen, was zur Ausweitung des Leistungsbilanzüberschusses beigetragen hat. Sowohl das Export- als auch das Importwachstum haben sich seit der Krise beschleunigt, wenngleich die Exporte seit 2012 stärker gestiegen sind als die Importe, was zur Ausweitung des Überschusses im Warenhandel beiträgt (Abb. 2.1.9). Nominal wuchsen die Importe 2014 langsamer als mengenmäßig,

Abbildung 2.1.7: **Leistungsbilanzsaldo gegenüber der EU-28, dem Euro-Währungsgebiet und Schwellen- und Entwicklungsländern (in % des BIP)**



Quelle: Bundesbank, Berechnungen der Europäischen Kommission

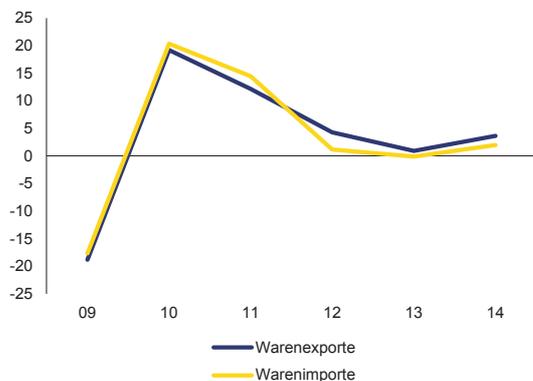
Abbildung 2.1.8: **Aufschlüsselung des Leistungsbilanzsaldos gegenüber China (in % des BIP)**



Quelle: Bundesbank, Berechnungen der Europäischen Kommission

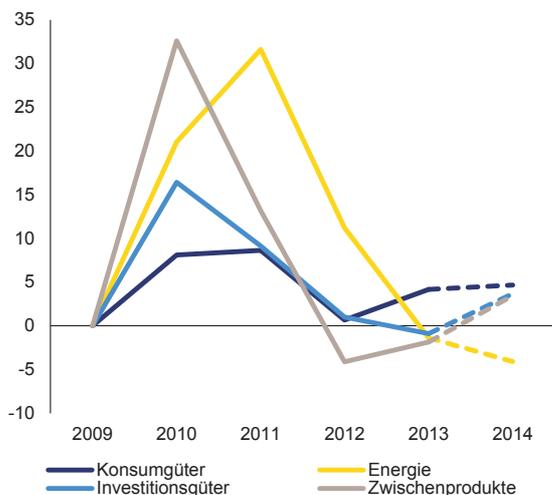
was auf den Rückgang der Ölpreise zurückzuführen war, während die Importe bei den anderen Hauptwarenkategorien zunahm (Abb. 2.1.10).

Abbildung 2.1.9: Exporte und Importe (jährliche Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr in %)



Quelle: Bundesbank, Berechnungen der Europäischen Kommission

Abbildung 2.1.10: Importe nach Produktkategorien (jährliche Wachstumsrate, in % gegenüber Vorjahr)

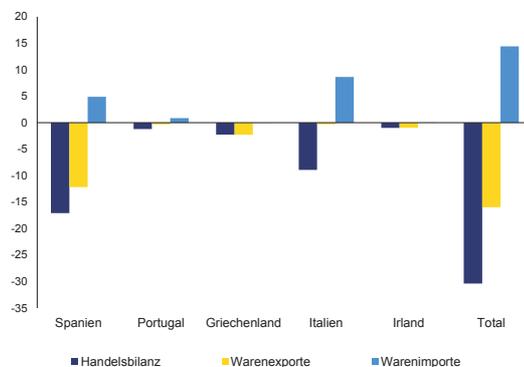


Quelle: Bundesbank, Berechnungen der Europäischen Kommission

Die Entwicklungen bei Importen und Exporten ziehen einen Abbau der Ungleichgewichte gegenüber den anfälligen EU-Ländern nach sich. Vergleicht man die Ein- und Ausfuhren und Handelsbilanzen gegenüber anfälligen Ländern vor der Krise (2004-2007) mit den Werten der letzten Jahre (2011-2014), so deutet dies auf einen Abbau von Ungleichgewichten im Euro-Währungsgebiet hin, der durch sinkende deutsche Exporte in diese Länder und steigende deutsche Importe bedingt ist (Abb. 2.1.11). Allerdings sind zwischen den

Ländern Unterschiede zu verzeichnen. Während die schrumpfenden Handelsbilanzen gegenüber Spanien, Griechenland und Irland offenbar hauptsächlich auf abnehmende Exporte in diese Länder zurückzuführen sind, ist der abnehmende deutsche Handelsüberschuss gegenüber Italien und Portugal zum großen Teil durch höhere Importe bedingt.

Abbildung 2.1.11: Veränderungen beim Warenhandel mit anfälligen Ländern zwischen den Zeiträumen 2004-2007 und 2011-2014 (in Mrd. EUR)



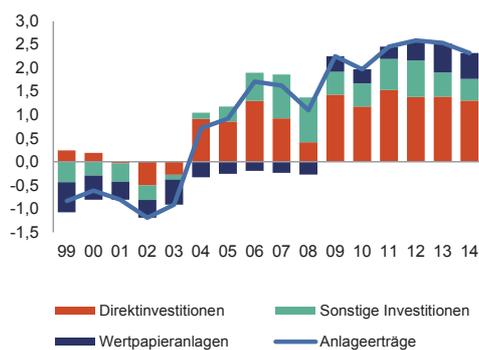
Quelle: Bundesbank, Berechnungen der Europäischen Kommission

Kasten 2.1.1: Bedeutung der Einkommensbilanz für den Leistungsbilanzüberschuss

Einer der Haupttreiber des drastischen Anstiegs des deutschen Leistungsbilanzsaldos ist das Primäreinkommen, auf das seit 2009 rund 40 % des Leistungsbilanzüberschusses insgesamt entfallen. Angesichts des strukturell hohen Nettoauslandsvermögensstatus und der von diesem Kapitalstock generierten Nettoerlöse wird der erhebliche Primäreinkommensüberschuss voraussichtlich auch weiterhin bestehen bleiben.

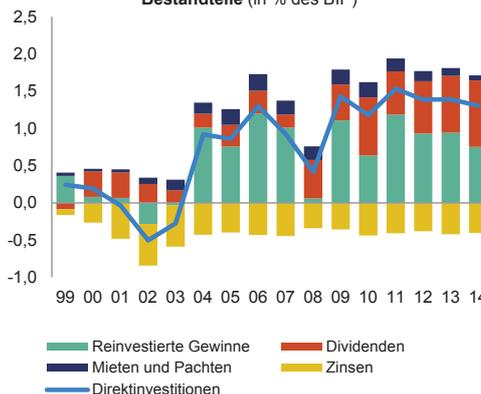
Der Primäreinkommensüberschuss ist vorwiegend auf Anlageerträge zurückzuführen, während Arbeitseinkommen und andere Primäreinkommen nur eine unbedeutende Rolle spielen. Die Ausweitung des Überschusses seit der Wirtschaftskrise der Jahre 2008–09 ist dadurch bedingt, dass der Rückgang der Zahlungen an ausländische Investoren nur teilweise durch rückläufige Einnahmen aus deutschen Auslandsinvestitionen kompensiert wurde. Bis zu einem gewissen Grad ist dies durch die zunehmende Diskrepanz zwischen deutschen und ausländischen Anlagerenditen erklärbar ⁽¹⁾. Infolgedessen war bis 2012 bei den Anlageerträgen ein Aufwärtstrend und in der Folge dann eine weitgehende Stabilisierung zu verzeichnen.

Abbildung 1: Saldo der Anlageerträge und ihrer Bestandteile (in % des BIP)



Quelle: Bundesbank

Abbildung 2: Saldo der Direktinvestitionen und ihrer Bestandteile (in % des BIP)



Quelle: Bundesbank

Zwar haben alle Anlageertragskomponenten zum Anstieg des Gesamtsaldos beigetragen, doch hat die Rendite auf ausländische Direktinvestitionen eine führende Rolle gespielt. Solide Renditen und ein erhöhter Nettobestand an ausländischen Direktinvestitionen haben das Primäreinkommen in den vergangenen Jahren signifikant in die Höhe getrieben. Im Zeitraum 2009 bis 2014 machten Nettoerträge aus ausländischen Direktinvestitionen rund 60 % der Anlageerträge insgesamt aus. Ein Viertel entfiel auf andere Anlagen, während Portfolio-Investitionen trotz des hohen Negativsaldos bei deren Bestand den verbleibenden Teil stellten (Abb. 1).

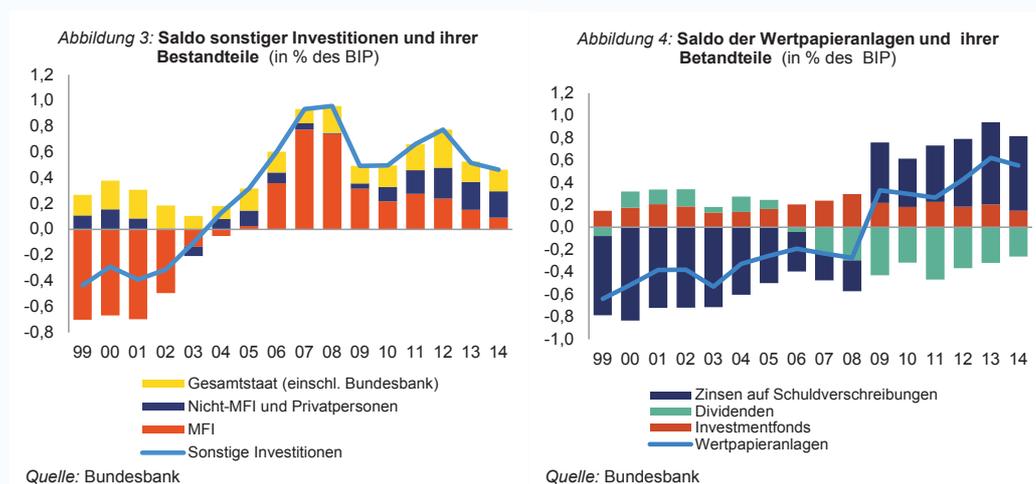
Hohe reinvestierte überschüssige Gewinne und Dividenden haben erheblich zum wachsenden Überschuss bei den Anlageerträgen beigetragen. Seit 2004 tragen reinvestierte Gewinne aus Direktinvestitionen erheblich zum Überschuss bei den Anlageerträgen bei. Dies ist zum Teil auf die im Vergleich zu Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Deutschland hohe Rentabilität der ausländischen Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen deutscher Unternehmen

⁽¹⁾ Einen Vergleich der Gesamtrenditen zwischen 2005 und 2013 enthält der Beitrag „Diskrepanz zwischen der Veränderung des Auslandsvermögens und des kumulierten Saldos der Kapitalbilanz: kein geeigneter Indikator für Vermögensverluste“ im Monatsbericht 5/2014 der Deutschen Bundesbank.

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten (Fortsetzung)

zurückzuführen⁽¹⁾(²). Zusätzlich dazu könnte die Unternehmenssteuerreform von 2001, mit der der steuerlichen Diskriminierung zwischen den Dividenden und Kapitalgewinnen ausländischer Tochtergesellschaften ein Ende gesetzt wurde, eine Rolle gespielt haben (Abb. 2).



Auch die Nettoerlöse aus Finanzaktiva monetärer Finanzinstitute (MFI) trugen merklich zur Bildung des Überschusses bei, auch wenn deren Anteil in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Mitte der 2000er Jahre wurde der Finanzsektor vom Netto-Schuldner zum Netto-Gläubiger. Dies lässt sich sowohl am Saldo der sonstigen Anlageerlöse der MFI als auch daran ablesen, dass ihre internationale Nettoanlageposition nunmehr einen positiven Saldo aufweist. Die Bedeutung der MFI hat in den vergangenen Jahren abgenommen, was weitgehend auf verschlechterte Bedingungen an ausländischen Märkten, ein höheres Risiko, eine schwächere Renditeerwartung und Druck zum Verschuldungsabbau zurückzuführen ist. Die Nettoerträge anderer Kapitalgesellschaften und natürlicher Personen (einschließlich Zinszahlungen auf Bankeinlagen) haben sich demgegenüber erhöht. Eine Erklärung hierfür könnte der Schuldenabbau der Unternehmen in den Zeiträumen 2002–2005 und 2009–2010 sein⁽³⁾ (Abb. 3). Im Gefolge der Krise wurde die Rolle der MFI, grenzübergreifend Kapital bereitzustellen, zum Teil von den Zentralbanken übernommen, was zu einem hohen Anwachsen der TARGET2-Forderungen⁽⁴⁾ der Bundesbank geführt hat. 2013 ist der TARGET2-Saldo erheblich zurückgegangen.

Der Status Deutschlands als „sicherer Hafen“ lässt sich am Saldo der Portfolioinvestitionen ablesen, der weitgehend durch positive Zinsdifferenzen bedingt ist. 2009 wiesen die Nettoerlöse aus verzinslichen Schuldverschreibungen plötzlich einen positiven Saldo auf, obwohl der Nettosaldo der internationalen Portfolioinvestitionen weiterhin negativ blieb. Durch die nach

⁽¹⁾ Deutsche Bundesbank (2006), „Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2004“, Monatsbericht 03/2006.

⁽²⁾ Verglichen mit anderen Finanzinvestitionen im Ausland rentierten Direktinvestitionen zwischen 2005 und 2012 im Durchschnitt mit beachtlichen 7¼ % jährlich, von denen weniger als ½ % durch Bewertungs- und Wechselkurseffekte bedingt war. Ausländische Wertpapiere rentierten im gleichen Zeitraum mit nur durchschnittlich 4¼ %, während die Rentabilität von Darlehen lediglich 3¼ % jährlich betrug (Deutsche Bundesbank, 2014, „Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft“, Geschäftsbericht 2013).

⁽³⁾ Europäische Kommission (2014), „Makroökonomische Ungleichgewichte – Deutschland 2014“, European Economy, Occasional Papers, Nr. 174.

⁽⁴⁾ Zweite Generation des Transeuropäischen automatisierten Echtzeit-Brutto-Express-Überweisungssystems. Eine genauere Erklärung enthält der Kasten 4.2 „Rolle der Target2-Salden“ in Europäische Kommission (2014), Makroökonomische Ungleichgewichte – Deutschland 2014, European Economy, Occasional Papers, Nr. 174.

Kosten (Fortsetzung)

inländischen Zahlungen an ausländische Gläubiger. Dividenden aus Portfolioinvestitionen belasten den deutschen Leistungsbilanzüberschuss demgegenüber seit 2006 (Abb. 4).

Der hohe Nettoauslandsvermögensstatus Deutschlands dürfte auch weiterhin erhebliche finanzielle Erlöse generieren, wenngleich sich die demografische Entwicklung dämpfend auswirken könnte. Höhere Investitionen in Deutschland könnten dem anhaltenden Anwachsen der Auslandsinvestitionen entgegenwirken. Dies würde auch das Risiko negativer Vermögenseffekte infolge etwaiger Bewertungsänderungen mindern. Die demografischen Entwicklungen, die dadurch gekennzeichnet sind, dass sich ein zunehmender Anteil der Bevölkerung in Altersgruppen mit relativ geringer Sparneigung befindet, dürften sich langfristig dämpfend auf die finanziellen Erlöse auswirken ⁽¹⁾. Analysen deuten darauf hin, dass die demografischen Entwicklungen den Leistungsbilanzüberschuss langfristig um rund 3 PP verringern könnten, allerdings nicht vor Mitte 2020 ⁽²⁾.

⁽¹⁾ Deutsche Bundesbank (2014), „Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft“, Geschäftsbericht 2013.

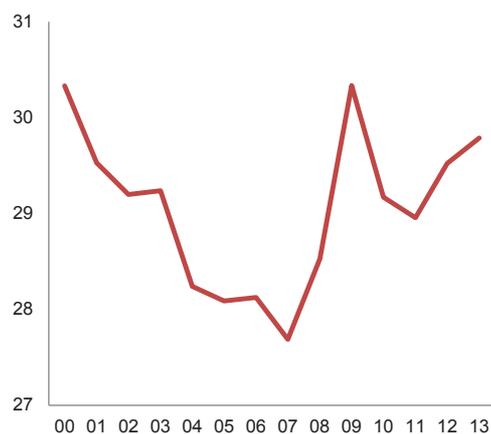
⁽²⁾ Sachverständigenrat (2014), „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“, Jahresgutachten 2014/15.

2.2. PRIVATER VERBRAUCH

Auswirkung der Besteuerung von Einkommen und privatem Verbrauch

Die Einnahmen aus den Einkommensteuerzahlungen der Privathaushalte und aus den Sozialabgaben waren vor der Krise rückläufig, steigen seit einigen Jahren jedoch wieder an. Die Gesamteinnahmen aus von den Privathaushalten entrichteten Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie aus den Sozialabgaben – auch seitens der Arbeitgeber – im Verhältnis zum BIP gingen vor der Krise stetig zurück (Abb. 2.2.1). Grund dafür war eine deutliche Senkung der Einkommensteuersätze über den gesamten progressiven Steuertarif. Der Eingangs- und der Spitzensteuersatz des progressiven Tarifs wurden schrittweise von 26 % bzw. 53 % im Jahr 1999 auf 14 % bzw. 42 % im Jahr 2009 gesenkt, wobei der überwiegende Teil dieser Anpassungen vor 2005 stattfand. Auch das schwache Beschäftigungswachstum trug in Verbindung mit der Lohnzurückhaltung zur Verringerung der Einnahmen aus lohnabhängigen Steuern und Abgaben bei. Nach der Krise und einem vorübergehenden sprunghaften Anstieg aufgrund des krisenbedingten Einbruchs des BIP im Jahr 2009 hat die Abgabenlast erneut zugenommen. Der Anteil der Sozialabgaben am BIP war in den 2000er-Jahren überwiegend rückläufig, steigt jedoch seit dem Ende des Jahrzehnts stetig an, was den zunehmend günstigen Bedingungen am Arbeitsmarkt geschuldet ist, der die Wirtschaftskrise bemerkenswert gut überstanden hat. Der Anteil der von den Haushalten entrichteten einkommens- und vermögensbezogenen Steuern am BIP war in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre rückläufig, folgt jedoch seither einem Aufwärtstrend. Der implizite Steuersatz auf Arbeit ging ebenfalls zurück, wengleich sowohl vor der Krise als auch in den letzten Jahren ein Anstieg verzeichnet wurde, was darauf hindeutet, dass die direkten und indirekten Steuern und Sozialabgaben auf Arbeit schneller gewachsen sind als die Gesamtvergütung der Arbeitnehmer. Der implizite Steuersatz auf Arbeit ist in Deutschland in den letzten Jahren unter den Durchschnittswert im Euro-Währungsgebiet gesunken, jedoch liegt er noch immer deutlich über dem EU-Durchschnitt (Abb. 2.2.2).

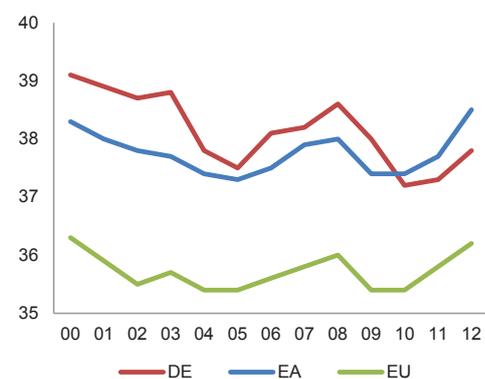
Abbildung 2.2.1: Einnahmen aus einkommens- und vermögensbezogenen Steuern der Privathaushalte und der POOE* sowie aus Sozialabgaben (in % des BIP)



*POOE: private Organisationen ohne Erwerbszweck

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Europäische Kommission

Abbildung 2.2.2: Impliziter Steuersatz auf Arbeit (in %)



Quelle: Europäische Kommission (Steuerrends in der Europäischen Union)

Wengleich die Wirkung der kalten Progression in der Vergangenheit durch diskretionäre Steuersenkungen abgedefert wurde und gegenwärtig durch die niedrige Inflationsrate deutlich gedämpft wird, bleibt sie dennoch ein möglicher Auslöser künftiger nichtdiskretionärer Steuererhöhungen. Der Abwärtstrend bei den

Einkommenssteuerzahlungen der Privathaushalte bis Mitte der 2000er-Jahre war auch eine Folge diskretionärer Steuerreformen, die die Wirkung der kalten Progression – also der durch Einkommenssteigerungen in einem progressiven Steuersystem (sei es infolge der Inflation oder einer Erhöhung der Reallöhne) bewirkten höheren durchschnittlichen Abgabenbelastung – mehr als kompensiert haben ⁽⁴⁾. Seit 2005 fanden jedoch keine nennenswerten diskretionären Einkommensteuersenkungen mehr statt. Im Jahr 2013 verabschiedete Deutschland ein Gesetz zum Abbau der kalten Progression, mit dem der Grundfreibetrag der Einkommensteuer geringfügig angehoben wurde. Das Gesetz bleibt allerdings hinter dem ursprünglichen Vorschlag zurück, auch die Steuertarife anzupassen und eine regelmäßige zweijährliche Überprüfung einzuführen, um – wie bereits in vielen anderen Mitgliedstaaten der Fall – unbeabsichtigte inflationsbedingte allgemeine Steuererhöhungen zu begrenzen. Daher könnte die kalte Progression, deren Wirkung derzeit von der niedrigen Inflationsrate gedämpft wird, bei einem dynamischen Lohnwachstum und etwas höheren Inflationsraten in den kommenden Jahren deutliche nichtdiskretionäre Steuererhöhungen zur Folge haben und sich so auf das verfügbare Einkommen auswirken. Eine modellbasierte kontrafaktische Analyse ⁽⁵⁾, die auf der Annahme beruht, dass alle Steuersätze mit Ausnahme des Spitzensteuersatzes an die Inflation angepasst werden, deutet darauf hin, dass das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte bei gleichbleibenden Steuersätzen – und einer Inflationsrate von 0,1 % gemäß der Winterprognose 2015 der Europäischen Kommission – um knapp 143 Mio. EUR im Jahr 2015 zurückgehen würde. In einem Szenario mit einer Inflationsrate von 2 % würden sich die Einbußen jedoch auf rund 3 Mrd. EUR (0,1 % des BIP) erhöhen. In ihrem kürzlich veröffentlichten ersten Bericht über die Wirkung der kalten Progression auf der Grundlage eines

Mikrosimulationsmodells der Einkommensteuer rechnet die deutsche Bundesregierung für 2015 mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 0,7 Mrd. EUR (bei 1 % Inflation), 1,8 Mrd. EUR (bei 1,5 % Inflation) bzw. 2,9 Mrd. EUR (bei 2 % Inflation).

Die nach wie vor relativ hohe steuerliche Belastung des Faktors Arbeit, insbesondere für Geringverdiener, wirkt sich potenziell negativ auf die Erwerbsbeteiligung und das verfügbare Einkommen aus. Die Steuer- und Abgabenlast für Arbeitnehmer, die 50 % bis 67 % des Durchschnittslohns verdienen, ist seit 2001 weitgehend unverändert und gehört nach wie vor zu den höchsten in der EU (bei Zugrundelegung von Daten des Jahres 2013 für eine alleinstehende Person ohne Kinder, Abb. 2.2.3 und 2.2.4). Insbesondere die Sozialabgaben der Arbeitnehmer zählen zu den höchsten in der EU, auch wenn die Beitragssätze seit Mitte der 2000er-Jahre gesenkt wurden. Die jüngsten Reformen der Sozialversicherungssysteme werden voraussichtlich zu einem weiteren Anstieg der Beitragssätze führen und die steuerliche Belastung von Arbeit weiter erhöhen (siehe Abschnitt 3.1). Für Niedriglohneempfänger ist das Risiko, in eine Arbeitslosigkeitsfalle zu geraten, aufgrund der hohen Einkommensteuern und Arbeitnehmersozialabgaben relativ hoch. Die Arbeitslosigkeitsfalle ist ein Indikator zur Messung des Anteils des zusätzlichen Bruttoverdienstes, der durch Steuern und Abgaben verlorengelassen wird, wenn eine nicht erwerbstätige Person (kein Anspruch auf Arbeitslosenleistungen, jedoch auf einkommensabhängige Sozialleistungen) eine Erwerbstätigkeit aufnimmt. Für Arbeitnehmer, die 50 % des Durchschnittslohns verdienen, betrug der Indikator „Arbeitslosigkeitsfalle“ im Jahr 2013 in Deutschland 73,1 % (Durchschnitt im Euro-Währungsgebiet: 58,3 %), wovon 30,9 % auf die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit zurückgingen.

⁽⁴⁾ Broer (2011) hat für unterschiedliche individuelle Einkommensniveaus zwischen 1996 und 2010 festgestellt, dass eine diskretionäre Senkung der Steuersätze höhere Steuererleichterungen mit sich brachten, als durch eine inflationsbedingte Tarifindexierung hätten erreicht werden können (Broer, M., 2011, „Kalte Progression in der Einkommensbesteuerung. Ist ein Tarif auf Rädern der diskretionären Anpassungspolitik in Deutschland überlegen?“, Wirtschaftsdienst, Nr. 10, S. 694-698).

⁽⁵⁾ Europäische Kommission, Gemeinsame Forschungsstelle, auf der Grundlage des EUROMOD-Modells.

Abbildung 2.2.3: **Steuer- und Abgabenlast bei 50 % des Durchschnittslohns in den Jahren 2001 und 2013 (in % der Gesamtarbeitskosten)**

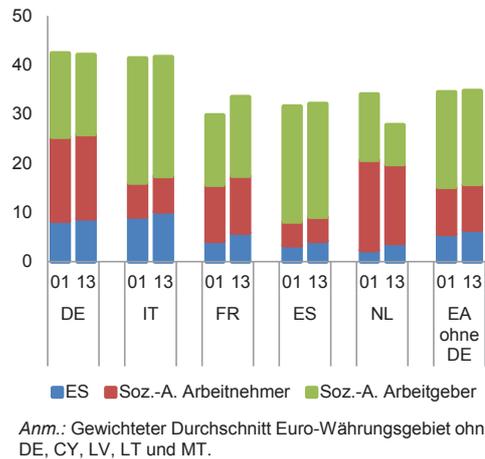
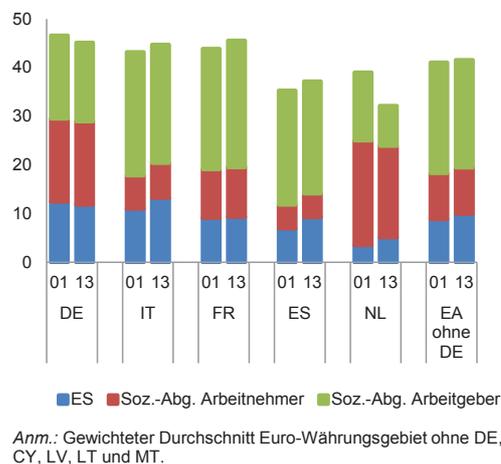
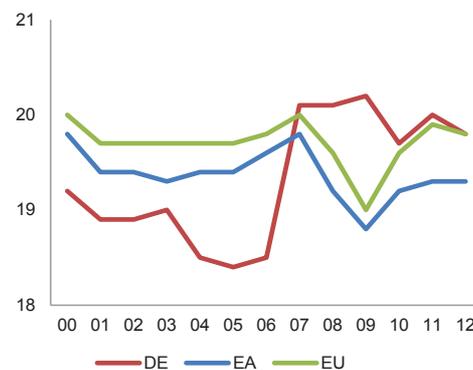


Abbildung 2.2.4: **Steuer- und Abgabenlast bei 67 % des Durchschnittslohns in den Jahren 2001 und 2013 (in % der Gesamtarbeitskosten)**



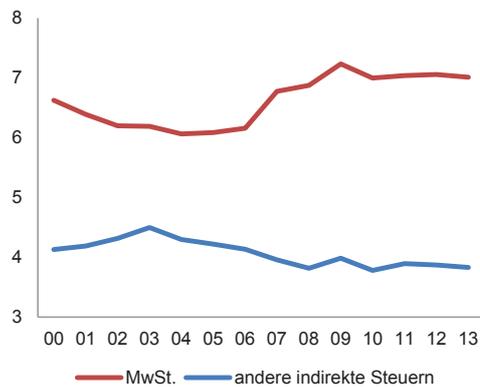
eine deutliche Anhebung des Mehrwertsteuerregelsatzes von 16 % auf 19 % im Jahr 2007 zurückzuführen ist (Abb. 2.2.5). Während der Anteil der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer am BIP in den vergangenen zehn Jahren leicht gestiegen ist, sind die Einnahmen aus anderen indirekten Steuern einschließlich der Verbrauchsteuern rückläufig (Abb. 2.2.6). Ein Teil der zusätzlichen Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung wurde verwendet, um die Senkung des Beitragssatzes der Arbeitslosenversicherung zu kompensieren. Wenngleich die Mehrwertsteuererhöhung einen starken Anstieg des impliziten Steuersatzes auf den Verbrauch zur Folge hatte, hat Deutschland EU-weit einen der niedrigsten Mehrwertsteuerregelsätze und der Anteil der Verbrauchsteuern an den Gesamtsteuereinnahmen ist unterdurchschnittlich. Die verbrauchsbezogene Besteuerung ist stabil geblieben und scheint die Dynamik des privaten Verbrauchs nicht einzuschränken.

Abbildung 2.2.5: **Impliziter Steuersatz auf den Verbrauch (in %)**



Die steuerliche Belastung des Verbrauchs ist in den letzten zehn Jahren zwar gestiegen, scheint aber dennoch nicht besonders hoch zu sein. Der implizite Steuersatz auf den Verbrauch – das Verhältnis der Einnahmen aus allen Verbrauchsteuern zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte – stieg zwischen 2000 und 2012 um 0,6 Prozentpunkte, was vor allem auf

Abbildung 2.2.6: **Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und anderen indirekten Steuern (in % des BIP)**

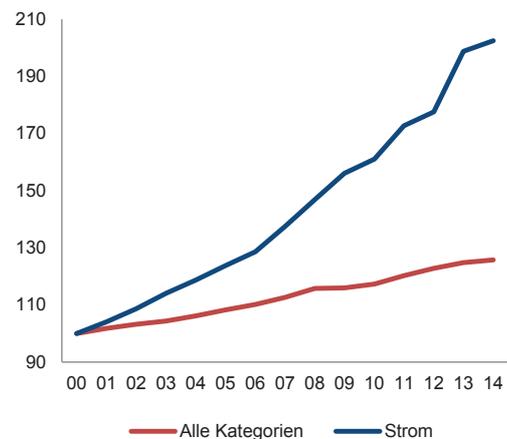


Quelle: Europäische Kommission

Die rapide steigenden Kosten für die Nutzung erneuerbarer Energien haben sich auf das verfügbare Einkommen der Haushalte ausgewirkt. Die von den Stromverbrauchern entrichtete EEG-Umlage zur Finanzierung der Differenz zwischen dem garantierten Einspeisetarif für Erzeuger erneuerbarer Energien und den Marktpreisen hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Die Umlage stieg im Jahr 2013 um 47 % und im Jahr 2014 um weitere 18 %. 2015 wurde sie um 1 % leicht gesenkt. Das Gesamtvolumen der EEG-Umlage ist in den letzten Jahren deutlich angewachsen und dürfte 2015 21,8 Mrd. EUR bzw. 0,7 % des BIP erreichen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien mit nahezu bei Null liegenden Grenzkosten der Energieerzeugung hat zur Senkung der Großhandelspreise beigetragen. Die sprunghafte Erhöhung der EEG-Umlage hat jedoch zur Folge, dass die Verbraucherpreise für Strom in Deutschland im Vergleich zu den allgemeinen Verbraucherpreisen (Abbildung 2.2.7) sowie im Vergleich zu den Verbraucherpreisen für Strom in anderen Mitgliedstaaten (Abb. 2.2.8) deutlich stärker ansteigen. Die Kosten der Umlage wirken sich direkt auf das verfügbare Einkommen der Haushalte aus, wobei Haushalte mit geringeren Einkommen, die tendenziell einen höheren Anteil davon für Wohnraum und Energie aufwenden, stärker betroffen sind. Geht man etwa von einem durchschnittlichen Jahresstromverbrauch von

3456 kWh pro Haushalt aus, der in Deutschland im Jahr 2013 aus durchschnittlich 2,02 Haushaltsmitgliedern bestand, so summiert sich die EEG-Umlage in Höhe von derzeit 6,17 ct/kWh auf 213 EUR pro Jahr und Haushalt.

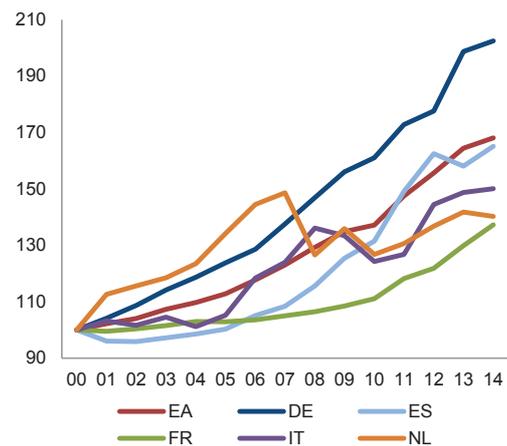
Abbildung 2.2.7: **HVPI* in Deutschland (jährlicher durchschnittlicher Index, 2000 = 100)**



*HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Quelle: Europäische Kommission

Abbildung 2.2.8: **HVPI für Strom (jährlicher durchschnittlicher Index, 2000 = 100)**



*HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Quelle: Europäische Kommission

Insgesamt war nicht in erster Linie die Steuerpolitik ausschlaggebend für den gedämpften privaten Verbrauch vor der Krise; wenn jedoch keine Anpassungen erfolgen,

könnte sie den privaten Verbrauch künftig dämpfen. Die Steuer- und Abgabenbelastung ist in den letzten Jahren erneut gestiegen. Die kalte Progression könnte in den kommenden Jahren zu nichtdiskretionären Steuererhöhungen führen und durch eine Anhebung des durchschnittlichen Steuersatzes die Wirkung des anhaltend dynamischen Lohnwachstums dämpfen. Die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit ist, besonders für Geringverdiener, nach wie vor vergleichsweise hoch, und die Sozialabgaben könnten noch weiter steigen. Der politikbedingte Anstieg der Strompreise hat sich vor allem in Haushalten mit niedrigem Einkommen auf das verfügbare Einkommen und den Verbrauch ausgewirkt.

Die möglichen Auswirkungen des allgemeinen Mindestlohns auf den Verbrauch

Deutschland hat 2015 einen allgemeinen Mindestlohn von 8,50 EUR pro Stunde mit gewissen Ausnahmen und Übergangsregelungen eingeführt. Die neuen Vorschriften wurden als Reaktion auf die Ausweitung des Niedriglohnssektors, die zunehmenden Lohn- und Einkommensungleichheiten und den sinkenden Anteil der tarifvertraglich beschäftigten Arbeitnehmer erlassen. Einige Arbeitnehmergruppen sind allerdings ausgeschlossen. Die ausgehandelten branchenspezifischen Mindestlöhne bleiben gültig, dürfen jedoch ab 2017 nicht unter 8,50 EUR pro Stunde liegen. Die neu eingerichtete Mindestlohnkommission wird der Regierung alle zwei Jahre unverbindliche Empfehlungen für künftige Anpassungen des Mindestlohniveaus vorlegen. Das Gesetz über die Einführung des allgemeinen Mindestlohns sieht außerdem Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen für alle Unternehmen in einem Wirtschaftszweig sowie bei der Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftszweige vor. Das Gesetz soll im Jahr 2020 überprüft werden.

Insgesamt könnte die positive Wirkung des Mindestlohns auf die Binnennachfrage durch Beschäftigungs- und Preiseffekte sowie die Wechselwirkung mit dem Steuer- und

Sozialleistungssystem geschmälert werden. Der allgemeine Mindestlohn soll das Einkommen von Geringverdienern steigern und so Ungleichheiten verringern, Armut trotz Erwerbstätigkeit eindämmen und die Binnennachfrage sowie den Verbrauch ankurbeln. Allerdings könnten die Auswirkungen des Mindestlohns auf das verfügbare Nettoeinkommen und damit die Binnennachfrage von möglichen Beschäftigungs- und Preiseffekten sowie von höheren Steuern und Sozialabgaben und geringeren Sozialleistungen, mitunter sogar einer Streichung oder Kürzung der Einkommensaufstockung, gedämpft werden. Schätzungen zufolge dürfte die Einführung des Mindestlohns das Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte selbst bei Ausklammerung möglicher Beschäftigungseffekte durchschnittlich um weniger als fünf Euro pro Monat steigern.⁽⁶⁾ Dies legt nahe, dass sich der Mindestlohn möglicherweise nur begrenzt auf den Verbrauch auswirken wird.

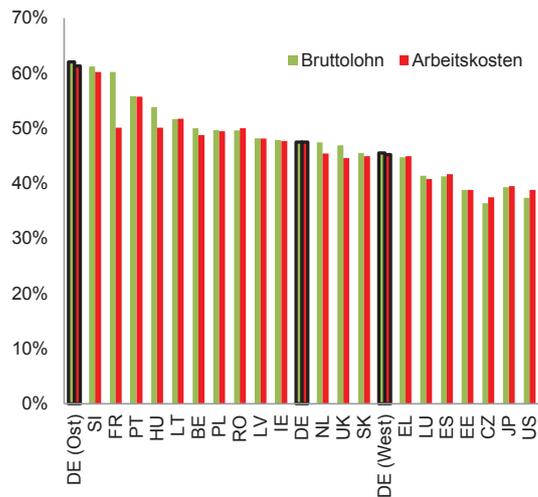
Der Mindestlohn dürfte sich in den östlichen Bundesländern und in den Wirtschaftszweigen mit einem hohen Anteil an so genannten Minijobbern deutlich auf die Beschäftigung auswirken. Der Anteil der Arbeitnehmer, die weniger als 8,50 EUR pro Stunde verdienen, ist besonders hoch in den östlichen Bundesländern (23 %), bei Minijobs (58 %), in bestimmten Dienstleistungssektoren (bis zu 23 %), in Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten (über 30 %), in Berufen, die keine oder nur geringe Qualifikationen erfordern, (35 %) sowie bei Frauen (20 %) und jungen Arbeitnehmern (37 %).⁽⁷⁾ Gemessen am Kaitz-Index für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer (Quotient aus Mindest- und Medianlohn) dürfte das effektive Mindestlohniveau in Gesamtdeutschland und in den westlichen Bundesländern EU-weit im Mittelfeld liegen, während es in den östlichen Bundesländern sowohl in Bezug auf die Bruttolöhne als auch auf die Arbeitskosten am

⁽⁶⁾ Bruckmeier, K. und J. Wiemers (2014), „Die meisten Aufstocker bleiben trotz Mindestlohn bedürftig“, IAB-Kurzbericht Nr. 7/2014.

⁽⁷⁾ Daten für 2012 aus Brenke, K. (2014), „Mindestlohn: Zahl der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer wird weit unter fünf Millionen liegen“, DIW Wochenbericht Nr. 5/2014. Die Auswirkungen dürften aufgrund von Lohnerhöhungen seit 2012 geringer sein.

oberen Ende der Skala angesiedelt wäre (Abb. 2.2.9).⁽⁸⁾

Abbildung 2.2.9: **Kaitz-Index für Bruttolöhne und Arbeitskosten, bei Vollzeitbeschäftigten (2013)**



Quelle: OECD; Arbeitskosten berechnet von der EU-Kommission basierend auf dem „Tax-Benefit“-Modell der OECD und der EU-Kommission.

Anmerkung: Die Definition der Begriffe Bruttolöhne und Arbeitskosten folgt der Kategorisierung der „Tax-Benefit“-Datenbank der OECD und der Europäischen Kommission. Die Bruttolöhne entsprechen der Arbeitnehmervergütung vor Steuern. Der deutsche Mindestlohn von 8,50 EUR pro Stunde bezieht sich auf den Bruttolohn. Die Arbeitskosten der Arbeitgeber entsprechen der Summe des Bruttolohns und der Sozialabgaben des Arbeitgebers.

Der Gesamtbeschäftigungseffekt ist schwer abschätzbar.

Schätzungen des Beschäftigungseffekts reichen von einem positiven Effekt bis hin zu deutlichen Arbeitsplatzverlusten, vielfach im Teilzeitsegment. Diese große Bandbreite ist teilweise auf unterschiedliche Annahmen in Bezug auf die Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage, die Zahl der betroffenen

Arbeitnehmer und die allgemeinen Auswirkungen des Mindestlohns auf die Löhne zurückzuführen. Zudem könnte der Beschäftigungseffekt verstärkt werden, wenn Unternehmen Arbeit durch Kapital ersetzen; hingegen würde er abgeschwächt, wenn Unternehmen lohnunabhängige Leistungen kürzen oder den gesetzlichen Mindestlohn umgehen. Andererseits wirken sich höhere Löhne weniger stark auf die Beschäftigung aus, wenn Unternehmen Lohnerhöhungen in Form von Preissteigerungen auf die Verbraucher abwälzen, oder einen Teil der Kosten durch Gewinnkürzungen auffangen. Der Mindestlohn kann auch Anreize für eine Erwerbsbeteiligung und eine Erhöhung der Produktivität schaffen. Das Ausmaß dieser Effekte ist jedoch nur schwer abschätzbar. In einigen Dienstleistungssektoren, in denen viele Arbeitnehmer vom neuen Mindestlohn betroffen sind, könnte es zu deutlichen Preissteigerungen kommen.

⁽⁸⁾ Nach Schätzungen der Europäischen Kommission auf der Grundlage von angepassten Daten des SOEP für 2012 und des „Tax-Benefit“-Modells der EU-Kommission und der OECD dürfte der Kaitz-Index 2015 für Deutschland insgesamt (sowohl für Bruttolöhne als auch Arbeitskosten) etwa 48 % des Medianlohns betragen; für die westlichen Bundesländer dürfte er etwas niedriger sein (46 % bzw. 45 % für Bruttolöhne und Arbeitskosten) und für die östlichen Bundesländer deutlich höher (62 % bzw. 61 % für Bruttolöhne und Arbeitskosten).

Kasten 2.2.1: Arbeitsproduktivität und Entwicklung der Arbeitskosten in Deutschland

Die Arbeitsproduktivität ist seit dem Jahr 2000 in Deutschland stärker gestiegen als im Euro-Währungsgebiet (ohne Deutschland), doch einige Dienstleistungsbranchen entwickelten sich schwächer. ⁽¹⁾ Zwischen den verschiedenen Branchen herrschen deutliche Unterschiede (Abb. 1). So ist etwa die Arbeitsproduktivität in der Informations- und Kommunikationsbranche eher stark gewachsen, und zwar deutlicher als im verarbeitenden Gewerbe. Deutschland verzeichnete zwischen 2000 und 2013 vor allem bei freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen eine schwache Arbeitsproduktivität. In den meisten Ländern und Branchen ist die Arbeitsproduktivität in den letzten Jahren deutlich langsamer gewachsen als vor der Krise. Dies ist vermutlich auf eine wesentlich geringere Bruttowertschöpfung bei einem vergleichsweise moderaten Beschäftigungsrückgang während der Krise zurückzuführen. Im deutschen verarbeitenden Gewerbe sank beispielsweise die reale Bruttowertschöpfung im Jahr 2009 um beinahe 20 %, während die Zahl der Arbeitnehmer um nur 2,4 % und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (Arbeitnehmer und Selbständige) um nur 9,1 % zurückgingen. Demgegenüber ist die Arbeitsproduktivität in der Informations- und Kommunikationsbranche sowie bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen in den letzten Jahren stärker gestiegen als vor der Krise.

Die Arbeitsproduktivität bei den freiberuflichen Dienstleistungen wächst in Deutschland auch im internationalen Vergleich besonders schwach. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität im Bereich der freiberuflichen Dienstleistungen ist in Deutschland seit über einem Jahrzehnt negativ bzw. nahe Null, was teilweise auf strukturelle Merkmale, wie das Fortbestehen sehr kleiner Firmen, aber auch auf eine ineffiziente Ressourcenverteilung innerhalb der Branche zurückgeht. ⁽²⁾ Wenngleich die Branche in zahlreichen Mitgliedstaaten eine eher geringe Steigerung der Arbeitsproduktivität aufweist, schneidet Deutschland mit am schwächsten ab (Abb. 2). Dies spricht dafür, dass im Bereich der freiberuflichen Dienstleistungen in Deutschland Raum für eine Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz besteht, auch wenn die Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren sind, da sich die Steigerung der Arbeitsproduktivität, insbesondere im Dienstleistungssektor, nur sehr schwer messen lässt. Und obwohl Deutschland insgesamt zu den EU-Ländern mit der wettbewerbsfreundlichsten Gesetzgebung zählt, deuten die OECD-Indikatoren zur Produktmarktregulierung für 2013 darauf hin, dass Deutschland auch zu jenen Ländern gehört, in denen die Gesetzeslage dem Wettbewerb im Bereich der freiberuflichen Dienstleistungen am wenigsten entgegen kommt (Abb. 3).

Im internationalen Vergleich sticht Deutschland hervor, da es sich von einer Position mit sehr schwachen Lohnstückkosten vor der Krise in eine Position mit Nominallöhnen, die im Zeitraum 2008-2013 stärker als die Produktivität gewachsen sind, entwickelt hat, was auf einen andauernden Abbau von Ungleichgewichten hindeutet. Die Lohnstückkosten in Deutschland sanken zwischen 2000 und 2007, da das Lohnwachstum in den meisten Jahren hinter der Produktivität zurückblieb. Dies galt vor allem für die Bereiche Handel und Verkehr und für das verarbeitende Gewerbe. Nach einer langen Phase der Lohnzurückhaltung überholten die Nominallöhne die Produktivität in den meisten deutschen Wirtschaftszweigen zwischen 2008 und 2013 (Abb. 4). In einigen Branchen, etwa im Einzelhandel und bei den freiberuflichen Dienstleistungen, scheinen die höheren Lohnstückkosten sowohl auf eine geringere Produktivität als auch auf ein stärkeres Lohnwachstum zurückzugehen.

Im verarbeitenden Gewerbe und in einigen Dienstleistungsbranchen könnten die Reallöhne stärker wachsen als die Produktivität. Vor der Krise, bis 2007, verzeichneten die Reallöhne in Deutschland ein sehr geringes Wachstum, während die Produktivität moderat zunahm, und die Reallöhne legten in zahlreichen Wirtschaftszweigen, wie im verarbeitenden Gewerbe und in den Bereichen Handel, Verkehr, Gastgewerbe und Gastronomie, schwächer zu als die Produktivität. Trotz jüngster Lohnerhöhungen hinkt das Lohnwachstum langfristig gesehen vor allem im Sektor der handelbaren Güter hinter der Produktivität

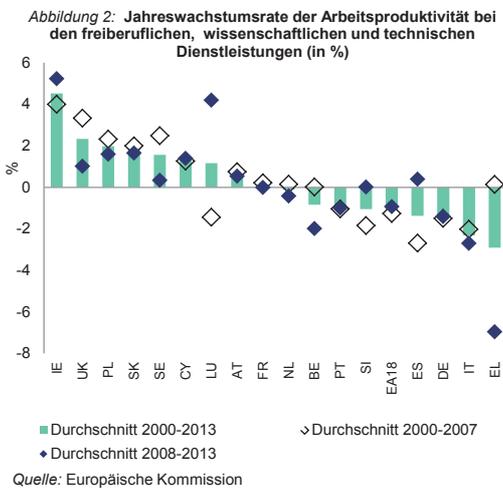
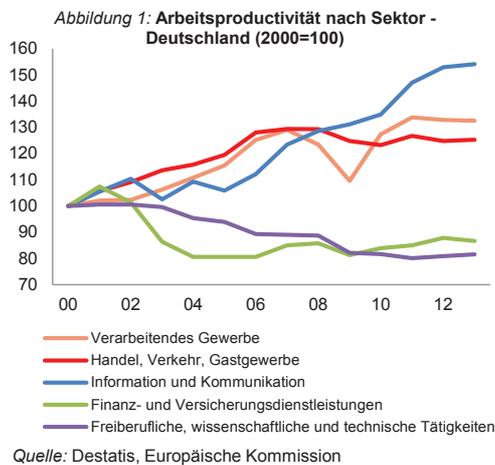
⁽¹⁾ Die Arbeitsproduktivität ist die reale Bruttowertschöpfung je geleisteter Arbeitsstunde (Gesamtbeschäftigung). Die nominalen Lohnstückkosten sind das Verhältnis der Arbeitnehmervergütung (nominal) dividiert durch die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden (Arbeitnehmer) zur realen Arbeitsproduktivität. Berechnungen der Kommission auf der Grundlage von Daten von Eurostat und Destatis.

⁽²⁾ Europäische Kommission (2014), „The economic impact of professional services liberalisation“, European Economy, Nr. 533/2014.

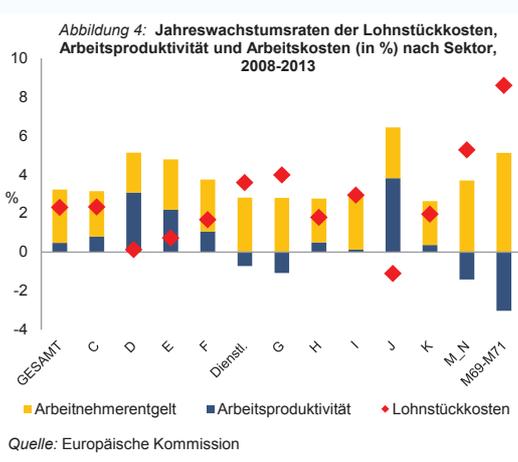
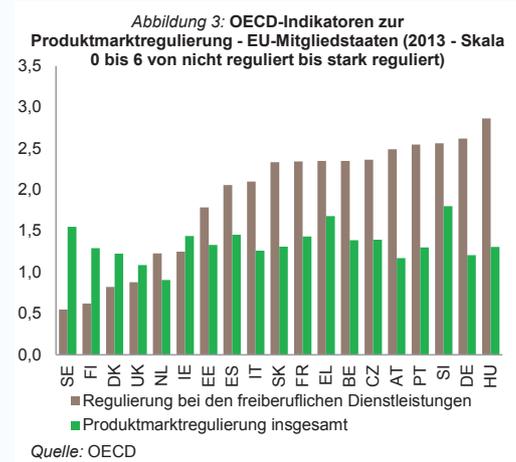
(Fortsetzung nächste Seite)

Kosten (Fortsetzung)

auch im Zeitraum 2000-2013 noch ein deutliches Gefälle erkennbar. Auch theoretische Lohnrichtwerte deuten auf eine mögliche Diskrepanz zwischen der Lohnentwicklung in Deutschland und den Fundamentaldaten hin. Die Richtwerte unter Berücksichtigung von Preisniveaus, Produktivität und Arbeitslosigkeit machen deutlich, dass die Lohnwachstumsrate in Deutschland konstant hinter dem erforderlichen Niveau für ein Gleichgewicht auf dem nationalen Arbeitsmarkt („internes Gleichgewicht“) zurückbleibt, wenngleich das Gefälle in den letzten Jahren abgenommen hat. (1) Die Richtwerte zum Vergleich des tatsächlichen Lohnwachstums mit jenem Wert, der eine unveränderte preisliche Wettbewerbsfähigkeit („externes Gleichgewicht“) gewährleistet hätte, deuten ebenfalls auf eine starke Lohnzurückhaltung Mitte der 2000er-Jahre im Vergleich zu anderen Ländern des Euro-Währungsgebiets hin. Wenngleich die Löhne seit kurzem die Richtwerte übersteigen, was gewisse Einbußen bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit vermuten lässt, scheint weiterer Spielraum für Lohnwachstum unter Wahrung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands vorhanden zu sein.



Anmerkung zu Abb. 2: Wirtschaftsbereiche M-N nach ES/2010: freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen; sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen.



(1) Europäische Kommission (2014), „Benchmarks for the assessment of wage developments“, European Economy, Nr. 146/2013.

Kosten (Fortsetzung)

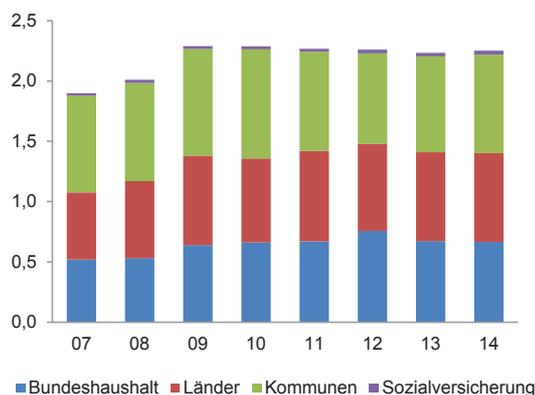
I=Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie, J=Information und Kommunikation, K=Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; M-N=Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, M69-M71=Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung; Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung; Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung, Dienstl.=G-I, K, M-N.

2.3. INVESTITIONEN

Öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung

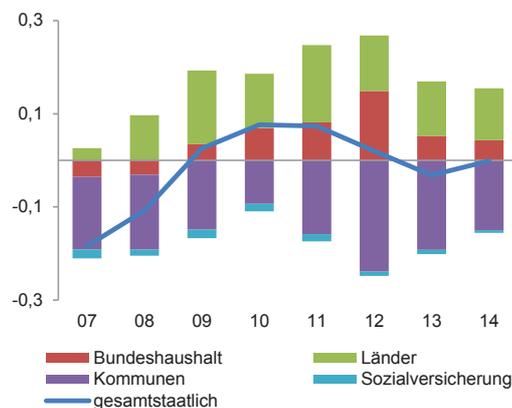
Zwar haben die öffentlichen Investitionen zuletzt an Fahrt aufgenommen, doch liegen sie noch immer deutlich unter dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets, und ein anhaltender Trend zu positiven Nettoinvestitionen ist nicht zu erkennen. Nach einem Anstieg in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre, der teilweise auf krisenbedingte Konjunkturpakete zurückzuführen war, blieb der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen des öffentlichen Sektors am BIP in den letzten Jahren unverändert; die Wachstumsraten der Jahre 2012 und 2013 waren nominal gesehen moderat und real gesehen sogar leicht negativ (Abb. 2.3.1). Daher liegen die öffentlichen Investitionen weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets (ohne Deutschland, Spanien und Irland), wenngleich sich die Differenz von 1,5 % des BIP im Jahr 2009 auf 1,0 % im Jahr 2013 verringert hat (Abb. 1.6). Im Jahr 2014 stiegen die öffentlichen Bruttoinvestitionen nominal um 3,8 % und real um 3,1 %, und dieser Trend dürfte sich laut der Winterprognose 2015 der Kommission angesichts der insgesamt soliden öffentlichen Finanzen und der von der Bundesregierung verabschiedeten politischen Maßnahmen auch im Zeitraum 2015-2016 fortsetzen. Nachdem die öffentlichen Nettoinvestitionen für kurze Zeit im positiven Bereich lagen, waren die Bruttoinvestitionen im Jahr 2013 wieder niedriger als die Abschreibungen und im Jahr 2014 konnten die Abschreibungen gerade ausgeglichen werden (Abb. 2.3.2).

Abbildung 2.3.1: Bruttoanlageinvestitionen nach Gebietskörperschaften (in % des BIP)



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Europäische Kommission

Abbildung 2.3.2: Nettoanlageinvestitionen nach Gebietskörperschaften (in % des BIP)



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Europäische Kommission

Die öffentlichen Investitionen sind besonders auf kommunaler Ebene und in Bezug auf die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland in Rückstand geraten. Die öffentlichen Investitionen der Kommunen sanken von 1,1 % des BIP im Jahr 2000 auf 0,8 % im Jahr 2014, während sie auf Bundes- und Länderebene leicht anstiegen (Abb. 2.3.1). Damit ist der kommunale

Anteil an den Gesamtbruttoanlageinvestitionen des öffentlichen Sektors von 46 % im Jahr 2000 auf 36 % im Jahr 2014 geschrumpft. Der Abwärtstrend bei den öffentlichen Investitionen erklärt sich zum Teil durch die hohen Infrastrukturinvestitionen in Ostdeutschland in den 1990er-Jahren, die seither stagnieren, und durch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, etwa in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen und in der Abfallwirtschaft. Doch vor allem die seit Anfang der 2000er-Jahre negativen Nettoinvestitionen der Kommunen deuten auf erhebliche Investitionsdefizite hin (Abb. 2.3.2). Auch die Investitionen zur Erhaltung der Qualität der deutschen Verkehrsinfrastruktur reichen nicht aus, wobei vor allem die realen Investitionen in das Straßennetz der Länder, Regierungsbezirke und Kommunen und in den öffentlichen Nahverkehr rückläufig sind. Bottom-up-Studien und Erhebungen haben ergeben, dass in den kommenden Jahren zusätzliche jährliche Investitionen von ½ % bis 1 % des BIP (15 bis 30 Mrd. EUR) erforderlich sind, um die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zu modernisieren und spezifische Engpässe zu beseitigen sowie den Investitionsstau der Kommunen abzubauen. ⁽⁹⁾

Bei der Steigerung der öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur und der Verbesserung des Haushaltsspielraums der Kommunen konnten einige Fortschritte erzielt werden. Die Bundesregierung hat für den Zeitraum 2014-2017 zusätzliche Mittel in Höhe von 5 Mrd. EUR für Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur und 600 Mio. EUR für die Stadtentwicklung bewilligt. Außerdem sollen die Kommunen weitere 5 Mrd. EUR jährlich zur teilweisen Kompensation ihrer Sozialausgaben erhalten, womit sich ihr finanzieller Spielraum für Investitionen erhöhen dürfte. Zu diesem Zweck wurde im Dezember 2014 ein Gesetz zur Entlastung der Länder und Kommunen um 1 Mrd. EUR jährlich und zur Aufstockung des Sonderfonds für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen um 550 Mio. EUR

verabschiedet. Weitere finanzielle Hilfe soll den Kommunen in Form von Mitteln für die Integration von Menschen mit Behinderungen zukommen. Darüber hinaus sind ein flexiblerer Mitteleinsatz für Infrastrukturinvestitionen und eine Weiterentwicklung der Infrastrukturfinanzierung über öffentlich-private Partnerschaften geplant. Eine neu eingerichtete Expertengruppe soll Vorschläge zur Erhöhung privater und öffentlicher Investitionen, etwa durch eine stärkere Nutzung von privatem Kapital für öffentliche Infrastrukturprojekte, erarbeiten. Kürzlich wurden weitere 10 Mrd. EUR für Infrastrukturinvestitionen im Zeitraum 2016-2018 angekündigt, die jedoch noch nicht konkretisiert wurden; zudem sollen die Erlöse aus der Versteigerung von Rundfunkfrequenzen in den Breitbandausbau investiert werden.

Die geplanten Maßnahmen bleiben jedoch hinter dem zurück, was erforderlich wäre, um den Investitionsrückstand im Bereich der öffentlichen Infrastruktur aufzuholen. Bei vollständiger Umsetzung würden sich diese Maßnahmen auf jährlich rund 10 Mrd. EUR bzw. 0,3 % des BIP belaufen und somit deutlich hinter dem ermittelten zusätzlichen Investitionsbedarf von jährlichen ½ % bis 1 % des BIP zurückbleiben. Angesichts des vor allem auf lokaler Ebene offenkundigen Investitionsdefizits ist die Haushaltslage der Kommunen und damit ihre Investitionskapazität in diesem Kontext von besonderer Bedeutung. Dabei spielt auch die Verteilung der Einnahmen- und Ausgabenkompetenzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen eine Rolle (siehe Abschnitt 3.1).

Deutschland hat bei der Erhöhung seiner Bildungsausgaben nur begrenzte Fortschritte erzielt. Gemessen an internationalen Standards sind vor allem die Ausgaben für die Primarstufe und die Sekundarstufe I nach wie vor eher niedrig. Im Jahr 2011 lagen die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Deutschland mit 5,1 % des BIP deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 6,1 % des BIP, wenngleich die Aufwendungen der Bildungseinrichtungen je Schüler/Student mit 27 % des BIP pro Kopf dem OECD-Durchschnitt entsprachen. Dies könnte auch auf den geringen Anteil der Unter-30-Jährigen an der deutschen Gesamtbevölkerung zurückzuführen sein. Die

⁽⁹⁾ Europäische Kommission (2014), „Makroökonomische Ungleichgewichte – Deutschland 2014“, European Economy, Occasional Papers, Nr. 174; Europäische Kommission (2014), „Infrastructure in the EU: Developments and Impact on Growth“, European Economy, Occasional Papers, Nr. 203.

Tabelle 2.3.1: Deutschlands Haushaltsprojektionen und europäische und nationale Defizitobergrenzen (in % des BIP)

	2015	2016	2017	2018
Anforderungen Stabilitäts- und Wachstumspakt¹				
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo	0	0,5	0,5	0,5
Defizitobergrenze	-3,0	-3,0	-3,0	-3,0
Differenz	3	3 1/2	3 1/2	3 1/2
Nationale "Schuldenbremse" Bundeshaushalt²				
Struktureller Saldo	0,03	0,04	0,01	0,01
Strukturelle Defizitobergrenze (Übergangsregelung)	-0,66	-0,35	-0,35	-0,35
Differenz	1/2	1/2	1/2	1/2

Quelle: 1) Übersicht über die Haushaltsplanung Deutschlands für 2015; 2) Bundesministerium der Finanzen, Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und zum Finanzplan 2014 bis 2018 sowie zum Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“, März 2014

Ausgaben je Schüler/Student am BIP pro Kopf liegen in der Primarstufe und der Sekundarstufe I unter dem OECD-Durchschnitt und in der Sekundarstufe II darüber; im Hochschulbereich entsprechen sie dem OECD-Durchschnitt. Die öffentlichen Bildungsausgaben beliefen sich 2011 auf 4,4 % des BIP, während sie im Euro-Währungsgebiet bei durchschnittlich 5,1 % und in der EU und der OECD bei durchschnittlich 5,3 % lagen. Im Jahr 2012 sanken die öffentlichen Ausgaben für Bildung in Deutschland auf 4,3 % des BIP.

Demgegenüber hat Deutschland einige Fortschritte bei der Erhöhung seiner Forschungsausgaben erzielt und sein „Europa-2020“-Ziel beinahe erreicht. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden hauptsächlich vom Privatsektor getragen und sind von 2,4 % des BIP im Jahr 2000 auf geschätzte 2,94 % im Jahr 2013 gestiegen; damit liegen sie deutlich über dem EU-28-Durchschnitt von 2,02 %. Wenngleich das Land kurz vor Erreichung seines Ausgabenziels im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ von 3 % des BIP steht, investieren andere fortgeschrittene Volkswirtschaften wie Finnland, Schweden und Südkorea noch mehr. Darüber hinaus bestehen bei der Innovationsleistung und den Ausgaben auf regionaler Ebene deutliche Unterschiede, insbesondere bei privatwirtschaftlichen FuE-Investitionen.

Die Bundesregierung hat Maßnahmen zur Aufstockung der Bildungs- und Forschungsausgaben getroffen, zur Verwirklichung des nationalen Ziels scheinen jedoch weitere Anstrengungen erforderlich. Bereits im Stabilitätsprogramm 2014 war vorgesehen, zusätzliche 6 Mrd. EUR zur Unterstützung der Länder bei der Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Hochschulen, sowie zusätzliche 3 Mrd. EUR für Forschung bereitzustellen. Darüber hinaus ist eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Ländern im Bereich Wissenschaft und Forschung geplant. Jüngste Daten deuten jedoch darauf hin, dass die öffentlichen und privaten Gesamtausgaben für Bildung und Forschung hinter dem von Bund und Ländern vereinbarten nationalen Ziel von 10 % des BIP bis 2015 zurückbleiben werden. Während die Gesamtausgaben zwischen 1995 und 2011 von 8,6 % des BIP auf 9,1 % des BIP stiegen, gingen sie im Jahr 2012 auf 9,0 % des BIP zurück. Zur Erreichung des Ausgabenziels von 10 % scheinen daher auf allen Regierungsebenen weitere Anstrengungen erforderlich zu sein; um zu den innovationsstärksten Volkswirtschaften aufzuschließen, bräuchte es sogar noch umfangreichere Maßnahmen. Neben einer Ausgabensteigerung stellen nach wie vor die Erhöhung des Bildungserfolgs (siehe Abschnitt 3.3) und die Verbesserung des Zugang von Start-ups zu Wagniskapital (siehe Abschnitt 3.2 und 3.5) große Herausforderungen dar.

Die derzeit günstige Haushaltslage Deutschlands bietet deutlichen Spielraum für zusätzliche Infrastrukturinvestitionen und Bildungsausgaben unter Einhaltung der europäischen und nationalen Haushaltsregeln.

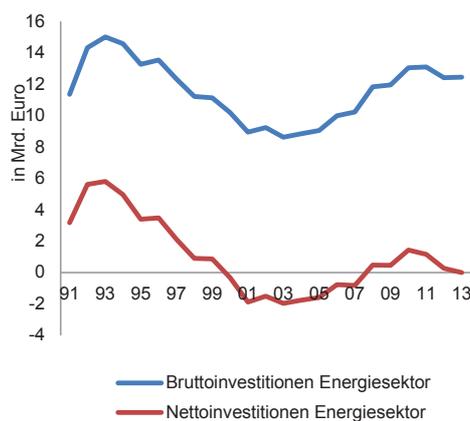
Nach aktuellen Prognosen beträgt dieser Spielraum beim mittelfristigen Haushaltsziel Deutschlands bis zu 1 % des BIP und im Rahmen seiner nationalen „Schuldenbremse“ bis zu ½ % des BIP. Laut der Winterprognose 2015 der Europäischen Kommission dürfte Deutschland sein mittelfristiges Haushaltsziel 2015 um rund 1,2 % des BIP und 2016 um rund 1,0 % des BIP übertreffen. Zudem kündigt Deutschland in seiner Übersicht über die Haushaltsplanung für 2015 an, sein mittelfristiges Ziel auch im Zeitraum 2017-2018 mit einer Marge von etwa 1 % des BIP erfüllen zu wollen (Tabelle 2.3.1). Darüber hinaus will die Bundesregierung die im Rahmen der nationalen „Schuldenbremse“ festgelegte Obergrenze für das strukturelle Haushaltsdefizit im Zeitraum 2015-2018 um rund ½ % des BIP übertreffen. ⁽¹⁰⁾ Die nationale Obergrenze für das strukturelle Defizit ist also restriktiver und gibt den höchstmöglichen haushaltspolitischen Spielraum vor.

Investitionen im Energiesektor

Unter Investitionsgesichtspunkten spielen **Energieerzeugung, Energieeffizienz und Energienetze eine wichtige Rolle.** Allein die Investitionen der Unternehmen in den Energiesektor betragen 2013 9 % der gesamten Bruttoinvestitionen, wobei Investitionen in die Energieeffizienz und die Photovoltaik größtenteils nicht eingerechnet sind, da sie als Investitionen im Gebäudesektor gelten (Abb. 2.3.3). In die Erzeugung erneuerbarer Energien wurden im Jahr 2013 insgesamt 16,1 Mrd. EUR investiert, in die Verbesserung der Energieeffizienz von

Wohngebäuden flossen im Jahr 2011 bis zu 10 Mrd. EUR ⁽¹¹⁾, und für die Energienetze wurden im Jahr 2013 5,5 Mrd. EUR aufgewendet (Tabelle 1 in Kasten 2.3.1).

Abbildung 2.3.3: Investitionen des Energiesektors



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis)

Investitionen im Energiesektor werden überwiegend von privaten Investoren getätigt.

Im Jahr 2010 kamen nur 2,5 % der Gesamtinvestitionen in die Erzeugung erneuerbarer Energien und nur 8,6 % der Gesamtinvestitionen in die Energieeffizienz aus dem öffentlichen Sektor, so dass dessen Bedeutung als direkter Investor begrenzt ist. Den Großteil der Finanzierungen für den Energiesektor stellen in Deutschland Banken und private Intermediäre bereit. Auf die privaten Haushalte entfiel im Jahr

⁽¹⁰⁾ Die in der Verfassung verankerte „Schuldenbremse“ legt für das strukturelle Defizit des Bundeshaushalts ab 2016 eine Obergrenze von 0,35 % des BIP fest; bis dahin kommt im Rahmen einer Übergangsregelung eine schrittweise sinkende Obergrenze zur Anwendung. Die Bundesländer müssen ab 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Jedoch scheint keine aussagekräftige Bewertung des Haushaltsspielraums der Bundesländer möglich zu sein, da zwischen den einzelnen Bundesländern erhebliche Unterschiede bestehen und auf der Ebene der Bundesländer keine konsistenten Daten zu den strukturellen Salden verfügbar sind.

⁽¹¹⁾ Blazejczak, J., J. Diekmann, D. Edler, C. Kemfert, K. Neuhoff und W-P. Schill (2013) „Energy Transition Calls for High Investment“, DIW Economic Bulletin Nr. 9/2013. Laut Bundesregierung wurden im Jahr 2013 39,5 Mrd. EUR in die Energieeffizienz von Wohngebäuden und 15,3 Mrd. EUR in die Energieeffizienz von Nichtwohngebäuden investiert (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014), „Ein gutes Stück Arbeit. Die Energie der Zukunft. Erster Fortschrittsbericht zur Energiewende“). Diese Angaben beziehen sich jedoch auf die Gesamtinvestitionen in die Sanierung des Gebäudebestands (einschließlich Investitionen in Photovoltaik und nicht investitionsbezogene Ausgaben), während der tatsächliche Investitionsaufwand in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz erheblich niedriger ist. Das Statistische Bundesamt gibt die Investitionen in die Energieeffizienz im Jahr 2012 mit 0,93 Mrd. EUR an.

2012 ein Anteil von 37 % der Gesamtinvestitionen im Bereich erneuerbare Energien. Im Jahr 2010 gewährten die KfW, die Rentenbank und staatliche Banken vergünstigte Darlehen in Gesamthöhe von 16,5 Mrd. EUR; dies entsprach 45 % der Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Deutschland. Im selben Jahr stellten private Intermediäre 12,4 Mrd. EUR bereit. ⁽¹²⁾

Aufgrund des derzeitigen politischen Rahmens und der geografischen Lage Deutschlands sind Investitionen im Energiesektor von hoher Relevanz. Im weiteren Kontext der Klimaschutz- und Energiepolitik der EU kommt der Energiewende und verschiedenen politischen Instrumenten, wie der Einspeisevergütung für erneuerbare Energien, in dieser Hinsicht eine zentrale Rolle zu. Die Energiewende sieht Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz bis 2020 und 2050, den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 sowie ambitionierte Ziele für die Verringerung von Treibhausgasemissionen vor. Diese Zielsetzungen erfordern erhebliche Investitionen in erneuerbare Energien für Strom- und Wärmeerzeugung, in die Energieeffizienz des Gebäudebestands und in den Ausbau und die Modernisierung der Strom- und Erdgasnetze. Da Deutschland eine zentrale „Schaltstelle“ im Energiebinnenmarkt der EU ist, haben deutsche Investitionsentscheidungen auch beträchtliche Implikationen für die EU. Deutschlands geografische Lage erfordert einen erheblichen Ausbau des innerstaatlichen und des grenzüberschreitenden Netzes im Einklang mit den Anforderungen an Stromerzeugung, -übertragung und -verteilung (siehe Abschnitt 3.4). Die Investitionen in den Gassektor sanken zwischen 1994 und 2004. Trotz der allmählichen Erholung nach 2005 sollten die Investitionen zwischen 2014 und 2019 um insgesamt 1,9 Mrd. EUR steigen, um die Ziele des Netzentwicklungsplans Gas 2014 zu erreichen, der bis 2019 eine Erhöhung der Verdichterleistung um 260 Megawatt und einen Leitungsausbau um 423 km vorsieht.

⁽¹²⁾ Juergens, I., H. Amecke, R. Boyd, B. Buchner, A. Novikova, A. Rosenberg, K. Stelmakh and A. Vasa (2012), „The Landscape of Climate Finance in Germany“, CPI Report.

Kasten 2.3.1: Genauere Betrachtung der Energieinvestitionen

Trotz ansehnlicher Investitionen in den letzten Jahren, vor allem vonseiten der Privathaushalte und der Unternehmen, müssen die Investitionen noch erheblich verstärkt werden, um die auf nationaler und EU-Ebene festgelegten Ziele der Energie- und Klimapolitik zu erreichen. Die Investitionen in erneuerbare Energiequellen für die Elektrizitätserzeugung gehen bislang weitgehend in die richtige Richtung (Abbildung 1). Im Bereich der Heizwärme aus erneuerbaren Energien sind jedoch noch beträchtliche Investitionssteigerungen erforderlich, da dieser Sektor – auch wenn für ihn keine spezifische Zielvorgabe festgelegt wurde – ansonsten nicht seinen veranschlagten Beitrag zur Erreichung der Ziele für erneuerbare Energien leisten kann (Abbildung 2). Zwar variiert die Investitionslücke je nach Szenario, doch der geschätzte jährliche Investitionsbedarf bewegt sich erheblich über dem Wert von 3,1 Mrd. EUR aus dem Jahr 2013 (Abbildung 1 und Tabelle 1). Zudem werden die Modernisierung und der Ausbau der Übertragungsnetze in den kommenden Jahren erheblich höhere Investitionen erfordern (Abbildung 3). Während die Übertragungsnetzbetreiber ursprünglich geplant hatten, bis September 2014 50 % (d. h. rund 950 km) der gesamten aus dem Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (*EnLAG*) resultierenden Vorhaben für 2016 fertigzustellen, wurden tatsächlich nur rund 23 % der seit 2009 geplanten Vorhaben realisiert. ⁽¹⁾ Beträchtliche Investitionslücken sind auch bei der Energieeffizienz festzustellen: Derzeit liegen die Investitionen sowohl unter dem Ziel für die Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie als auch unter dem nationalen Ziel für die Verringerung der Kohlendioxidemissionen im Gebäudebereich. Um dieses nationale Ziel zu erreichen, müsste die durchschnittliche jährliche Quote für Gebäudesanierung, die derzeit 1,1 % (2008-2013) ausmacht, in etwa verdoppelt werden. ⁽²⁾ Um den Primärenergieverbrauch wie vorgesehen bis 2020 um 20 % zu vermindern, wären allein für Wohngebäude Zusatzinvestitionen in die Energieeffizienz in Höhe von insgesamt 75 Milliarden Euro im Zeitraum 2014 bis 2020 erforderlich. ⁽³⁾

Tabelle 1:

Investitionen in die Erzeugung erneuerbarer Energien und in Energienetze (Mrd. EUR)

	Jährliche Investitionen (2011 – 2013 Durchschnitt)	Projizierter jährlicher Investitionsbedarf (2013 - 2020)
Erzeugung erneuerbarer Energien	20	18,3 - 24,0
Strom	16,9	13,0 - 17,0
Wärme	3,1	5,3 - 7,0
Stromnetze	3,9	5,7 - 5,9
Verteilung	3,0	1,5 - 1,7
Übertragung	0,9	4,2

Quellen: Erzeugung erneuerbarer Energien: 'Erneuerbare Energien in Zahlen', BMWi, 2014, S. 24; eigene Berechnungen zum Investitionsbedarf (siehe Abb. 2 und 3). Stromnetze: 'Monitoringbericht 2014', BNetzA, 2014, S. 67-68, ohne Berücksichtigung der Ausgaben der Übertragungsnetzbetreiber und der Verteilnetzbetreiber für die Instandhaltung des bestehenden Netzes (3,1 Mrd. EUR); Investitionsbedarf nach den Szenarios B2024* (Netzentwicklungsplan 2014, zweiter Entwurf) und B2024 (NEP Offshore, erster Entwurf).

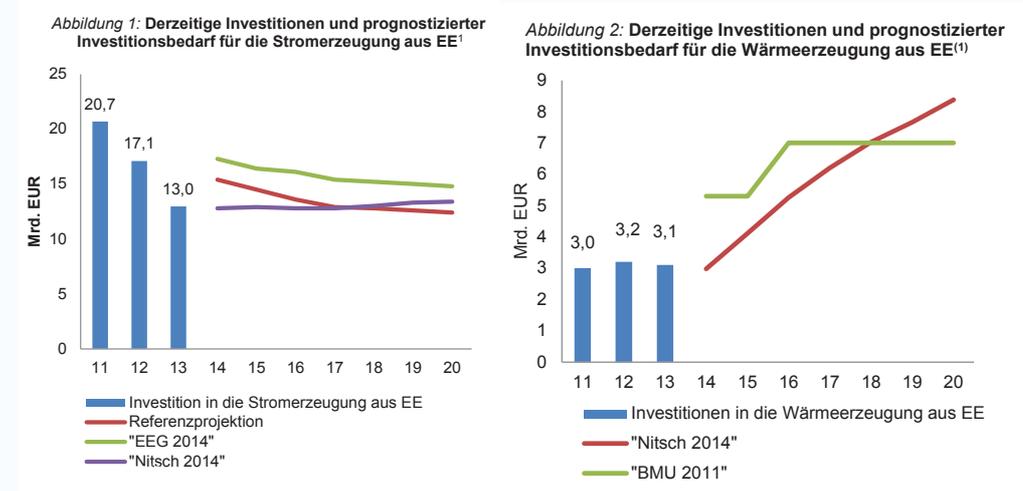
⁽¹⁾ Bundesnetzagentur (2014), „Bauliche Fertigstellung der EnLAG- Vorhaben“, Band 3, 3.Quartal 2014.

⁽²⁾ Löschel, A., G. Erdmann, F. Staiß and H-J. Ziesing (2014), „Expertenkommission zum Monitoring-Prozess ‚Energie der Zukunft‘. Stellungnahme zum ersten Fortschrittsbericht der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2013“.

⁽³⁾ Gornig, M., H. Hagedorn und C. Michelsen (2013), „Bauwirtschaft: Zusätzliche Infrastrukturinvestitionen bringen zunächst keinen neuen Schwung“, DIW Wochenbericht Nr. 47/2013.

(Fortsetzung nächste Seite)

Kosten (Fortsetzung)



⁽¹⁾ *Quellen:* Investitionsdaten aus Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014), „Erneuerbare Energien in Zahlen“. „Referenzprojektion“ ist eine Extrapolierung aktueller Trends bei der Erzeugung erneuerbarer Energien. „EEG 2014“ und „Nitsch 2014“ geben die aus dem Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG 2014) resultierenden Anforderungen für den Ausbau erneuerbarer Energien unter Berücksichtigung verschiedener Annahmen für die Kostenentwicklung wieder. „Nitsch 2014“ basiert auf Nitsch (2014), „Szenarien der deutschen Energieversorgung vor dem Hintergrund der Vereinbarungen der Großen Koalition“.

⁽²⁾ *Quellen:* Aktuelle Investitionen aus Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014), „Erneuerbare Energien in Zahlen“. Projektion „Nitsch 2014“ basiert auf Nitsch (2014), „Szenarien der deutschen Energieversorgung vor dem Hintergrund der Vereinbarungen der Großen Koalition“, S. 33 (Szenario 100-II); „BMU 2011“ (Projektion des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) basiert auf der Leitstudie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2011), „Langfristszenarien und Strategien für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland bei Berücksichtigung der Entwicklung in Europa und global“.

Deutschland hat zwar Maßnahmen zur Erreichung seiner Energieziele ergriffen, doch es sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um Anreize für Investitionen in die Energieeffizienz zu schaffen und den Rückstand bei der Heizwärme aus erneuerbaren Energien aufzuholen. In puncto Energieeffizienz machen aktuelle Analysen deutlich, dass die im Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) vorgeschlagenen Maßnahmen die von der Bundesregierung identifizierten Lücke nur zu einem Drittel füllen würden. ⁽¹⁾ Zwar wurden im Aktionsprogramm Klimaschutz (Dezember 2014) zusätzliche angebotsseitige Maßnahmen angekündigt; eine Schätzung dazu, inwieweit diese Maßnahmen zur Schließung der Lücke beitragen, hat die Bundesregierung jedoch noch nicht vorgelegt (siehe Kapitel 3.4). Zudem wird derzeit das Marktanreizprogramm für die Wärmegewinnung aus erneuerbaren Energien überarbeitet, um zusätzliche Investitionen zu generieren; allerdings ist noch unklar, inwieweit die Maßnahmen zur Erreichung des Programmziels beitragen, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Wärmeerzeugung bis 2020 auf 14 % zu steigern (9,1 % im Jahr 2013). Weder die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung noch das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) enthalten quantitative Vorgaben für die Kapazität zur Wärmeerzeugung, die den Ausbau erneuerbarer Energien in diesem Bereich vorantreiben könnten. ⁽²⁾ Zwar hat die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2014 für Vorhersehbarkeit bei Investitionen in Geothermie gesorgt, doch weitere Verbesserungen in puncto Rechtssicherheit erscheinen angezeigt, um Investitionen in andere erneuerbare Energiequellen wie Windkraft, Photovoltaik und Biomasse zu fördern.

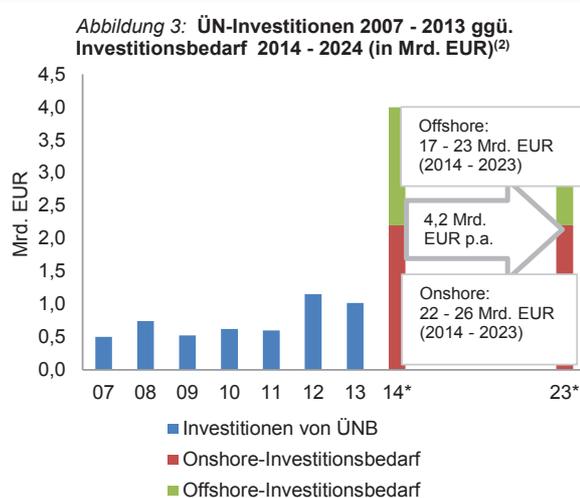
⁽¹⁾ Löschel, A., G. Erdmann, F. Staiß and H-J. Ziesing (2014), „Expertenkommission zum Monitoring-Prozess ‚Energie der Zukunft‘. Stellungnahme zum ersten Fortschrittsbericht der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2013“.

⁽²⁾ Nitsch (2014), „Szenarien der deutschen Energieversorgung vor dem Hintergrund der Vereinbarungen der Großen Koalition“.

(Fortsetzung nächste Seite)

Kosten (Fortsetzung)

Um den Rückstand beim Netzausbau spürbar zu verringern, ist es notwendig, den Rechtsrahmen zu vereinfachen und die öffentliche Akzeptanz für große Netzinfrasturkturprojekte zu verbessern. Der Mangel an öffentlicher Unterstützung gilt in Deutschland als einer der Hauptfaktoren für Verzögerungen beim Netzausbau. Um die Kommunikation mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern, unterstützt die Bundesregierung deshalb die Initiative *Bürgerdialog Infrastruktur für die Energiewende*, die in den Regionen mit Energieinfrastrukturprojekten einen breit angelegten öffentlichen Dialog anregen soll. Zudem soll das 2013 verabschiedete *Bundesbedarfsplangesetz* die Umsetzung der wichtigsten und am dringendsten benötigten Übertragungsinfrastrukturprojekte positiv beeinflussen.⁽¹⁾ Eine Verringerung des Verwaltungsaufwands bei der Netzentwicklung⁽²⁾ und der Abbau regulierungsbedingter Risiken würden zugleich für mehr Sicherheit bei der langfristigen Investitionsplanung sorgen und dadurch eine Verringerung der Eigenkapitalanforderungen und der Finanzierungskosten bewirken.



Anmerkung: Jährliche Investitionen durch Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) in jährlichen Preisen (2007-2013); Grundlage: Bundesnetzagentur (2014), „Monitoringbericht 2014“. Die jährliche Investitionslücke von 4,2 Mrd. EUR wurde berechnet auf Basis des Netzentwicklungsplans 2014 (zweiter Entwurf, Szenario B2024*) und des Offshore-Netzentwicklungsplans (zweiter Entwurf, B2024); sie leitet sich ab aus den kumulierten Onshore- (23 Mrd. EUR) und Offshore-Investitionslücken (19 Mrd. EUR) für den Zeitraum 2014–2023 unter Annahme einer gleichmäßigen Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Jahre. Die Wertebereiche beziehen sich auf Ober- (Szenario C2024) und Untergrenzen (Szenario A2024).

⁽¹⁾ Europäische Kommission (2014), „Investment Projects in Energy Infrastructure“, SWD(2014) 313 final.

⁽²⁾ Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2014), „Infrastruktur zwischen Standortvorteil und Investitionsbedarf“.

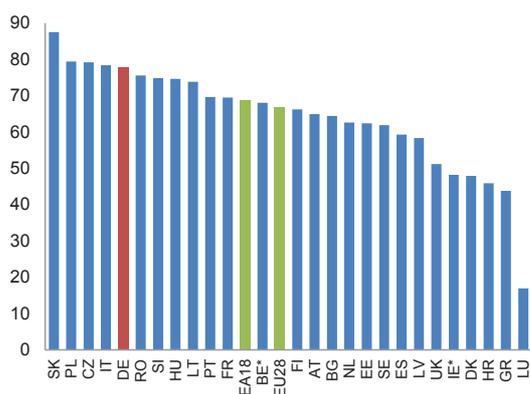
Investitionen in Maschinen und Ausrüstung

Das Verarbeitende Gewerbe hat einen erheblichen Anteil an Deutschlands Investitionen in Maschinen und Ausrüstung, seinen Exporten und der Bruttowertschöpfung. Die Bedeutung für die Wirtschaft als Ganzes lässt sich am Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ablesen, der seit Mitte der 1990er-Jahre ohne merklichen Rückgang bei durchschnittlich 22 % liegt. Weiterhin dominiert der Wirtschaftsbereich auch die Warenausfuhren Deutschlands mit einem

durchschnittlichen Anteil von rund 80 % am jährlichen Wert der Gesamtexporterlöse seit Anfang der 2000er-Jahre. Außerdem ist das Verarbeitende Gewerbe ein wichtiger Motor für Investitionen in Deutschland und zeichnet seit Mitte der 1990er-Jahre für durchschnittlich rund 30 % der nominalen Investitionen in Maschinen und Ausrüstung verantwortlich. Nachdem sein Anteil an den Investitionen in Maschinen und Ausrüstung von Mitte der 1990er-Jahre bis Mitte der 2000er-Jahre tendenziell abnahm, kann nunmehr eine Stabilisierung oder möglicherweise sogar eine Trendumkehr beobachtet werden.

Im Ländervergleich unterstützt das deutsche Verarbeitende Gewerbe die Gesamtausfuhren des Landes stärker als dies im gesamten Euro-Währungsgebiet der Fall ist. Auf das deutsche Verarbeitende Gewerbe entfallen fast 80 % der Gesamtausfuhren des Landes, verglichen mit etwa 70 % im Euro-Währungsgebiet (Durchschnitt der Jahre 2010-2013). Dies veranschaulicht die verhältnismäßig große Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes für die deutsche Wirtschaft (siehe Abbildungen 2.3.4 und 2.3.5). Da der Rückgang seit Mitte der 1990er-Jahre in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten weniger stark ausgefallen ist, übersteigt der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung den Durchschnitt im Euro-Währungsgebiet um mehr als sechs Prozentpunkte. Die Bedeutung des Wirtschaftsbereichs für Investitionen in Maschinen und Ausrüstung ist auch gesamteuropäisch gesehen überdurchschnittlich hoch; der Unterschied ist jedoch weniger ausgeprägt, da die Leasingfinanzierung in Deutschland eine größere Rolle spielt und Investitionen solcher Art dem (Finanz-)Dienstleistungssektor zugerechnet werden.

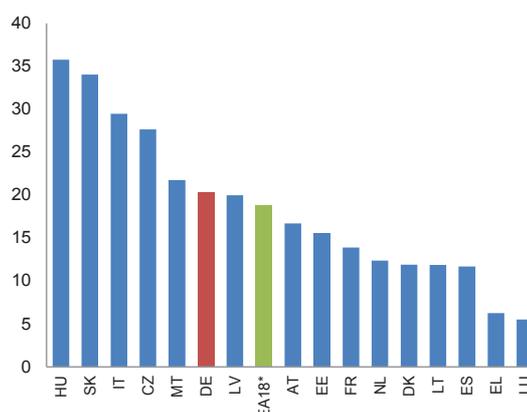
Abbildung 2.3.4: Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an den Gesamtausfuhren (in %; Durchschnitt 2010-2013)



Anm.: * Durchschnitt 2010-2012

Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

Abbildung 2.3.5: Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an den Nominalinvestitionen Deutschlands in Maschinen und Ausrüstung (in %, Durchschnitt 2010-2013)



Anm.: EA18 ohne PT, ES, FI, CY.

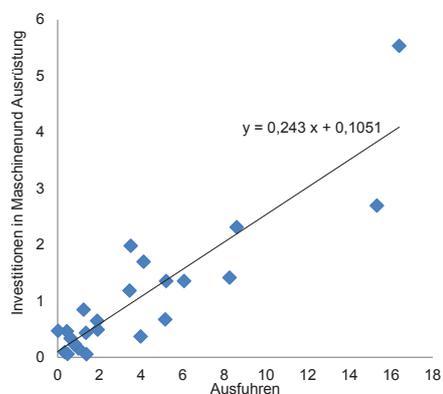
Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

Laut verfügbaren Daten zu den Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland sind es die am stärksten exportorientierten Branchen, die Investitionen in Maschinen und Ausrüstung vorantreiben. Im Jahr 2011 entfielen auf die Wirtschaftszweige chemische Erzeugnisse, pharmazeutische Erzeugnisse, Erdöl, Mineralien und Gummi des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland nahezu 20 % der Bruttowertschöpfung des gesamten Wirtschaftsbereichs, gefolgt von Fahrzeugen, Transport und Verkehr mit 18 %. Vergleicht man den Anteil jedes Wirtschaftszweigs an den gesamten deutschen Nominalinvestitionen in Maschinen und Ausrüstung mit seinem Anteil an den gesamten nominalen Warenausfuhren, kann eine eindeutige positive Korrelation festgestellt werden. Es überrascht nicht, dass die Hersteller von Kraftfahrzeugen, chemischen Erzeugnissen, elektrischer Ausrüstung, Metallerzeugnissen und anderen Maschinen und Geräten beide Größen nach oben treiben.

Im Ländervergleich ist der Unterschied zwischen Deutschland und anderen Mitgliedstaaten vor allem der deutschen Automobilindustrie geschuldet. Zwar zeigt sich das positive Zusammenspiel zwischen Investitionen in Maschinen und Ausrüstung und Exporten in Deutschland deutlicher als in Italien, Spanien, dem Vereinigten Königreich oder im

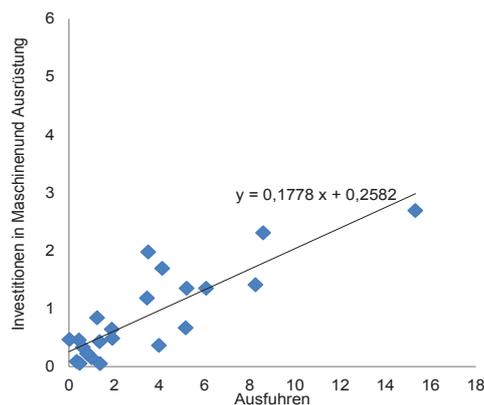
Vergleich mit dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets; der Abstand verringert sich jedoch, wenn man die Herstellung von Kraftfahrzeugen nicht in die Daten aufnimmt (Abbildungen 2.3.6 und 2.3.7). Dies spiegelt die starke Position der deutschen Automobilindustrie und insbesondere die nichtpreislichen Wettbewerbsvorteile im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten wider. Dazu gehört auch eine Spezialisierung auf Endprodukte, die durch ein hohes Maß an Forschung und Entwicklung aufrechterhalten wird. Zudem haben die Wirtschaftszweige Kraftfahrzeuge und Landfahrzeuge vom Wachstum in Schwellenländern (Brasilien, Russland, Indien und China) und in den USA profitiert.

Abbildung 2.3.6: Anteil an den gesamten nominalen Warenausfuhren und an den Gesamtnominalinvestitionen in Maschinen und Ausrüstung nach Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes (in %, Durchschnitt 2008-2012)



Quelle: Berechnung Europäische Kommission

Abbildung 2.3.7: Anteil an den gesamten nominalen Warenausfuhren und an den Gesamtnominalinvestitionen in Maschinen und Ausrüstung nach Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes (in %, Durchschnitt 2008-2012), ohne Automobilbranche



Quelle: Berechnung Europäische Kommission

Die zentrale Bedeutung exportorientierter verarbeitender Unternehmen für Investitionen in Maschinen und Ausrüstung könnte die Möglichkeit eines investitionsinduzierten Ausgleichs der Leistungsbilanz einschränken. Erstens spielt das Verarbeitende Gewerbe eine in quantitativer Hinsicht zentrale Rolle für die Gesamtinvestitionen in Maschinen und Ausrüstung in Deutschland, und das insgesamt zyklische Muster von Investitionen in Maschinen und Ausrüstung beruht größtenteils auf dem Investitionsverhalten des Wirtschaftsbereichs. Zweitens scheint ein enger Zusammenhang zwischen Investitionen in Maschinen und Ausrüstung und Warenausfuhren zu bestehen. Angesichts des derzeitigen Wachstumsmusters der deutschen Wirtschaft, deren Schwerpunkt ganz klar auf Ausfuhren liegt, und der aufgrund des schrumpfenden deutschen Marktes begrenzten Möglichkeit, die Ausfuhren mittelfristig durch Inlandsnachfrage zu ersetzen, kann nach der derzeitigen Analyse davon ausgegangen werden, dass ein signifikanter Anstieg der Investitionen in Maschinen und Ausrüstung ohne eine gleichzeitige Erhöhung der Ausfuhren eher unwahrscheinlich wäre. Der durch den hohen Importanteil bei den Investitionen in Maschinen und Ausrüstung verursachte Ausgleich der Leistungsbilanz würde dadurch teilweise aufgehoben.

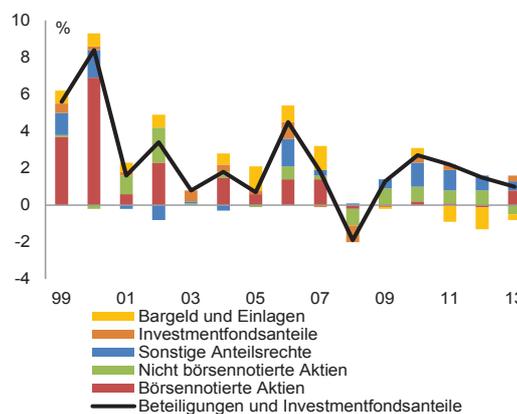
Die Art der Finanzinvestitionen deutscher Unternehmen verstehen

Auch nach der Krise verharren die Unternehmensrücklagen deutscher nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften auf einem hohen Niveau. Seit den frühen 2000er Jahren wurden die überschüssigen Ersparnisse der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften in Deutschland hauptsächlich zum Erwerb von Anteilsrechten und Anteilen an Investmentfonds eingesetzt.⁽¹³⁾ Diese Finanzinvestitionen waren erheblich, auch im Vergleich zu anderen, ähnlich großen EU-Mitgliedstaaten. Eine Aufschlüsselung der Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds⁽¹⁴⁾ zeigt, dass deutsche nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in erster Linie in börsennotierte und nicht börsennotierte Aktien investiert haben. Während der Krise haben jedoch auch andere Beteiligungen an Bedeutung gewonnen, was möglicherweise auf Kapitalspritzen für kleinere Zulieferer und/oder den Erwerb von privaten Unternehmen zurückzuführen ist (Abbildung 2.3.8).

⁽¹³⁾ Neue Bezeichnung gemäß ESVG 2010: „Anteilsrechte“ wurde geändert in „Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds“, „Investmentzertifikate“ in „Anteile an Investmentfonds“.

⁽¹⁴⁾ Nach den Dimensionen (I) Anteilsrechte (börsennotierte Aktien, nicht börsennotierte Aktien, sonstige Anteilsrechte) und (II) Anteile an Investmentfonds (Anteile an Geldmarktfonds, Anteile an Nicht-Geldmarktfonds), ESVG 2010.

Abbildung 2.3.8: Erwerb von Aktien und sonstigen Anteilsrechten durch nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (in % des BIP)



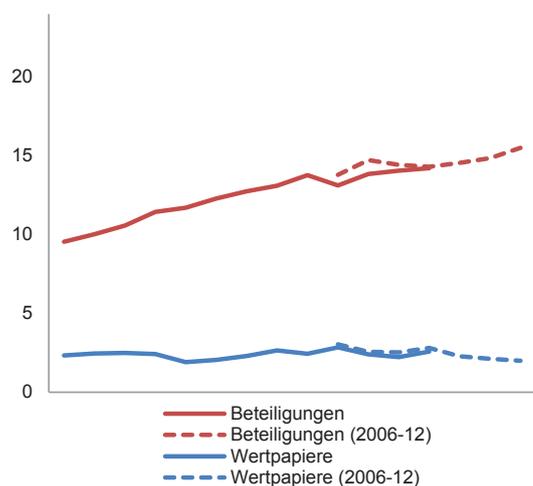
Quelle: Berechnung Europäische Kommission

Bilanzangaben auf Unternehmensebene für den Zeitraum 1997-2012 belegen, dass strategische Beteiligungen an anderen Unternehmen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese Feststellung beruht auf hochgerechneten Ergebnissen, die auf der Grundlage der jährlichen Bilanzangaben von Unternehmen in einer Vielzahl von Wirtschaftsbereichen gewonnen wurden.⁽¹⁵⁾ Branchenübergreifend betrachtet sind Beteiligungen an anderen Unternehmen, die gehalten werden, um eine dauerhafte Beziehung zu diesen Unternehmen aufzubauen und dadurch die Geschäftstätigkeit des Beteiligungsunternehmens zu fördern, von weniger als 10 % Mitte der 1990er Jahre auf knapp 16 % im Jahr 2012 gestiegen (Abbildung 2.3.9). Im Gegensatz dazu liegt der Anteil von Wertpapieren, die ohne das Ziel einer direkten Investitionsrendite erworben wurden, an

⁽¹⁵⁾ Die Daten der Bundesbank betreffen Unternehmen der folgenden Wirtschaftszweige: für 1997-2009: Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Baugewerbe, Groß- und Einzelhandel, Verkehr (ohne Schienenverkehr und Wirtschaftstätigkeiten) nach Destatis' Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003, NACE Rev. 1.1); für 2006-2012, zusätzlich zu den genannten Wirtschaftszweigen Gas sowie Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation nach Destatis' Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008, NACE Rev. 2). Deutsche Bundesbank (2013), „Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2012“, Statistische Sonderveröffentlichung 5.

der Gesamtsumme der Aktiva im selben Zeitraum bei etwa 2-3 %. Zusammen mit dem Anstieg der Spareinlagen deutscher nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften und dem Erwerb von Anteilsrechten und Anteilen an Investmentfonds weisen diese Entwicklungen darauf hin, dass die Erhöhung der Beteiligungsinvestitionen mit der Strategie der Unternehmen zusammenhängt, also dazu dient, ihre Geschäftstätigkeit zu fördern.

Abbildung 2.3.9: Anteil Beteiligungen und Wertpapiere am Gesamtvermögen der Unternehmen (in %)



Quelle: Bundesbank

Der Umfang des Erwerbs strategischer Beteiligungen hat im Laufe der Zeit zugenommen und ist bei stark exportorientierten Wirtschaftszweigen besonders ausgeprägt. Der größte Anteil an strategischen Beteiligungen ist in einigen exportorientierten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes wie chemische Erzeugnisse und Fahrzeuge festzustellen. Dies deutet auf einen Zusammenhang mit ihrer Internationalisierungsstrategie hin. Aufgeschlüsselte Bestandsdaten zeigen eine Heterogenität zwischen den Unternehmen. Der höchste durchschnittliche Anteil von Beteiligungen an der Summe der Aktiva findet sich in den Bereichen „Herstellung von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen“ und „Fahrzeuge“ (rund 29 % im Durchschnitt der Jahre 2006-2011) sowie „Datenverarbeitung, elektronische und optische Erzeugnisse“ (25 % im Durchschnitt der

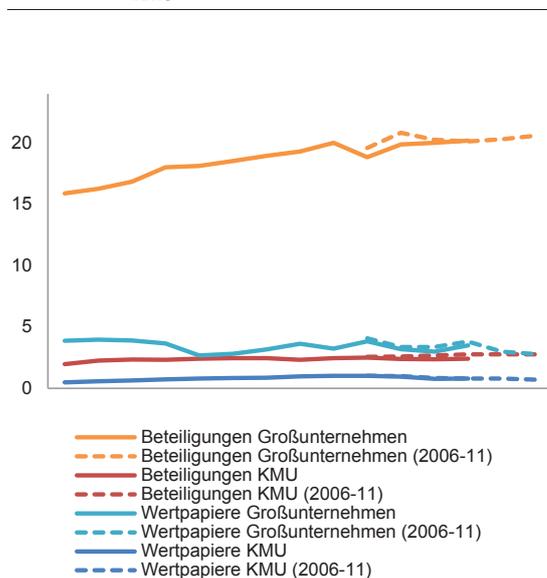
Jahre 2006-2011).⁽¹⁶⁾ Für 2011 zeigen zusätzliche nicht extrapolierte Daten, aufgeschlüsselt nach Wirtschaftszweigen, Größe und Rechtsform, dass auch in den Bereichen, in denen Beteiligungen quantitativ die größte Bedeutung haben (z. B. Herstellung von chemischen Erzeugnissen), die Entwicklungen von Großunternehmen und bei diesen speziell von den Kapitalgesellschaften bestimmt werden. Wertpapierbestände spielen in diesen Bereichen nur eine geringe Rolle. Die genannten Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes sind durch eine starke Exportausrichtung gekennzeichnet; insgesamt entfiel auf sie beinahe ein Drittel der deutschen Exporte. Gleichzeitig geht ihre Internationalisierungsstrategie über eine reine Abhängigkeit von Exporten hinaus. Insbesondere gehört zu dem Bereich „Fahrzeuge“ die Fahrzeugbau-Branche, für die es umfangreiche Belege dafür gibt, dass sie gut in die globalen Wertschöpfungsketten eingebunden ist, und die unter anderem intensiv von ausländischen Direktinvestitionen Gebrauch macht. Der hohe Anteil an Beteiligungen in diesem Bereich steht daher vermutlich im Zusammenhang mit seiner Internationalisierungsstrategie. In den üblicherweise auf den Inlandsmarkt ausgerichteten Dienstleistungsbereichen wie Baugewerbe und Einzelhandel ist der Anteil an Beteiligungen dagegen im Durchschnitt sehr gering.

Beteiligungen an anderen Unternehmen sind besonders hoch bei großen Kapitalgesellschaften, die aus strategischen Gründen quantitative bedeutsame Mengen an Beteiligungen halten. Die Tatsache, dass Beteiligungen einen großen und weiter wachsenden Anteil am Gesamtvermögen ausmachen, ist hauptsächlich Großunternehmen geschuldet (Abbildung 2.3.10). In ähnlicher Weise sind strategische Beteiligungen für Kapitalgesellschaften von größerer Bedeutung als für Personengesellschaften (Abbildung 2.3.11). Im Durchschnitt waren die Aktienbestände von Kapitalgesellschaften größer als die von Personengesellschaften; die Daten erlauben jedoch keine eindeutige Aussage darüber, ob es sich dabei vor allem um einen Größeneffekt handelt. Der Umfang der strategischen Investitionen von

⁽¹⁶⁾ Deutsche Bundesbank (2014), „Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2010 bis 2011“. Statistische Sonderveröffentlichung.

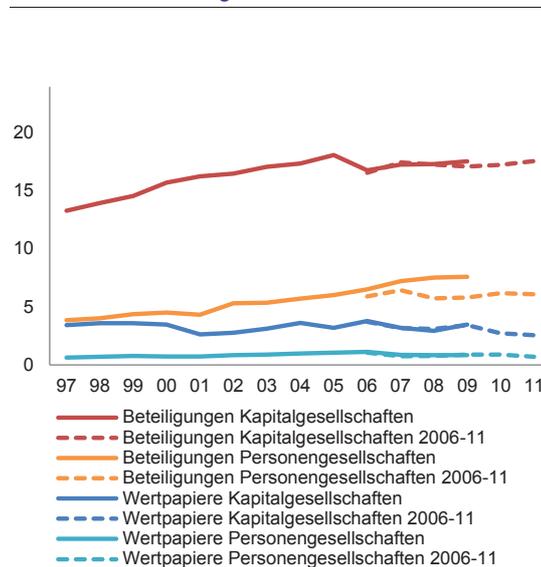
Kapitalgesellschaften spiegelt das Verhalten von Aktiengesellschaften (AG) wider. Die AG ist die typische Rechtsform der oft international tätigen Großunternehmen. Der Anteil von Beteiligungen am Gesamtvermögen beträgt bei AG rund 33 %, bei den kleineren Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) dagegen nur etwa 9 %.

Abbildung 2.3.10: Anteil Beteiligungen und Wertpapiere am Gesamtvermögen der Unternehmen (in %) – Großunternehmen im Vergleich zu KMU



Quelle: Bundesbank

Abbildung 2.3.11: Anteil Beteiligungen und Wertpapiere am Gesamtvermögen der Unternehmen (in %) – Kapitalgesellschaften im Vergleich zu Personengesellschaften



Quelle: Bundesbank

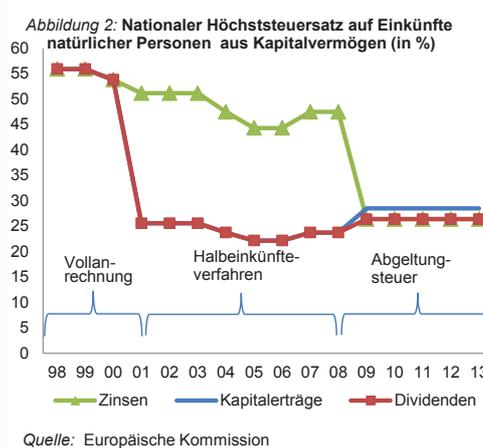
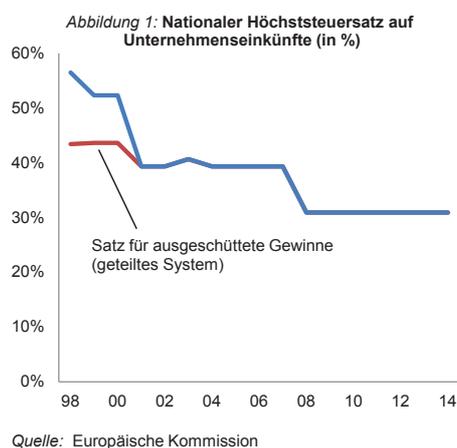
Ergänzende Daten, die bedeutende Transaktionen und gegenseitige Beteiligungen zwischen den Unternehmen deutscher Konzerne zeigen, untermauern die Hypothese, dass finanzielle Vermögenswerte insbesondere aus unternehmensstrategischen Gründen gehalten werden. Die aggregierten Ergebnisse zeigen, dass der in der Konzernbilanz großer Unternehmensgruppen ausgewiesene Anteil der finanziellen Vermögenswerte am Gesamtvermögen (ca. 13 % Ende 2013)⁽¹⁷⁾, tatsächlich wesentlich niedriger ist als der durchschnittlich in den Einzelbilanzen derselben Unternehmen ausgewiesene Anteil (rund 27 %). Neben den oben erläuterten Daten zu Beteiligungen in den Einzelbilanzen der Unternehmen untermauert auch dies die Interpretation, dass finanzielle Vermögenswerte von deutschen nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften vor allem aus strategischen Gründen gehalten werden. Das Ziel könnte darin bestehen, strategische Verbindungen zu anderen Unternehmen herzustellen, die im Zusammenhang

⁽¹⁷⁾ Deutsche Bundesbank (2014), „Die Konzernabschlussstatistik als Beitrag zur erweiterten Unternehmensanalyse: Konzeption und erste Ergebnisse“, Monatsbericht Juli 2014, S. 58.

Kasten 2.3.2: Hauptbestandteile der Steuerreformen in Deutschland von 2001 und 2008

2001 wurden die Sätze der gesetzlichen Körperschaftsteuer auf einbehaltene sowie ausgeschüttete Gewinne angeglichen und von 40 % bzw. 30 % auf 25 % reduziert. Der kumulierte Satz der Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuer und des Solidaritätszuschlags fiel von 56 % bzw. 43 % auf etwa 39 % (Abbildung 1).⁽¹⁾ Die Steuerbemessungsgrundlage wiederum wurde erweitert, indem die Abschreibungsmöglichkeiten für Anlagevermögen verringert wurden. Auf der Ebene der Anteilseigner wurde das Vollarrechnungsverfahren durch ein Halbeinkünfteverfahren ersetzt (Abbildung 2). Bei der Vollarrechnung wurden Dividenden mit dem persönlichen Steuersatz besteuert, und auf Unternehmensebene geleistete Steuern wurden auf die Steuerschuld des Anteilseigners angerechnet, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden. Nach dem Halbeinkünfteverfahren wurden Dividenden nun auf Unternehmensebene besteuert, und zwar mit dem Körperschaftsteuersatz. Zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen wurden von Gesellschaften an andere Gesellschaften ausgeschüttete Dividenden für die jeweils als Anteilseigner auftretenden Gesellschaften von der Steuer befreit. Als Erleichterung für natürliche Personen als Anteilseigner wurde nur die Hälfte der erhaltenen Dividenden besteuert, und zwar mit dem gewöhnlichen persönlichen Einkommensteuersatz. Die gleichen steuerlichen Regelungen galten ebenso für Kapitalerträge infolge der Veräußerung von Anteilen an in- und ausländischen Gesellschaften.

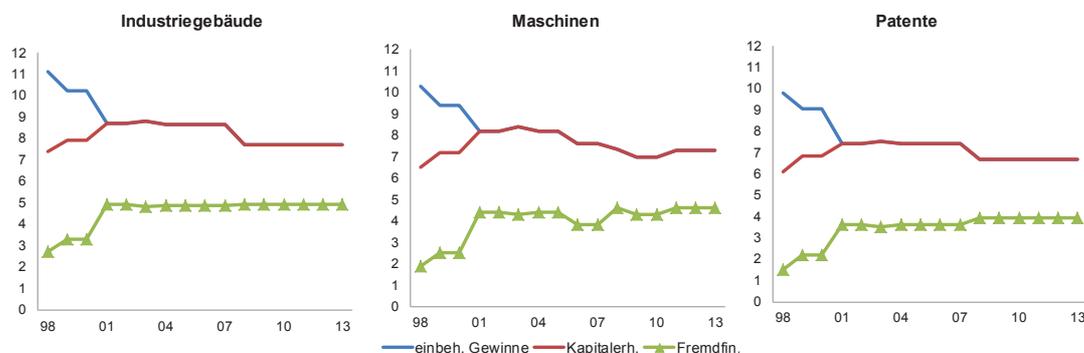
2008 wurde der Körperschaftsteuersatz weiter auf 15 % und die einheitliche Steuermesszahl der örtlichen Gewerbesteuer von 5 % auf 3,5 % gesenkt. Es wurde eine Zinsschranke eingeführt, mit der die Abzugsfähigkeit von Zinsaufwendungen für Unternehmen mit einem hohen Fremdfinanzierungsanteil eingeschränkt werden sollte. Die Steuerbemessungsgrundlage wurde hingegen durch strengere Abschreibungsregeln und eine Vergrößerung der Bemessungsgrundlage für die örtliche Gewerbesteuer erweitert. Außerdem ist die örtliche Gewerbesteuer nun nicht mehr als Betriebsausgabe und nicht mehr von der Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer abzugsfähig. Alles in allem ist der gesetzliche Körperschaftsteuersatz in Deutschland – den Solidaritätszuschlag eingerechnet – im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten hoch. Auf persönlicher Ebene wurde das Halbeinkünfteverfahren 2009 durch eine Quellensteuer von 25 % auf Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden und Kapitalerträge aus der Veräußerung von Anteilen) ersetzt.



⁽¹⁾ Ein relativ großer Teil der Steuern, die Unternehmen zu leisten haben, wird auf kommunaler Ebene durch die örtliche Gewerbesteuer erhoben. Sie wird berechnet, indem eine einheitliche Steuermesszahl mit dem Hebesatz der jeweiligen Stadt oder Gemeinde multipliziert wird. Dieser beträgt durchschnittlich 428 % (mindestens 200 %).

mit der internationalen Wertschöpfungskette des Unternehmens stehen.

Abbildung 2.3.12: **Grenzkosten zusätzlicher Inlandsinvestitionen in verschiedene Arten von Aktiva (in %, auf Unternehmensebene)**



Quelle: ZEW (2014), „Effective tax levels using the Devereux/Griffith methodology“

Auswirkungen der Steuerreformen auf die Anreize für Investitionen der Unternehmen und die Finanzierungsstruktur

Die Unternehmensbesteuerung in Deutschland wurde durch zwei umfassende Reformen 2001 und 2008 grundlegend neu gestaltet. Auf der Ebene der Unternehmen wurde die Körperschaftsteuer schrittweise gesenkt, und 2001 wurde der gespaltene Satz für einbehaltene Gewinne einerseits und ausgeschüttete Gewinne andererseits abgeschafft. Zugleich wurde die Steuerbemessungsgrundlage durch strengere Abschreibungsregelungen und eine Zinsschranke, die die steuerliche Abzugsfähigkeit von Zinsaufwendungen begrenzt, erweitert. Was die Anteilseigner anbelangt, so wurde das Vollanrechnungssystem für Körperschaft- und Einkommensteuer letztlich durch eine pauschale Kapitalertragsteuer auf Dividenden, Zinsen und andere Kapitalerträge ersetzt (siehe Kasten 2.3.2).

Im Hinblick auf Inlandsinvestitionen sind einbehaltene Gewinne zwar durch die beiden Steuerreformen relativ gesehen zu einer attraktiveren Finanzierungsquelle geworden; die im internationalen Vergleich hohen Verschuldungsanreize bleiben jedoch bestehen. Abbildung 2.3.12 zeigt, dass bis zur Reform von 2001 die Grenzkosten bei fremdfinanzierten Investitionen¹⁸⁾ von Unternehmen deutlich

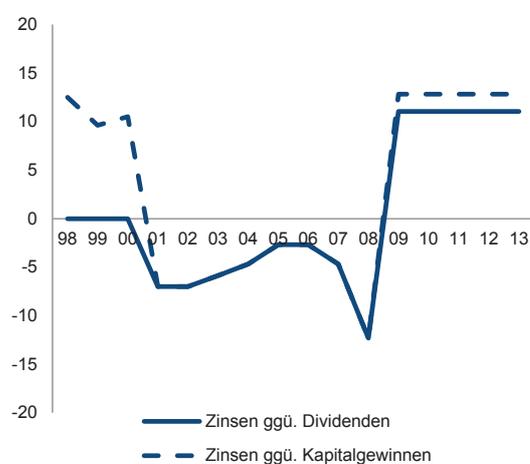
niedriger als bei der Finanzierung von Investitionen über Eigenkapital waren. Dies gilt für sämtliche betrachteten Arten von Aktiva (Industriegebäude, Maschinen sowie Patente als stellvertretende Größe für immaterielle Vermögenswerte). Zinsaufwendungen hatten einen großen „steuerlichen Wert“ wegen des hohen Satzes der Körperschaftsteuer, bei der ein Abzug geltend gemacht werden kann, und des besonders hohen steuerlichen Nachteils für Eigenkapital bei einbehaltenen Gewinnen. Durch die Senkung des gesetzlichen Körperschaftsteuersatzes und die Einschränkung der Abzugsfähigkeit der Zinsaufwendungen haben die beiden Reformen im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts die Kluft zwischen Eigenkapital- und Fremdfinanzierung verringert, wenngleich diese nach wie vor besteht. Dadurch ist eine neutralere Steueranreizstruktur

Kapitalnutzungskosten untersucht, die als Indikator der Grenzkosten bei Investitionen dienen, der nach der Methode von Devereux und Griffith berechnet wird. Dabei wird von einem Investitionsprojekt bei einer konstanten Inflationsrate von 2% und einem Realzins von 5% ausgegangen. In die Analyse fließen nur die Steuern auf Unternehmensebene ein, was auch darauf zurückzuführen ist, dass es in integrierten Kapitalmärkten mit breit gestreutem Aktienbesitz praktisch unmöglich wäre, die Steuern auf der Ebene einzelner Anleger miteinzubeziehen. Unterschiede in der Finanzstruktur der Unternehmen oder steuerminimierende Konstruktionen multinationaler Unternehmen werden nicht berücksichtigt (siehe Devereux, M. P. und R. Griffith, 2003, „Evaluating tax policy for location decisions“, *International Tax and Public Finance*, Vol. 10, S. 107-126; die berechneten Indikatoren befinden sich in ZEW, 2014, „Effective tax levels using the Devereux/Griffith methodology“, Bericht für die GD TAXUD).

¹⁸⁾ Anreize für die Nutzung alternativer Finanzierungsquellen (einbehaltene Gewinne, Kapitalerhöhungen und Fremdfinanzierung) werden anhand der steuerbereinigten

entstanden, und einbehaltene Gewinne sind als Finanzierungsquelle für Investitionen interessanter geworden, aber immer noch weniger attraktiv als Fremdfinanzierung. Die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission hat zu den Auswirkungen der beiden Steuerreformen ökonometrische Untersuchungen mit Daten auf Unternehmensebene (ORBIS-Datenbank) für deutsche Unternehmen durchgeführt, bezogen auf den Zeitraum 1998-2013. Erste Anzeichen deuten darauf hin, dass die Auswirkungen der Steuerreformen auf den Sparüberhang bei Inlandstätigkeiten zwar statistisch signifikant sind, letztlich aber nur von mäßiger Tragweite, was vermuten lässt, dass die Veränderungen im Steuersystem nur ein Faktor der zu beobachtenden Entwicklung im Sparverhalten der Unternehmen sind. ⁽¹⁹⁾

Abbildung 2.3.13: **Marginaler Steuervorteil der Fremdfinanzierung (in %, auf persönlicher Ebene)**



Quelle: ZEW (2014), „Effective tax levels using the Devereux/Griffith methodology“

Durch die Steuerreformen haben sich auch die Anreize für die Finanzierung von Realinvestitionen im Ausland geändert. Eine der Hypothesen für die zu beobachtende Dynamik bei den Investitionen deutscher Unternehmen und den Nettoersparnissen ist, dass für die Unternehmen

möglicherweise – unter anderem durch das Steuersystem – Anreize dazu bestanden, an ausländischen Standorten anstatt im Inland zu investieren. Mit Hilfe eines vorausschauenden Indikators der Grenzkosten bei Investitionen, der zur Berücksichtigung der betreffenden Steuervorschriften berichtigt wird, können die steuerbereinigten Kosten einer Auslands- im Vergleich zu einer Inlandsinvestition für verschiedene Finanzierungsarten eingeschätzt werden. Die Analyse zeigt, dass es teurer ist, einbehaltene Gewinne einer ausländischen Tochtergesellschaft zur Finanzierung von Investitionen im Inland zu nutzen als für die entsprechenden (marginalen) Investitionen im Ausland. Das ist insbesondere der Fall, wenn die Muttergesellschaft im Inland Schulden aufnimmt, um die Investition im Ausland mitzufinanzieren. Das Gleiche gilt für Investitionen, die durch Kapitalerhöhungen bei der Tochtergesellschaft finanziert werden. Zugleich hat sich die Kluft bei den Grenzkosten der alternativen Investitionsszenarien im Allgemeinen im Laufe der Zeit verringert, was auch auf die Änderungen durch die Steuerreformen von 2001 und 2008 zurückzuführen ist.

Bei den durchschnittlichen Steuersätzen ergibt sich nach 2001 eine allgemeine Tendenz zu einer niedrigeren Steuerlast bei neu gegründeten ausländischen Geschäftsbetrieben, z. B. bei Investitionen über eine neue Tochtergesellschaft. Anhand des effektiven durchschnittlichen Steuersatzes lassen sich eher Aussagen über die Anreize dafür treffen, diskrete statt marginale Investitionen im Ausland zu tätigen. Dabei soll das Investitionsprojekt eine Rendite von 20 % vor Steuern einbringen. Bei der Betrachtung der Hauptzielländer für deutsche Direktinvestitionen im Ausland sind in Belgien, den Niederlanden, der Tschechischen Republik und den USA sinkende effektive durchschnittliche Steuersätze zu konstatieren, während die steuerlichen Anreize für Investitionen in Luxemburg über viele Jahre hinweg konstant geblieben sind. ⁽²⁰⁾ Das kann sowohl auf die Steuerreformen in Deutschland als auch auf die zugleich vollzogenen Veränderungen in den

¹⁹ Barrios, S., D. Pontikakis und S. Riscado, 2015, „The great swing in EU corporate savings: does tax policy matter?“, Europäische Kommission, Gemeinsame Forschungsstelle, in Kürze erscheinend.

⁽²⁰⁾ ZEW (2014), „Effective tax levels using the Devereux/Griffith methodology“, Bericht für die GD TAXUD.

Steuersystemen in potenziellen Herkunftsländern zurückzuführen sein, vor allem auf deren Senkung der Spitzensätze bei der Körperschaftsteuer.

Aus der Sicht des einzelnen Anlegers ist die Fremdfinanzierung seit 2009 gegenüber der Finanzierung aus Eigenkapital steuerlich günstiger. Gemessen anhand des marginalen Steuervorteils der Fremdfinanzierung, wobei sowohl die Körperschaftsteuer als auch die auf persönlicher Ebene zu zahlenden Steuern auf Zinseinkünfte, Dividenden und Kapitalerträge berücksichtigt werden⁽²¹⁾, war die Fremdfinanzierung im Vergleich zum Eigenkapital von 2001 bis 2008 relativ gesehen ungünstiger (Abbildung 2.3.13). Dies liegt daran, dass wegen des Halbeinkünfteverfahrens die persönlichen Steuern auf Zinseinkünfte wesentlich höher waren als diejenigen auf Dividenden und Kapitalerträge. Mit der Abschaffung des Halbeinkünfteverfahrens ist die Fremdfinanzierung seit 2009 wieder steuerlich vorteilhafter, da alle Arten von Kapitalerträgen jetzt einer pauschalen Abgeltungsteuer unterliegen. Dies ging mit einer deutlichen Reduzierung des persönlichen Steuersatzes auf Zinseinkünfte einher, durch die die Fremdfinanzierung im Vergleich zum Eigenkapital steuerlich günstiger wurde. Zugleich waren einbehaltene Gewinne gegenüber Dividenden vor 2001 steuerlich benachteiligt, da Kapitalerträge vollständig der persönlichen Einkommensteuer unterlagen, ohne wie Dividenden in den Genuss der Vollarrechnung zu kommen. Außerdem waren in dem geteilten System unausgeschüttete Gewinne auf

Unternehmensebene mit einem höheren Körperschaftsteuersatz belegt als ausgeschüttete Gewinne. Nach der Reform von 2001 waren die Steuern auf Dividenden und Kapitalerträge de facto gleich, was zu einer im Wesentlichen neutralen steuerlichen Behandlung führte (siehe Kasten 2.3.2).

Veränderungen bei den steuerlichen Anreizen haben sich auf die Kapitalstruktur der Unternehmen und deren Dividendenpolitik ausgewirkt, was für die Hypothese spricht, dass die Steuerregelungen den Entschuldungsprozess (Deleveraging) der Unternehmen unterstützt und Gewinnrücklagen als Finanzierungsquelle attraktiver gemacht haben. Bei einer Auswahl deutscher Unternehmen konnte insofern ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Steuervorteil des Fremdkapitals und der Fremdkapitalquote festgestellt werden, als eine stärkere steuerliche Begünstigung von Fremdkapital mit einer höheren Fremdkapitalquote einhergeht⁽²²⁾. Der Gesamtrückgang der positiven Verschuldungsanreize auf Unternehmensebene könnte daher im Prinzip eine Ursache für das Deleveraging in deutschen Unternehmen sein. Empirisch belegt ist außerdem, dass die Zinsschranke, die von den in der obigen Analyse verwendeten Indikatoren nicht erfasst wird, Unternehmen dazu veranlasst hat, ihre Fremdkapitalquote und ihre Nettoszinszahlungen zu senken. Jedoch haben auch die nationalen Unternehmen ihre Kapitalstruktur angepasst, angeblich entgegen der Zinsschrankenintention; außerdem wurde eher externes als internes Fremdkapital (d. h. konzerninterne Kredite) heruntergefahren⁽²³⁾. Gleichzeitig scheint die steuerliche Begünstigung einer Verschuldung auf individueller Ebene im Anschluss an die Steuerreform von 2009 keine größeren Auswirkungen auf die Fremdkapitalquote der Unternehmen gehabt zu haben. Die Änderungen

⁽²¹⁾ Der „marginale Steuervorteil der Fremdfinanzierung“ bezeichnet den Unterschied zwischen der Rendite nach Steuern für den Anleger in Form von Zinseinkünften einerseits und in Form von Beteiligungserträgen andererseits (Dividenden im Vergleich zu realisierten Kapitalgewinnen). Ein positiver Indikator zeigt, dass die Zinsen bei Fremdfinanzierung der steuerlich günstigste Weg sind, den Anlegern eine möglichst hohe Rendite einzubringen, nachdem die Steuern auf Unternehmensebene und auf persönlicher Ebene berücksichtigt worden sind. Der Indikator hängt außerdem von der relativen Bedeutung von externem Beteiligungskapital gegenüber internem Kapital ab. Für die Ausschüttungsquote werden dabei die Extremwerte 0 (Kapital wird zum Rückkauf von Anteilen genutzt, wodurch sich Kapitalerträge ergeben) und 1 (volle Ausschüttung) angenommen. Da zudem die Höchstsätze der gesetzlichen persönlichen Einkommensteuer herangezogen werden, kann der berechnete Wert als Untergrenze betrachtet werden.

⁽²²⁾ So führt ein 10 %-iger Anstieg des Steuervorteils für Fremdkapital zu einem Anstieg der Fremdkapitalquote um 1,5 % (Hartmann-Wendels, T., I. Stein und A. Stöter, 2012, „Tax incentives and capital structure choice: evidence from Germany“, Deutsche Bundesbank Discussion Paper, No 18/2012).

⁽²³⁾ Dreßler, D. und U. Scheuering (2012), „Empirical evaluation of interest barrier effects“, ZEW Discussion papers, No 12-046.

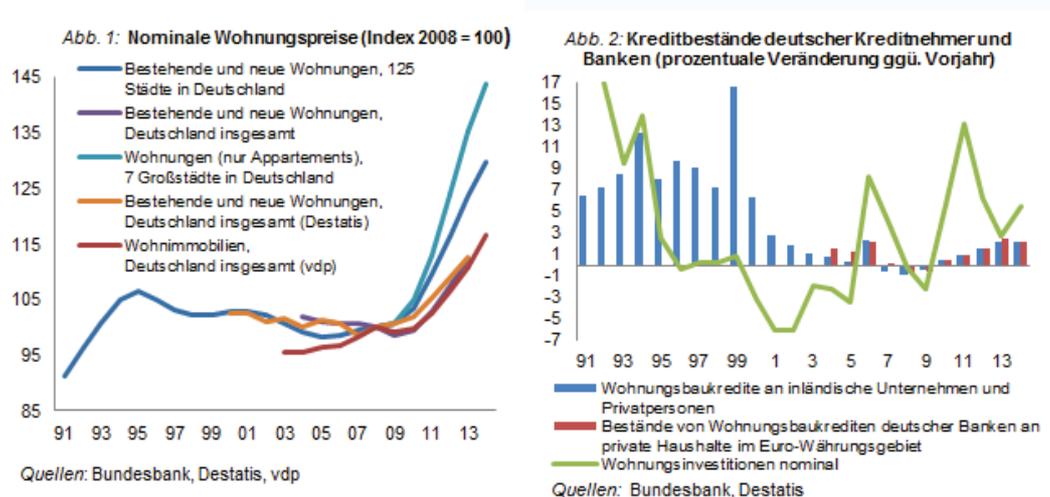
des Besteuerungssystems haben zudem Anreize für die Gewinnthesaurierung als Finanzierungsquelle geschaffen. Die ungleiche steuerliche Behandlung von Dividenden und Kapitalgewinnen ist einer der Faktoren, die bestimmen, wie Anteilseigner vergütet werden. Im Fall Deutschlands hat die Abschaffung der steuerlichen Begünstigung von Dividenden und die Senkung des Körperschaftsteuersatzes – die dazu geführt hat, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Zinsen entsprechend zurückgegangen ist – die relative Attraktivität von Gewinnrücklagen als Finanzierungsquelle für mögliche Anlageinvestitionen der Unternehmen erhöht. Vor der Reform von 2001 wurde einer Dividendenzahlung regelmäßig der Vorzug vor dem Rückkauf von Anteilen gegeben; die Reform scheint nun sowohl die Neigung zu Dividendenzahlungen als auch deren Umfang verringert zu haben⁽²⁴⁾. Ferner mag der im Zuge der Steuerreform von 2001 vollzogene Wechsel vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren zu einer geringeren Anteilsbesitzstreuung beigetragen haben⁽²⁵⁾.

⁽²⁴⁾ Kaserer, C., M. S. Rapp und O. Trinchera (2012), „*Payout policy and corporate insiders: evidence from the German Tax Reduction Act 2001*“, Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Vol. 82, ZfB-Special Issue 5/2012, pp. 85-114.

⁽²⁵⁾ Rüniger, S. (2010), „*The Effect of Germany's Tax Reform Act 2001 on ownership diffusion of German corporations*“, CESifo Conference on Corporate Taxes and Corporate Governance.

Kasten 2.3.3: Preisentwicklungen und Finanzierungsbedingungen auf dem deutschen Wohnimmobilienmarkt

Die Preise für Wohnimmobilien sind auch in den Jahren 2013 und 2014 deutlich angestiegen. Insgesamt betrachtet ist die Preisentwicklung bislang nicht beunruhigend, doch mag die Überbewertung von Wohnimmobilien in bestimmten städtischen Ballungsgebieten zugenommen haben. Wie anlässlich der eingehenden Überprüfung letztes Jahr festgestellt wurde, stellt die Entwicklung der Wohnimmobilienpreise in Deutschland im internationalen Vergleich einen klaren Ausreißer dar. In den zurückliegenden Jahren hat es erneut gegenläufige Entwicklungen gegeben; insbesondere in den Großstädten sind die Immobilienpreise seit 2010 stark gestiegen. Die nominalen Immobilienpreise in 125 großen Städten sind im Jahr 2013 durchschnittlich um rund 6 % gestiegen, die Preise im Bundesdurchschnitt um rund 3 bis 4½ %. Dies entspricht alles in allem den Zahlen von 2012. Die für das Jahr 2014 vorliegenden Preisdaten zeigen, dass sich die Dynamik in Großstädten leicht abgeschwächt hat (durchschnittlich rund 5 %)¹, während dies für Deutschland als Ganzes nicht der Fall zu sein scheint (Abb. 1). Insgesamt lässt sich die Entwicklung der realen Wohnimmobilienpreise in Deutschland mit fundamentalen Faktoren erklären.² Dennoch deuten Schätzungen darauf hin, dass Wohnraum in städtischen Gebieten um 10 bis 20 % überbewertet ist, wobei Eigentumswohnungen in den Großstädten die stärksten Überbewertungen aufweisen.^{3 4} Das niedrige Zinsniveau und das Streben nach Rendite könnten zur Entstehung von Immobilienpreisblasen beitragen, was potenzielle Risiken für die Finanzstabilität birgt.⁵



Die Wohnungsbauinvestitionen haben trotz augenscheinlich günstiger Bedingungen an Schwung verloren. Steigende Wohnungspreise signalisieren, dass die Nachfrage das Angebot übersteigt. Angesichts einer erheblich angestiegenen Nettomigration, niedriger Zinsen, günstiger Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und ihres Rufs als sichere Wertanlage, haben die Investitionen in Wohnimmobilien in den Jahren 2010 und 2011 stark angezogen. In den letzten Quartalen hat sich diese Wachstumsdynamik jedoch deutlich verlangsamt. Trotz niedriger und sinkender Zinssätze für Neubaukredite

⁽¹⁾ Der Anstieg der Preise für Wohnungen in sieben Großstädten hat sich im Jahr 2014 verlangsamt und lag bei etwa 6 % (nach 9 % im Jahr 2013 und 10 % im Jahr 2014).

⁽²⁾ Für das Jahr 2013 aktualisierte Analyse, Erläuterung in Kasten 3.4 „Wohnimmobilienpreise in Deutschland“ in Europäische Kommission (2014), „Makroökonomische Ungleichgewichte – Deutschland 2014“, European Economy, Occasional Papers 174, mit Austausch der Bevölkerung in der Kointegrationsregression durch die externe und interne Nettomigration.

⁽³⁾ Deutsche Bundesbank (2015), „Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2014“, Monatsbericht 02/2015.

⁽⁴⁾ Eine Übersicht über die geografische Verteilung der Preisentwicklungen (mit Erläuterungen) in Deutsche Bundesbank (2013), „Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten“, Monatsbericht 10/2013, und Kholodilin, K., Michelsen, C. und Ulbricht, D. (2014), „Stark steigende Immobilienpreise in Deutschland – aber keine gesamtwirtschaftlich riskante Spekulationsblase“, DIW Wochenbericht, 47/2014.

⁽⁵⁾ Schätzungen zufolge sind die Preise für Wohneigentum wegen der sinkenden Zinssätze zwischen 2009 und 2014 um 3½ % gestiegen (Deutsche Bundesbank (2015), „Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2014“, Monatsbericht 02/2015).

(Fortsetzung nächste Seite)

Kosten (Fortsetzung)

stagnierten die Realinvestitionen in Wohnimmobilien praktisch für ein Jahr seit dem dritten Quartal 2013. Obwohl die Nettomigration nach wie vor relativ hoch ist, könnte der wachsende Anteil an Flüchtlingen und Asylbewerbern die niedrigere Nachfrage nach regulären Wohnungen teilweise erklären.¹ Vor dem Hintergrund weiter steigender Immobilienpreise stellt sich indes die Frage, ob der Anpassungsprozess zur Annäherung von Angebot und Nachfrage beim Wohnraum schon weitgehend abgeschlossen ist oder ob andere Faktoren die Investitionen in Wohnimmobilien hemmen.

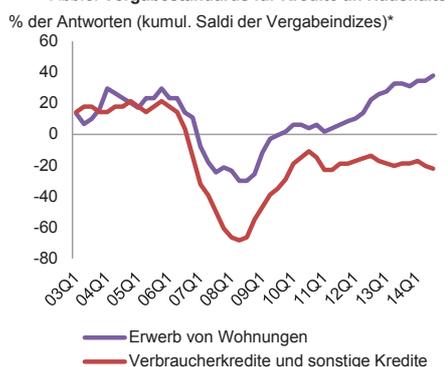
Tabelle 1: Merkmale der Immobilienmärkte im internationalen Vergleich

	Eigen-nutzungs- quote (versch. Jahre 2008- 2011) ^{a)}	Verh. Bestand an Immo- bilien- krediten zum BIP (2012) a)	Verhältnis des Bestands an Immobilien- schulden zum verfügbaren Einkommen der Haushalte (2012) a)	Beleihungsquote		Anteil der Kredite mit variabl. Zinssatz (2007) ^{b)}	Steueranreize für eigegenutzte Wohnungen 2011 / 2012-2013 ^{c)}	Fehlzanreize für riskante Kreditaufnahme aufgrund von aufsichtsrechtl. Vorschriften und Kreditvergabepraktiken ^{d)}			Gesetzl. Mietpreis- begren- zung ^{d)}
				2007 ^{c)}	letzte Jahre ^{a)}			Übliche Laufzeit	Häufigste Zinssatz- kategorie	Übl. Be- leihungs- quote	
Deutschland	45,8	44,8	66,2	70	71	15	mittel / mittel	mittel	niedrig	mittel	hoch
Frankreich	58,0	43,0	63,0	k.A.	k.A.	15	keine / keine	mittel	niedrig	mittel	mittel
Italien	80,0	23,3	33,9	k.A.	67	47	mittel / gering	gering	mittel	niedrig	gering
Österreich	57,4	27,7	44,3	k.A.	k.A.	61	mittel / mittel	mittel	mittel	mittel	hoch
Irland	70,0	77,5	140,7	83	k.A.	67	mittel / mittel	hoch	hoch	hoch	mittel
Spanien	82,0	61,1	94,7	73	58	91	mittel / keine	mittel	hoch	mittel	mittel
Niederlande	55,5	108,4	227,4	101	70	18	hoch / hoch	mittel	niedrig	hoch	mittel
UK	64,7	81,0	119,1	92	75	k.A.	gering / gering	k.A.	hoch	mittel	gering
USA	66,1	68,8	86,9	80	k.A.	47	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	n.a

a) European Mortgage Federation (2013), Hypostat 2013. b) Sachverständigenrat (2013), "Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik", Jahresgutachten 2013/14. c) Dreger C. und K. Kholodilin (2013), "Immobilienmärkte im internationalen Vergleich", DIW-Wochenbericht 17/2013. d) Europäische Kommission (2014), "Institutional features and regulation of housing and mortgage markets", Vierteljährlicher Bericht zum Euro-Währungsgebiet, Vol. 13 Nr. 2.

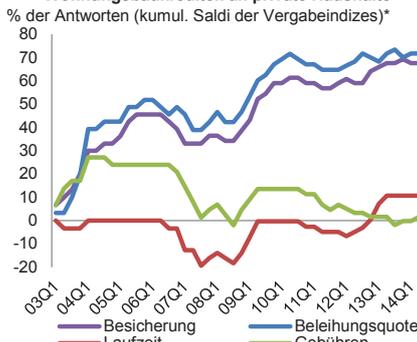
Der beträchtliche Anstieg der Investitionen in Wohnimmobilien, der seit 2010 stattgefunden hat, ging mit einer nur gedämpften Zunahme der Immobilienkreditvergabe einher. In den 1990er-Jahren hatte sich die Kreditvergabe parallel zum Boom bei den Immobilieninvestitionen entwickelt. Der Anteil am BIP der Kredite, die an inländische Privatpersonen und Unternehmen vergeben wurden, stieg damals und erreichte Anfang der 2000er-Jahre mit 48 % seinen Höchststand. Ein solches Muster ist seit dem Jahr 2010 nicht mehr zu beobachten. Das Wachstum bei den Immobilienkrediten hat sich von 0,4 % im Jahr 2010 langsam auf bescheidene 2,2 % im Jahr 2013 beschleunigt und ist im Jahr 2014 stabil geblieben (Abb. 2). Der Gesamtanteil der Immobilienkredite an inländische Privatpersonen und Unternehmen am BIP ist folglich weiter gesunken, von rund 44 % im Jahr 2009 auf 40 % im Jahr 2014.

Abb. 3: Vergabestandards für Kredite an Haushalte



* Anstieg/Rückgang bedeutet Anhebung/Lockerung
Quelle: Bundesbank

Abb. 4: Bedingungen für die Gewährung von Wohnungsbaukrediten an private Haushalte



* Anstieg/Rückgang bedeutet Anhebung/Lockerung
Quelle: Bundesbank

Die Standards für die Kreditvergabe an private Haushalte sind seit den Finanzkrisen strenger worden, was den Umfang der gewährten Immobilienkredite gesenkt haben mag. Das Zusammentreffen eines schwachen Kredit- und eines dynamischen Investitionswachstums deutet darauf hin, dass die privaten Haushalte Immobilienkäufe in den vergangenen Jahren im Wesentlichen aus Eigenmitteln finanziert haben. In diesem Zusammenhang mögen die niedrigen Renditeerwartungen bei sonstigen Anlageformen – in Verbindung mit den

(¹) Deutsche Bundesbank (2014), „Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2015 und 2016“, Monatsbericht 12/2014.

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten (Fortsetzung)

kontinuierlich verschärft worden, während die Standards für Verbraucherkredite seit 2011 alles in allem unverändert geblieben sind. Insbesondere haben die Banken die Besicherungsanforderungen erhöht und einen höheren Eigenkapitalanteil verlangt (siehe Abb. 3 und 4). Diese generell strafferen Kreditstandards sind nur zum Teil durch eine Senkung der Kreditnebenkosten ausgeglichen worden. Die Verschärfung der Kreditstandards seit 2009 ist höchstwahrscheinlich dadurch ausgelöst oder zumindest verstärkt worden, dass Hypothekenkredite und verwandte Anlageprodukte in Märkten außerhalb Deutschlands ein bedeutender destabilisierender Faktor in den internationalen Finanzkrisen 2008/2009 waren. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass die Finanzierungsbedingungen in Deutschland aus internationaler Sicht schon damals recht konservativ waren.

Die Merkmale des deutschen Immobilienmarktes lassen eine ausgeprägte Risikoscheu der Marktteilnehmer erkennen. Es besteht ein gewisser Spielraum, um Fehlanreize für Investitionen in selbst zu nutzende oder zu vermietende Immobilien zu beseitigen. In Deutschland geht die niedrige Eigentümerquote von rund 46 % einher mit einer relativ moderaten Verschuldungsquote der Haushalte für Wohneigentum (66 % des verfügbaren Einkommens bzw. 45 % des BIP), wodurch die Risiken für die finanzielle Stabilität gering sind. Es stellt sich allerdings die Frage, ob es bestimmte Fehlanreize gibt, die die Haushalte davon abhalten, eine eigene Immobilie zu kaufen. Immobilienkreditverträge in Deutschland beruhen meist auf festen Zinssätzen. Der Anteil der Kreditverträge mit variablem Zins ist im internationalen Vergleich sehr klein. Beispielsweise weisen über 70 % der neu vergebenen Kredite eine Zinsbindung von über fünf Jahren auf⁽¹⁾. In einem Hochzinsumfeld kann dies Haushalte davon abhalten, sich zu verschulden. Andererseits verringert dieses Verhalten das Risiko von Anschlussfinanzierungen, was unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Stabilität günstig ist. Ausgehend von einem internationalen Vergleich gelangte die Europäische Kommission im Jahr 2014 zu dem Schluss, dass der vorherrschende Zinstyp in Deutschland eine risikoreiche Verschuldung wenig attraktiv macht⁽²⁾.

Privatpersonen neigen eher dazu, eine Wohnung zu mieten, anstatt sie zu kaufen; dadurch sind sie auf dem regionalen Arbeitsmarkt flexibler. Im Rahmen ihres internationalen Vergleichs stellte die Kommission jedoch fest, dass es in Deutschland vergleichsweise strenge Mietpreisregelungen gibt. Beispielsweise sind Mieterhöhungen nur begrenzt zulässig, wodurch die Rentabilität und folglich auch der Anreiz für Immobilieninvestitionen sinken. Wenn Wohnungsnachfrage und -angebot nicht miteinander zur Deckung gebracht werden können, mag dies letztlich zu steigenden Wohnungspreisen und zu einer sinkenden Nachfrage nach Immobilienkrediten führen. Das neue Gesetz zur Mietpreisbremse begrenzt Mieterhöhungen für Bestandswohnungen in ausgewählten Regionen. Obgleich die Vermieter voraussichtliche Mieterhöhungen von vornherein auf die Erstmieten für Neuwohnungen aufschlagen dürften, mag die Deckelung des Mietanstiegs die Neigung zu Wohnungsbauinvestitionen dämpfen. Fehlanreize für Investitionen in Immobilien könnten auch aus der Grunderwerbsteuer entstehen, die seit 2006 kontinuierlich angestiegen ist, und aufgrund der vergleichsweise schlechten steuerlichen Absetzbarkeit von Gebäudekosten für Eigentümer.⁽³⁾ Vor dem Hintergrund dieser restriktiven Merkmale des deutschen Wohnungsmarktes hat die Kommission im Jahr 2014 festgestellt, dass in Deutschland weder der Beleihungssatz (*loan-to-value ratio*) noch die Steueranreize für selbstgenutzten Wohnraum herausragend sind. Vor den Finanzkrisen war die Finanzierung mit Eigenkapital verglichen mit anderen Ländern recht hoch. Der Beleihungssatz lag im Durchschnitt bei rund 70 %, während beispielsweise in den Niederlanden der gesamte Kaufpreis aufgenommen werden konnte. Die Finanzkrisen haben jedoch deutlich gemacht, dass hohe ausstehende Immobilienkredite ein erhebliches Risiko darstellen; Banken in Ländern mit einem hohen Beleihungssatz verlangen daher inzwischen deutlich mehr Eigenkapital.

⁽¹⁾ Deutsche Bundesbank (2012), „Deutscher Wohnimmobilienmarkt in Bewegung“, Finanzstabilitätsbericht 2012.

⁽²⁾ European Commission (2014), „Institutional features and regulation of housing and mortgage markets“, Quarterly Report on the Euro Area, Vol. 13 No 2.

⁽³⁾ Siehe auch Sachverständigenrat (2013), „Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik“, Jahresgutachten 2013/14.

2.4. SPILL-OVER-EFFEKTE IM EURO-WÄHRUNGSGEBIET

Handels- und Finanzverflechtungen zwischen Deutschland und anderen EU-Ländern

Der deutsche Markt ist für mehrere andere EU-Mitgliedstaaten, insbesondere die kleineren Nachbarländer, ein wichtiges Ausfuhrziel. Die Ausfuhren nach Deutschland sind für Ungarn und die Nachbarländer Tschechische Republik, Niederlande, Österreich und Luxemburg von großer Bedeutung, da sie zwischen 15 % und 25 % ihres BIP ausmachen. Auch für Belgien und Polen stellt Deutschland einen wichtigen Markt dar, da auf die betreffenden Ausfuhren mehr als 10 % ihres BIP entfallen, während der entsprechende Anteil für Bulgarien, Kroatien und Dänemark zwar etwas niedriger, aber mit 6 % bis 8 % immer noch beträchtlich ist. Die Ausfuhrbeziehungen der größeren EU-Mitgliedstaaten (Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich und Spanien) zu Deutschland liegen in einer Größenordnung von 3 % bis 4 % des BIP.

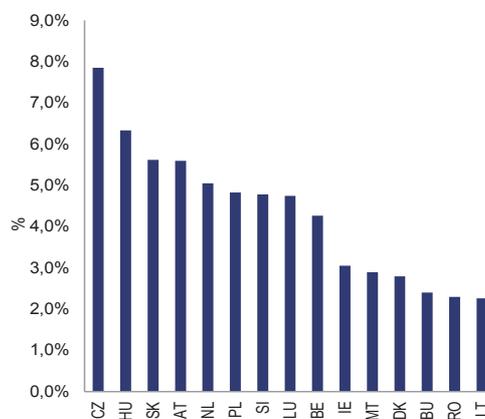
In Bezug auf die einwärts handelsbedingten Spill-over-Effekte sind die deutschen Ausfuhren zwar noch vom EU-Markt abhängig, die übrige Welt hat jedoch zunehmend an Bedeutung gewonnen. 2013 entsprachen die Gesamtausfuhren von Waren und Dienstleistungen rund 46 % des deutschen BIP. Die deutschen Ausfuhrer sind von einer Reihe großer Märkte in allen Teilen der Welt abhängig; dies sind vor allem Frankreich (4,4 % des deutschen BIP) und die Vereinigten Staaten (4,3 %), gefolgt vom Vereinigten Königreich, den Niederlanden, China, der Schweiz, Österreich und Italien mit 2 % bis 3,5 % des BIP. Zu den übrigen wichtigen Märkten gehören die Nachbarländer Belgien, Polen und Tschechische Republik sowie Spanien (alle mehr als 1 % des deutschen BIP).

Gemessen am Wertschöpfungsexport⁽²⁶⁾ sind die Ausfuhren nach Deutschland für viele in räumlicher Nähe liegende EU-Länder weiterhin von erheblicher Bedeutung, was auf die Einbindung dieser Länder in globale Wertschöpfungsketten zurückzuführen ist. Unter dem Gesichtspunkt der Wertschöpfung sind die Ausfuhren nach Deutschland für die

Tschechische Republik und Ungarn am wichtigsten, während die Ausfuhren von sieben weiteren EU-Mitgliedstaaten⁽²⁷⁾ – gemessen an der Wertschöpfung – mehr als 4 % ihres BIP betragen. In vielen Fällen kommt darin zum Ausdruck, dass diese Länder in den globalen Wertschöpfungsketten, an denen deutsche Unternehmen beteiligt sind, eine vorgelagerte Position einnehmen (Abbildung 2.4.1).

Gemessen am Wertschöpfungsexport ist die Bedeutung deutscher Ausfuhren für weit entfernte Volkswirtschaften am größten. Die wichtigsten Ziele des deutschen Wertschöpfungsexports sind die Vereinigten Staaten, China und Frankreich, was das Bild einer zunehmenden Diversifizierung der Abhängigkeit des deutschen Außenhandels bestätigt (Abbildung 2.4.2).

Abbildung 2.4.1: **Wertschöpfungsexporte nach Deutschland als Anteil am BIP der Ausfuhrländer (in %, 2011; wichtigste 15 EU-Länder)**

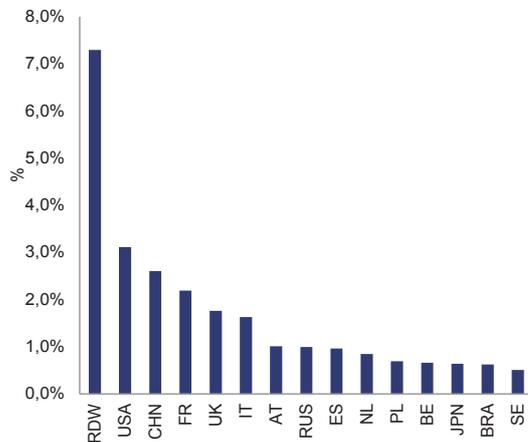


Quelle: Weltweite Input-Output-Datenbank (WIOD) (2011). Internationaler Währungsfonds, Datenbank des *World Economic Outlook*. Europäische Kommission, gestützt auf die Methode von Koopman, Wang und Wei (2014), *Tracing Value-Added and Double Counting in Gross Exports*, *American Economic Review* 104:2, S. 459-494.

⁽²⁷⁾ Slowakei, Österreich, Niederlande, Polen, Slowenien, Luxemburg, Belgien und Vereinigtes Königreich.

⁽²⁶⁾ Der Wertschöpfungsexport umfasst nicht den Wert der in den Bruttoausfuhren enthaltenen Einfuhren. Der Wertschöpfungsexport bezieht sich auf den Wert der Ausfuhren, der in dem betreffenden Land hinzugefügt wurde.

Abbildung 2.4.2: **Wertschöpfungsexporte Deutschlands als Anteil am deutschen BIP (in %, 2011)**



Quelle: Weltweite Input-Output-Datenbank (WIOD) (2011). Internationaler Währungsfonds, Datenbank des *World Economic Outlook*. Europäische Kommission, gestützt auf die Methode von Koopman, Wang und Wei (2014), *Tracing Value-Added and Double Counting in Gross Exports*, *American Economic Review* 104:2, S. 459-494. RDW (Rest der Welt) bezeichnet 39 kleinere Handelspartner, die in einem Datensatz zusammengefasst sind.

Finanzielle Integration zwischen Deutschland und den anderen EU-Ländern

Der Finanz- und Bankensektor der anderen EU-Mitgliedstaaten ist Deutschland gegenüber stark exponiert, wodurch erhebliche Spill-over-Effekte nach außen entstehen können. 2012 waren die finanziellen Verflechtungen mit Irland und den Niederlanden am stärksten; diese Länder waren über Beteiligungs- und Kreditinstrumente Deutschland gegenüber brutto in Höhe von 95 % bzw. 76 % ihres BIP finanziell exponiert. Neun weitere Mitgliedstaaten, darunter das Vereinigte Königreich und Frankreich⁽²⁸⁾, verzeichneten eine Exponierung in Höhe von 15 % bis 35 % ihres BIP. Bei der Exponierung des Bankensektors der EU-Mitgliedstaaten gegenüber Deutschland lagen die Niederlande an erster Stelle, gefolgt von Schweden, Italien und Österreich.

Deutschland ist für mehrere EU-Mitgliedstaaten auch ein wichtiger Finanzierungspartner und Investor. Daten für 2012 zufolge ist Deutschland ein wichtiger

Finanzierungspartner und Investor mit umfangreichen finanziellen Brutorisiken in Malta, Irland, den Niederlanden und Österreich. In sieben anderen Mitgliedstaaten, darunter das Vereinigte Königreich, Frankreich und Spanien⁽²⁹⁾, belaufen sich die finanziellen Vermögenswerte Deutschlands auf rund 20 % bis 35 % des BIP (Abbildung 2.4.3).⁽³⁰⁾ Finanzierungen aus dem deutschen Bankensektor sind für Malta und Zypern nach wie vor wichtig, ebenso für die Wirtschaft Irlands, Österreichs und des Vereinigten Königreichs.⁽³¹⁾ Auch eine ganze Reihe anderer Mitgliedstaaten nutzt in beträchtlichem Umfang Finanzierungen durch deutsche Banken.⁽³²⁾

⁽²⁹⁾ Sowie Zypern, Belgien, Ungarn und Finnland.

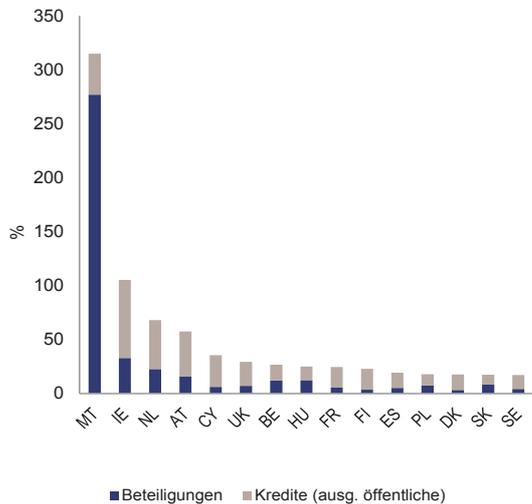
⁽³⁰⁾ Die Schulden (ausgenommen öffentliche) umfassen sonstige Investitionen (z. B. Darlehen), zuzüglich der Portfolioinvestitionen in Schuldverschreibungen, abzüglich der amtlichen Beträge im Zusammenhang mit TARGET 2, dem Programm der EZB für die Wertpapiermärkte und den Finanzhilfeprogrammen für das Euro-Währungsgebiet.

⁽³¹⁾ Die Daten zu den Forderungen der Banken beziehen sich vor allem auf den Bankensektor, die Daten zur finanziellen Bruttoexponierung auf die Forderungen der gesamten Wirtschaft. Die beiden Datenquellen sind möglicherweise nicht ganz kohärent, da i) die Angaben zur finanziellen Exponierung auf Daten von 2012, die Angaben zu den Forderungen der Banken dagegen auf Daten für Q2/2014 beruhen, ii) für die Datensätze unterschiedliche Länderstichproben verwendet wurden und iii) bei den Angaben zu den Forderungen der Banken das Land des letzten Risikos (das Land, in dem der Sicherungsgeber ansässig ist) berücksichtigt wurde und die Forderungen der Auslandsunternehmenseinheiten der Banken enthalten sind, während der finanziellen Bruttoexponierung ein ortsabhängiger Begriff der Gegenseite zugrunde liegt, der mit der Zahlungsbilanzstatistik im Einklang steht.

⁽³²⁾ Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Portugal, Spanien, Finnland, Ungarn, Belgien und Dänemark.

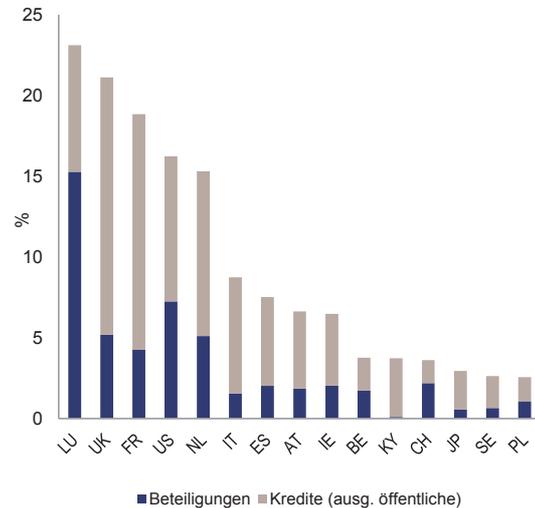
⁽²⁸⁾ Sowie Österreich, Dänemark, Zypern, Finnland, Belgien, Malta und Schweden.

Abbildung 2.4.3: **Bruttoauslandsvermögen Deutschlands als Anteil am BIP der Gegenseite (in %, wichtigste 15 EU-Länder, ohne Luxemburg)**



Quelle: Europäische Kommission, gestützt auf Hobza und Zeugner (2014), *Current account and financial flows in the euro area*, Journal of International Money and Finance 48, S. 291-313.

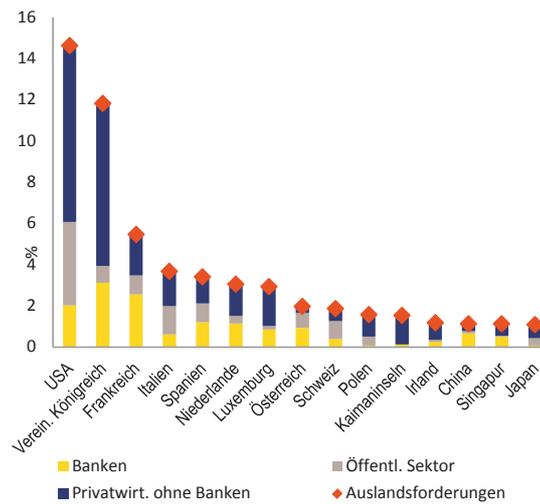
Abbildung 2.4.4: **Bruttoauslandsvermögen als Anteil am deutschen BIP (in %)**



Quelle: Europäische Kommission, gestützt auf Hobza und Zeugner (2014), *Current account and financial flows in the euro area*, Journal of International Money and Finance 48, S. 291-313.

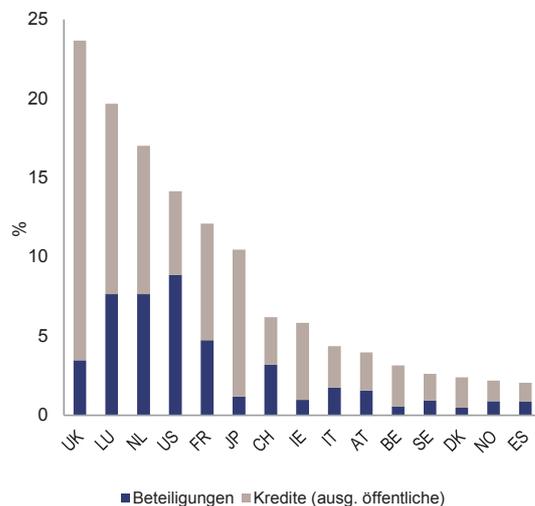
Was die Spill-over-Effekte nach innen angeht, so ist Deutschland finanziell am stärksten gegenüber den wichtigsten Finanzzentren der EU und der Vereinigten Staaten exponiert. Luxemburg, das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Niederlande sind die Länder, denen gegenüber Deutschland finanziell am stärksten exponiert ist. Die Exponierung gegenüber Italien, Spanien, Österreich und Irland ist ebenfalls nicht unerheblich (siehe Abbildung 2.4.4). Die Auslandsforderungen des deutschen Bankensektors mit den größten Risiken, bei denen es sich zu einem großen Teil um Investitionen im nichtfinanziellen privaten Sektor handelt, bestehen gegenüber den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich. Es folgen Frankreich, Italien, Spanien, die Niederlande und Luxemburg (Abbildung 2.4.5). Im Bereich der Finanzierung konzentriert sich die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft weitgehend auf die gleiche Gruppe von Ländern (Abbildung 2.4.6).

Abbildung 2.4.5: **Auslandsforderungen deutscher Banken als Anteil am deutschen BIP (in %, nach Sektoren)**



Quelle: Europäische Kommission, gestützt auf Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2014), konsolidierte Bankenstatistik (auf Basis des letztlichen Risikos, Q2/2014). Internationaler Währungsfonds, Datenbank des World Economic Outlook.

Abbildung 2.4.6: **Bruttoauslandsverbindlichkeiten als Anteil am deutschen BIP (in %)**



Quelle: Europäische Kommission, gestützt auf Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2014), konsolidierte Bankenstatistik (auf Basis des letzten Risikos, Q2/2014). Internationaler Währungsfonds, Datenbank des *World Economic Outlook*.

Wirtschaftliche Spill-over-Effekte und makroökonomische Politik im Euro-Währungsgebiet

Eine Neubelebung der Gesamtnachfrage in Deutschland würde das Wachstum im Inland steigern und darüber hinaus auch der Erholung im Euro-Währungsgebiet dienen. Die Koordinierung des politischen Kurses auf der Ebene des Euro-Währungsgebiets ist von großer Bedeutung, um die Gefahr abzuwenden, dass der wirtschaftliche Aufschwung und der Abbau von Ungleichgewichten zum Stillstand kommen. Deshalb haben die wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland und ihre Auswirkungen auf die anderen Volkswirtschaften des Euro-Währungsgebiets ein so besonderes Gewicht. Der anhaltend hohe Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands ist zum Teil auf verbleibende Schwächen der Inlandsnachfrage zurückzuführen. Dies bedeutet, dass Spielraum für eine Verbesserung der deutschen Wirtschaftsleistung und gleichzeitig für einen Beitrag zur Förderung der Wachstumsdynamik und zur Milderung des Abwärtsdrucks auf die Preise im Euro-Währungsgebiet insgesamt besteht. Für das Zusammenwirken geldpolitischer Maßnahmen von bisher ungekanntem Umfang, eines angemessenen

haushaltspolitischen Kurses und einer ehrgeizigen Strukturreformagenda erscheint dies in besonderem Maße geboten. Da zudem ein großer Teil des zwischen 2008 und 2014 gewachsenen Leistungsbilanzüberschusses des Euro-Währungsgebiets auf Deutschland entfällt, spielt das Land eine zentrale Rolle, wenn sichergestellt werden soll, dass das Euro-Währungsgebiet einen Beitrag zur Verwirklichung des G20-Ziels eines mittelfristigen starken und nachhaltigen globalen Wachstums leistet. Hierzu gehört auch die Zusage, politische Maßnahmen für eine dauerhafte Verringerung der globalen Ungleichgewichte zu treffen.

Von einer symmetrischeren Anpassung würde sowohl Deutschland als auch das Euro-Währungsgebiet profitieren. Bei einem Anteil von rund 40 % an den Warenausfuhren in das Euro-Währungsgebiet und von etwa 60 % in die EU sind die wirtschaftlichen Bedingungen in den anderen Mitgliedstaaten für Deutschland von zentraler Bedeutung. Da die Auslandsnachfrage großen Einfluss auf die Investitions- und Einstellungsentscheidungen deutscher Unternehmen hat, würde eine Beendigung des Nachfragerückgangs in anderen EU-Mitgliedstaaten dazu beitragen, deren Importnachfrage zu fördern und dadurch das Vertrauen und die längerfristigen Absatzerwartungen der deutschen Unternehmen zu stärken. Es liegt daher im Interesse sowohl der deutschen Wirtschaft als auch der Volkswirtschaften des Euro-Währungsgebiets, dafür zu sorgen, dass sich die Anpassung symmetrischer als bisher gestaltet und so die Ungleichgewichte in den Handelsströmen innerhalb des Euro-Währungsgebiets weiter abgebaut werden (siehe Abschnitt 2.1). Da Deutschland über Produktionsketten eng mit seinen Partnern im Euro-Währungsgebiet verbunden ist, hat die deutsche Importnachfrage erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der anderen Mitgliedstaaten. Daher wären die Schaffung der Voraussetzungen für ein anhaltend robustes Wachstum des privaten Verbrauchs und die Behebung der verbleibenden Schwächen bei den privaten und öffentlichen Investitionen für Deutschland selbst von Vorteil und würden darüber hinaus – auch aufgrund des relativ hohen Importanteils bei Investitionsgütern – die Importdynamik stärken.

Die Partner im Euro-Währungsgebiet profitieren unmittelbar vom Handelserfolg Deutschlands und teilen die mit seiner Abhängigkeit von der Auslandsnachfrage als Wachstumsmotor verbundenen Risiken. Die Partner im Euro-Währungsgebiet, die in die Produktionsketten deutscher Unternehmen eingebunden sind, profitieren von der hohen internationalen preislichen und nichtpreislichen Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen. Fast die Hälfte der deutschen Ausfuhren besteht aus eingeführten Vorleistungen, von denen rund die Hälfte aus anderen Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet stammt. Die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands kommt daher der Wirtschaft der EU als Ganzes zugute. Gleichzeitig beeinträchtigt die starke Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von externen Bedingungen in Verbindung mit dem eher schwachen Trendwachstum die wirtschaftlichen Aussichten im Euro-Währungsgebiet. So wie die Partner im Euro-Währungsgebiet von der Exportstärke Deutschlands profitieren, so leiden sie auch unter den Risiken im Zusammenhang mit der starken Abhängigkeit von der Auslandsnachfrage als Wachstumsmotor. Wie das niedrige Trendwachstum Deutschlands zeigt, kommt es für die Sicherung seines künftigen Wirtschaftspotenzials darauf an, sein Wachstumsmodell zu erweitern und stärker auf inländische Wachstumsquellen zu setzen. Das derzeitige Modell exportgetragenen Wachstums setzt Deutschland und seine Partner im Euro-Währungsgebiet der Volatilität der Wirtschaftstätigkeit aus und erschwert es den Partnern im Euro-Währungsgebiet, ihre Produktionskapazitäten und Beschäftigungspläne der schwankenden deutschen Importnachfrage anzupassen. Es liegt daher im gemeinsamen Interesse, die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber externen Schocks zu stärken, indem mit der Zeit ein ausgewogeneres Wachstumsmuster erreicht wird.

Die politischen Rahmenbedingungen für die Strukturreformen und die Haushaltspolitik sind sowohl für Deutschland als auch für seine Partner von unmittelbarer Bedeutung. Investitionsentscheidungen im privaten und im öffentlichen Sektor Deutschlands haben sichtbare Auswirkungen auf das Euro-Währungsgebiet. Eine

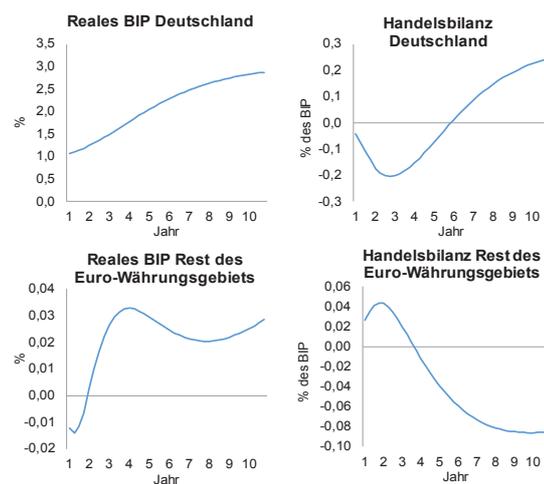
Steigerung des Potenzialwachstums liegt zwar im ureigenen Interesse der deutschen Wirtschaft, würde aber auch dem Euro-Währungsgebiet als Ganzem zugutekommen, da wegen des schwachen Potenzialwachstums Deutschlands wahrscheinlich auch der langfristige Wachstumspfad der Partner im Euro-Währungsgebiet flacher verlaufen wird. Private und öffentliche Investitionen, die die Produktivität steigern und die in neuem Kapital liegenden wirtschaftlichen Effizienzgewinne nutzen, würden die deutsche Wirtschaft auf einen dynamischeren Wachstumspfad führen. Dies würde sich anhaltend positiv auf das Potenzialwachstum im Euro-Währungsgebiet auswirken und auf kürzere Sicht den Partnern im Euro-Währungsgebiet zugutekommen, die Deutschland mit Investitionsgütern beliefern. Diese positiven Spill-over-Effekte würden die Erholung der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets unterstützen, was wiederum angesichts des beträchtlichen Anteils der EU und des Euro-Währungsgebiets an den deutschen Ausfuhren für die deutsche Wirtschaft von Vorteil wäre. Ferner würde eine Verbesserung der wirtschaftlichen Aussichten des Euro-Währungsgebiets dazu beitragen, dass ein größerer Teil des deutschen Sparüberhangs für Investitionen im Binnenmarkt verwendet wird. Zusammen mit höheren Investitionen in Deutschland selbst würden diese sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärkenden Investitionen die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber externen Schocks stärken. Ferner würden sie die Gefahr erneuter hoher Bewertungsverluste bei im Ausland investierten Vermögenswerten verringern, die für die deutschen Haushalte und Unternehmen negative Vermögenseffekte zur Folge haben könnten.

Höhere öffentliche Investitionen würden das Wachstum in Deutschland stärken und erhebliche positive Spill-over-Effekte auf das Euro-Währungsgebiet bewirken. Investitionen der öffentlichen Hand können eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der größten Herausforderung für Deutschland spielen, die darin besteht, die Binnennachfrage und das Wachstumspotenzial der Wirtschaft zu stärken. Sie sind ein Instrument, mit dem die politisch Verantwortlichen das Produktivitätswachstum in der Wirtschaft direkt, durch eine Verbesserung der Bedingungen für private Investitionen aber auch indirekt

beeinflussen können. Wie in Abschnitt 2.3 analysiert, bietet die derzeit günstige Haushaltslage Deutschlands Spielraum für zusätzliche Investitionen der öffentlichen Hand, die unter Einhaltung der europäischen und nationalen Haushaltsvorschriften vorgenommen werden könnten. Nach aktuellen Projektionen beträgt der jährliche Spielraum im Rahmen des mittelfristigen Haushaltsziels Deutschlands bis zu 1 % des BIP und im Rahmen seiner nationalen Schuldenbremse bis zu $\frac{1}{2}$ % des BIP. Selbst bei Anwendung der strengeren nationalen Schuldenbremse besteht ein haushaltspolitischer Spielraum für eine zeitlich begrenzte Steigerung der öffentlichen Investitionen. Wie bereits von der Europäischen Kommission analysiert⁽³³⁾, hätte ein positiver Impuls für öffentliche Investitionen in Deutschland beträchtliche Auswirkungen auf das deutsche BIP, die sich mit der Zeit verstärken würden. In den ersten vier Jahren nach einer solchen politischen Maßnahme würde der private Verbrauch steigen und der deutsche Nettoexport zurückgehen. Die privaten Investitionen würden zwar zunächst zurückgehen, mittelfristig aber steigen, da eine Erhöhung des öffentlichen Kapitals eine Steigerung der Produktivität des privaten Produktivkapitals nach sich zieht. Das BIP im übrigen Euro-Währungsgebiet würde sehr kurzfristig sinken, später jedoch wieder steigen (siehe Abbildung 2.4.7). In der Modellsimulation wird die Reaktion der Wirtschaftstätigkeit auf eine Steigerung der öffentlichen Investitionen durch eine Anhebung des Leitzinses gedämpft. Wenn jedoch – wie unter den gegenwärtigen Umständen – die Geldpolitik durch die Nullzinsgrenze eingeschränkt wird, sind die Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit für Deutschland größer und kommen bereits unmittelbar dem Wachstum im übrigen Euro-Währungsgebiet zugute. Unterstützt wird diese Einschätzung durch eine Wirtschaftsanalyse des Internationalen Währungsfonds⁽³⁴⁾, der zufolge eine vierjährige Erhöhung der öffentlichen Investitionen um $\frac{1}{2}$ % des BIP in Deutschland zu einer anhaltenden

Steigerung des realen BIP um $\frac{3}{4}$ % führen würde. Im Falle eines akkommodierenden geldpolitischen Kurses würde auch das Wachstum im Euro-Währungsgebiet um $\frac{1}{3}$ % steigen, mit erheblichen positiven Auswirkungen auf die Euro-Peripherieländer. Neben den positiven wirtschaftlichen Auswirkungen auf Deutschland und das Euro-Währungsgebiet als Ganzes würden entschlossene politische Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Deutschland das Vertrauen in den politischen Kurs auf der Ebene des Euro-Währungsgebiets stärken und damit auch die Umsetzung der dringend notwendigen Strukturreformen erleichtern.

Abbildung 2.4.7: **Positiver Schock für öffentliche Investitionen in Deutschland**



(1) Dynamische Reaktionen auf eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Deutschland um 1 % des BIP. Die Auswirkungen auf die Handelsbilanz sind als Differenz gegenüber der Entwicklung ohne Schock dargestellt, wobei von einem stetigen BIP-Wachstum ausgegangen wird, die Auswirkungen auf die übrigen Variablen als relative Abweichung von der Entwicklung ohne Schock in %.

Quelle: Berechnungen der Europäischen Kommission

⁽³³⁾ R. Kollmann, M. Ratto, W. Roeger, J. in't Veld und L. Vogel (2014), *What drives the German current account? And how does it affect other EU Member States?*, European Economy, Economic Papers Nr. 516.

⁽³⁴⁾ S. Elekdag und D. Muir (2014), *Das Public Kapital: How Much Would Higher German Public Investment Help Germany and the Euro Area?*, IMF Working Paper Nr. 14/227.

3. ANDERE STRUKTURELLE PROBLEME

3.1. STEUERN, LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN UND HAUSHALTPOLITISCHER RAHMEN

Steuersystem

In Bezug auf die Verlagerung der Steuerlast auf wachstumsfreundlichere

Steuereinnahmequellen sind keine Fortschritte zu verzeichnen.

Die Einnahmen sind weiterhin stark von der Besteuerung des Faktors Arbeit abhängig (22,1 % des BIP im Jahr 2012 gegenüber 20 % in der EU-28)⁽³⁵⁾, was angesichts der demografischen Trends auch eine schrumpfende Einnahmegrundlage bedeutet. Der Anteil der Verbrauchsteuern am Gesamtsteueraufkommen liegt unter dem EU-Durchschnitt (27,5 % gegenüber 28,5 % in der EU-28). Zudem steigt der Anteil potenzieller Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, die durch die Anwendung des ermäßigten Satzes und der Befreiungen verlorengehen.⁽³⁶⁾ Eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie über die Auswirkungen des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes (derzeit 7 %) auf die öffentlichen Finanzen⁽³⁷⁾ hat zu keinen konkreten Maßnahmen geführt. Die Einnahmen aus *periodischen* Immobiliensteuern sind nach wie vor vergleichsweise niedrig (0,5 % des BIP im Jahr 2012 gegenüber 1,5 % in der EU-28), und die Immobilienbewertung ist veraltet, da sie sich in den alten Bundesländern auf den Marktwert von 1963/64 und in den neuen Bundesländern auf den Marktwert von 1935 stützt. Eine Reform der kommunalen Grundsteuer ist zwar im Koalitionsvertrag und im nationalen Reformprogramm 2014 angekündigt worden, konkrete Maßnahmen wurden jedoch bisher nicht getroffen. Statt sich stärker auf die weniger verzerrenden periodischen Immobiliensteuern zu stützen, hielt der Trend zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer an. Nach Berlin, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen (im Januar 2014) haben nun auch Hessen (im

August 2014) und das Saarland (im Januar 2015) die Grunderwerbsteuer erhöht. Der Anteil der Umweltsteuern an den Gesamtsteuern ist in Deutschland relativ gering (5,6 % im Jahr 2012 gegenüber 6,1 % in der EU-28); darin nicht enthalten ist jedoch die von den Stromverbrauchern gezahlte EEG-Umlage zur Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien (siehe Abschnitt 2.2), die nicht als Steuer angesehen wird. Es wurden keine Maßnahmen getroffen, um die Steuerbemessungsgrundlage durch den Abbau umweltschädlicher Steuervergünstigungen (z. B. der Energiesteuerermäßigungen und -befreiungen oder der günstigen Besteuerung von Firmenwagen) zu verbreitern.

Es wurden begrenzte Anstrengungen unternommen, um die Belastung der Arbeit durch hohe Steuern und insbesondere durch Sozialbeiträge zu verringern.

Vor allem die Steuer- und Abgabenbelastung von Geringverdienern zählt nach wie vor zu den höchsten in der EU (siehe Abschnitt 2.2). Die Bundesregierung hat vor kurzem den Grundfreibetrag der Einkommensteuer leicht angehoben, um ihn an das Existenzminimum anzupassen, wozu sie laut Gesetz alle zwei Jahre verpflichtet ist. Ferner hat sie für die laufende Legislaturperiode Pläne zur Verringerung der Auswirkungen der kalten Progression angekündigt. Der Gesamtbeitragssatz hat sich 2015 kaum verändert. Die Senkung des Beitragssatzes für die Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte wurde durch einen Anstieg des Beitragssatzes für die Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte mehr als ausgehoben. Zudem wurde, wie oben beschrieben, mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung auf der einen Seite der Beitragssatz für Arbeitnehmer von 8,2 % auf 7,3 % gesenkt. Auf der anderen Seite wurde aber den einzelnen Krankenkassen gestattet, bei den Arbeitnehmern einkommensabhängige Zusatzbeiträge zu erheben. Dies sollte zu einer Belebung des Wettbewerbs und zu niedrigeren Beiträgen führen. Der Gesamtbeitragssatz ist jedoch allem Anschein nach für viele Versicherte unverändert geblieben. Bei künftigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen könnte die Steuer- und Abgabenbelastung erneut unter Druck geraten, da die neuen Beiträge weiterhin

⁽³⁵⁾ Europäische Kommission (2014), *Taxation trends in the European Union – Data for the EU Member States, Iceland and Norway*, Luxemburg.

⁽³⁶⁾ Diese durch die Mehrwertsteuerpolitik bedingte sogenannte Einnahmелücke hat sich nach Schätzungen von 37 % in den Jahren 2000-2011 auf 41 % in den Jahren 2009-2012 erhöht (CASE, 2014, *2012 Update Report to the Study to quantify and analyse the value added tax Gap in the EU-27 Member States*).

⁽³⁷⁾ RWI (2013), Analyse der fiskalischen Auswirkungen des ermäßigten Umsatzsteuersatzes in Deutschland unter Verwendung eines Simulationsmodells sowie der Wachstumseffekte von Straffungskonzepten, Endbericht, Oktober 2013.

einkommensabhängig sein werden. Außerdem ist davon auszugehen, dass die Rentenreform von 2014 langfristig zu größeren Anhebungen der Beitragssätze führen wird.

Es wurden keine nennenswerten Schritte unternommen, um die beträchtlichen Fehlanreize für eine Erwerbsbeteiligung von Zweitverdienern abzubauen. Neben dem nach wie vor unzureichenden Angebot an Kindertagesstätten und Ganztagschulen (siehe Abschnitt 3.3) dürften steuerliche Fehlanreize, die sich aus der gemeinsamen einkommensteuerlichen Veranlagung verheirateter Paare (Ehegattensplitting) und der kostenfreien Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehepartner ergeben, ein wichtiger Faktor sein, der Zweitverdiener davon abhält, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden zu erhöhen. Dies trägt dazu bei, dass der Anteil vollzeitbeschäftigter Frauen niedrig und die Zahl der von Frauen im Durchschnitt geleisteten Arbeitsstunden trotz einer hohen Beschäftigungsquote bei Frauen eine der niedrigsten in der EU ist. 2013 verlor ein Zweitverdiener, dessen Einkommen von 33 % auf 67 % des Durchschnittslohns stieg, durch die Besteuerung 45,6 % des zusätzlichen Verdienstes, im Vergleich zu 35,8 % im EU-Durchschnitt.⁽³⁸⁾ Die Befreiung der Minijobs von der Einkommensteuer und in vielen Fällen auch von allen Arbeitnehmersozialbeiträgen hält Arbeitnehmer ebenfalls davon ab, eine Stelle mit einem Verdienst oberhalb der Minijob-Schwelle von 450 EUR im Monat anzutreten. Noch größer ist dieser Fehlanreiz in vielen Fällen für gemeinsam veranlagte Ehegatten.

Die kommunale Gewerbesteuer ist nicht überprüft worden. Die kommunale Gewerbesteuer wird zusätzlich zur Körperschaftsteuer und zum Solidaritätszuschlag erhoben und trägt zu einer relativ hohen Gesamtsteuerbelastung deutscher Unternehmen von 30,2 % im Jahr 2014 gegenüber 22,9 % im Durchschnitt der EU-28 bei. Zudem entstehen bei der kommunalen Gewerbesteuer Effizienzverluste durch die Einbeziehung ertragsunabhängiger Komponenten in die Steuerbemessungsgrundlage.

⁽³⁸⁾ Europäische Kommission, OECD (2015), *Tax and benefits indicators database*.

Bei der Verbesserung der Steuerverwaltung sind keine Fortschritte zu vermelden. Der steuerliche Verwaltungsaufwand für Unternehmen und die Kosten der Steuererhebung sind in Deutschland nach wie vor vergleichsweise hoch, und die elektronische Einkommen- und Körperschaftsteuererklärung ist weniger verbreitet als im EU-Durchschnitt.⁽³⁹⁾ Fehlanreize für die Steuererhebung könnten sich aus der derzeitigen Aufteilung der Steuereinnahmen und der Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs ergeben, da ein erheblicher Teil der mit Steuerprüfungen erzielten Steuermehreinnahmen an andere Bundesländer umverteilt wird. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und in einigen Bereichen möglicherweise eine Zentralisierung, unter anderem durch Stärkung der Rolle des Bundeszentralamtes für Steuern, wie sie im Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung vorgesehen ist, wäre für die Steuerverwaltung von Vorteil. Die Regierungen des Bundes und der Länder haben im November 2014 das gemeinsame Diskussionspapier „Modernisierung des Besteuerungsverfahrens“ verabschiedet, das neue Impulse für die Entwicklung einer einheitlichen Steuerverwaltungssoftware geben soll.

Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Insgesamt hat Deutschland einige Fortschritte bei der Verbesserung der Kosteneffizienz der öffentlichen Ausgaben für Gesundheitswesen und Pflege erzielt. Die Gesundheitsausgaben sind in Deutschland zwar seit 2009 rückläufig, gehören aber mit einem Anteil von 8,4 % des BIP im Jahr 2012 immer noch zu den höchsten in der EU. Die in den letzten Jahren relativ langsam wachsenden öffentlichen Ausgaben für Pflege entsprechen nahezu dem Durchschnitt der EU-28. Trotz hoher Ausgaben und überdurchschnittlicher Kosten in mehreren Bereichen ist der Gesundheitszustand der deutschen Bevölkerung weitgehend mit dem der übrigen EU-Bevölkerung vergleichbar.⁽⁴⁰⁾

⁽³⁹⁾ PwC und Weltbank (2014), *Paying Taxes 2015: The global picture*; OECD (2013), *Tax administration 2013: Comparative information on OECD and other advanced and emerging economies*, OECD Publishing.

⁽⁴⁰⁾ Deutschland verfügt über die meisten Krankenhausbetten (für die Akutversorgung) pro Einwohner in der EU (5,3 Betten pro 1000 Einwohner im Jahr 2012 gegenüber

Anfang 2015 sind die meisten Bestimmungen des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung in Kraft getreten. Der allgemeine Beitragssatz für Arbeitnehmer wurde gesenkt, gleichzeitig wurde jedoch den einzelnen Krankenkassen – unter anderem zur Belebung des Wettbewerbs zwischen den Versicherungsanbietern – gestattet, die Finanzierungslücke erforderlichenfalls durch Zusatzbeiträge der Arbeitnehmer zu schließen. Mit dem Gesetz wurde auch ein unabhängiges Institut zur Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen eingerichtet. Zudem hat sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf Eckpunkte für eine Krankenhausreform geeinigt, die 2015 in Rechtsvorschriften umgesetzt werden soll und mit der angestrebt wird, die Zahl der Krankenhausbetten und die Betriebskosten zu senken, Qualität als weiteres Kriterium bei der Krankenhausplanung und -finanzierung einzuführen und die Qualitätsberichterstattung transparenter zu gestalten. Das im Entwurf vorliegende Versorgungsstärkungsgesetz soll insbesondere sicherstellen, dass bundesweit, auch im ländlichen Raum, hochwertige Gesundheitsdienste zur Verfügung stehen. Mit dem Pflegestärkungsgesetz, das ebenfalls Anfang 2015 in Kraft trat, wurde der Beitragssatz für die Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte angehoben, um eine Ausweitung der Pflegeleistungen und einen Pflegevorsorgefonds zu finanzieren, der zur Abfederung der erwarteten Beitragssteigerungen dienen soll. Da auch ambulante Pflegeleistungen und -dienste gefördert werden, könnte die Kosteneffizienz der öffentlichen Pflegeausgaben steigen. Für einen späteren Zeitpunkt in dieser Legislaturperiode plant die Bundesregierung, einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einzuführen und den Beitragssatz um weitere 0,2 Prozentpunkte anzuheben.

Es wurden keine Maßnahmen getroffen, um die Tragfähigkeit des Rentensystems nach der Rentenreform von 2014 besser zu sichern. Die

Reform stellt für die Tragfähigkeit des Rentensystems eine zusätzliche Belastung dar und wirkt sich auf die intergenerative Einkommensverteilung aus. Sie führte zu einer Anhebung der Renten und einer Verbesserung der Vorruhestandsregelungen für bestimmte Gruppen. Hierzu zählen insbesondere eine Rentenerhöhung für Mütter und Väter, die vor 1992 geborene Kinder großgezogen haben (Mütterrente), und die Möglichkeit, nach 45 Beitragsjahren zwei Jahre vor dem gesetzlichen Rentenalter ohne Abschläge in den Ruhestand zu treten (Rente mit 63). Finanziert werden diese Leistungen durch höhere Rentenbeiträge der aktiven Erwerbsbevölkerung einschließlich Geringverdienern und eine niedrigere durchschnittliche Rentenquote. Es sind keine Maßnahmen zur Stärkung der Anreize für einen späteren Renteneintritt bekannt, die aber angesichts des projizierten starken Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland und eines möglichen mittelfristigen Fachkräftemangels unerlässlich erscheinen. Zudem fehlen Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass sich Geringverdiener verstärkt durch eine betriebliche und private Altersvorsorge absichern (siehe Abschnitt 3.3).

Haushaltspolitischer Rahmen

Weitere Bundesländer haben Fortschritte bei der Umsetzung der im Grundgesetz festgelegten Regel des ausgeglichenen Haushalts („Schuldenbremse“) erzielt. Das Grundgesetz schreibt ab 2020 für die Bundesländer einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vor. Anders als für den Bundeshaushalt enthält das Grundgesetz keine spezifischen Ausführungsbestimmungen, da diese unter die alleinige Zuständigkeit der Bundesländer fallen. Vor kurzem hat Bremen seine Verfassung geändert, so dass mittlerweile acht Bundesländer die Regel des ausgeglichenen Haushalts in ihren Verfassungen und vier in ihren Haushaltsgesetzen verankert haben.⁽⁴¹⁾ Sachsen hat sein Haushaltsgesetz geändert, um die Ausführungsbestimmungen zu seiner verfassungsrechtlichen Schuldenbremse in Bezug

3,7 im EU-Durchschnitt) und hat nach Belgien die zweithöchsten Ausgaben (in EUR Kaufkraftparität) für Arzneimittel pro Einwohner (OECD, 2014, *Health at a Glance: Europe 2014*, OECD Publishing).

⁽⁴¹⁾ Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein haben die Schuldenbremse in ihre Verfassungen, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in ihre Haushaltsgesetze aufgenommen.

auf die konjunkturelle Anpassung der Defizitobergrenze und die Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen und andere Notsituationen weiter zu präzisieren. Entsprechende Ausführungsbestimmungen und weitere Vorschriften bestehen auch in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, unter anderem über niedrigere jährliche Obergrenzen für die Kreditaufnahme während der 2020 endenden Übergangsphase, über Finanztransaktionen und über die Erfassung der Abweichungen von der zulässigen Kreditaufnahme beim Haushaltsvollzug auf einem Kontrollkonto.⁽⁴²⁾ Demgegenüber haben Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland noch keine Schuldenbremse in ihr Landesrecht aufgenommen, und die Mehrheit der Bundesländer hat noch keine detaillierten Ausführungsbestimmungen erlassen.

Es wurden erste Schritte zur Verbesserung der Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden unternommen.

Die Regierungen des Bundes und der Länder haben Beratungen über eine umfassende Überprüfung der vertikalen und horizontalen Finanzbeziehungen aufgenommen und ihre Standpunkte zu einer ganzen Reihe von Fragen dargelegt. Hierzu gehören die Durchsetzung des europäischen Fiskalpakts und der nationalen Schuldenbremse auf Länderebene, die Verteilung der Einnahmen- und Ausgabenkompetenzen zwischen den Gebietskörperschaften, der Länderfinanzausgleich, die Steuerautonomie und die Steuerverwaltung. Konkrete Ergebnisse erscheinen für eine weitere Stärkung des Rahmens für eine nachhaltige Finanzpolitik in Deutschland unerlässlich; erforderlich wären unter anderem Mechanismen, die angemessene öffentliche Investitionen aller Gebietskörperschaften und insbesondere der Gemeinden sicherstellen können.

Deutschland hat keine unabhängige Einrichtung für die Erstellung oder Befürwortung makroökonomischer Prognosen eingesetzt. Der Bundeshaushalt und die

gesamstaatlichen Haushaltsprojektionen stützen sich auf die regierungsamtliche Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Zwar wird für die Frühjahrs- und Herbstprojektionen der Bundesregierung die unabhängige, zweimal jährlich von führenden Wirtschaftsforschungsinstituten ausgegebene „Gemeinschaftsdiagnose“ als Referenz herangezogen, es besteht jedoch keine gesetzliche Pflicht, sich an sie zu halten. Es gibt auch kein Verfahren für die Befürwortung von Prognosen durch eine unabhängige Einrichtung im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 473/2013. In ihrer Stellungnahme zur Übersicht über die Haushaltsplanung Deutschlands für 2015 hat die Kommission die nationalen Behörden aufgefordert, die Einhaltung der EU-Bestimmungen zu gewährleisten. Zudem muss Deutschland möglicherweise den Rhythmus der etablierten nationalen Verfahren an den europäischen Zyklus der haushaltspolitischen Überwachung anpassen, damit die der Europäischen Kommission vorgelegte Übersicht über die Haushaltsplanung auf aktuellen Projektionen beruht. Zurzeit werden die gesamtwirtschaftlichen Projektionen und Steuerschätzungen vom Herbst kurz nach dem Termin für die Vorlage der Übersicht über die Haushaltsplanung veröffentlicht.

⁽⁴²⁾ Mit den Bundesländern, die Konsolidierungshilfen erhalten (Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein), wurden in Verwaltungsvereinbarungen jährliche Obergrenzen für das strukturelle Defizit bis 2020 und Bestimmungen für die Berechnung der strukturellen Salden festgelegt.

3.2. FINANZSEKTOR

Der deutsche Bankensektor ist nach der Krise widerstandsfähiger geworden und verfügt über eine ausreichende Verlustabsorptionsfähigkeit, die niedrigen Zinsen könnten jedoch eine Herausforderung darstellen. Zwischen Ende 2008 und Juni 2014 hat sich das Kernkapital (Tier 1) der deutschen Banken von 9,6 % der risikogewichteten Aktiva auf 15 % erhöht und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets (13,6 %) ⁽⁴³⁾. Der geringe Anteil notleidender Kredite (2,7 %) wiederum ist ein Zeichen für die Solidität der Bankaktiva. Im November 2014 lag das Kredit-Einlagen-Verhältnis (79,4 %) unter dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets (95,2 %). Die Verschuldung des privaten Sektors (103,4 % des BIP) liegt unter dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets und erscheint moderat. Die sehr niedrigen Zinsen können für institutionelle Anleger, insbesondere für Versicherungsunternehmen, eine Herausforderung darstellen und auch für die Wohnimmobilienmärkte ein Risiko mit sich bringen. Abgesehen von einer begrenzten Überbewertung von Wohnimmobilien in städtischen Gebieten gibt es jedoch keine Anzeichen für eine Überhitzung des Wohnimmobilienmarkts.

Trotz größerer Widerstandsfähigkeit könnte sich der deutsche Bankensektor wegen seiner geringen Rentabilität als anfällig erweisen. Alle deutschen Finanzinstitute bis auf eines haben die umfassende Bewertung bestanden, wobei die einzige gefährdete Bank ihre Kapitallücke bereits vor Ende des Verfahrens geschlossen hatte. Einige Banken haben die Kapitalhürde im Negativszenario allerdings nur ganz knapp genommen, und fünf Institute hätten nicht bestanden, wenn die ab 2019 geltenden Basel-III-Vorschriften schon vollständig umgesetzt wären. Auch bei der Verschuldungsquote schneiden die deutschen Banken relativ schlecht ab. Die geringe Rentabilität deutscher Banken hängt mit ihrer starken Abhängigkeit von Nettozinseinnahmen zusammen. Da ein plötzlicher Anstieg des Zinsniveaus ein Problem für den Sektor darstellen könnte, ist eine hohe Kapitalisierung für die Finanzstabilität wichtig. Eine Überprüfung der

Geschäftsmodelle der Banken im Hinblick auf eine stärkere Diversifizierung der Erträge erscheint daher notwendig.

Bei der Fortsetzung der Anstrengungen zur Konsolidierung der Landesbanken hat Deutschland keine Fortschritte erzielt, auch nicht durch Verbesserung des Governance-Rahmens. Es wurden keine Maßnahmen zur Fortsetzung der Umstrukturierung der Landesbanken und der Verbesserung der Corporate Governance getroffen, die in den letzten Jahren hauptsächlich durch die Beihilfebeschlüsse der Kommission vorangetrieben worden waren. Um eine durch die Marktkräfte getriebene Konsolidierung zu erleichtern, erscheinen weitere Schritte zur Änderung der Unternehmensstruktur und zur Verringerung des politischen Einflusses notwendig. Eine Überprüfung des rechtlichen Rahmens für den Sektor der öffentlichen Banken könnte dazu beitragen, mögliche Hindernisse für die Konsolidierung zu beseitigen und eine klarere Trennung zwischen Zielen des öffentlichen Interesses und dem operativen Bankgeschäft zu erreichen.

Die Kreditkonditionen sind in Deutschland nach wie vor günstig, der Wagniskapitalmarkt erscheint allerdings noch unterentwickelt. Die Konditionen für Verbraucherkredite sind nach wie vor günstig, und die einschlägigen Kreditrichtlinien haben sich in letzter Zeit kaum verändert. Auch wenn die Finanzierungsbedingungen für Wohnbaudarlehen restriktiver geworden sind (siehe Kasten 2.3.3), entsprechen die Hypothekarkreditzinsen denen in anderen Ländern des Euro-Währungsgebiets, während Kredite für Unternehmen erheblich niedrigere Zinsen einbringen als im Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets. Die Unternehmen (einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, KMU) verfügen immer noch über einen guten Zugang zu Finanzmitteln, und es gibt keine Hinweise auf eine nennenswerte Verschärfung der Kreditkonditionen. Kapitalintensiven jungen Unternehmen (z. B. in Hochtechnologiebranchen oder sich entwickelnden Bereichen wie der Öko-Innovation) fehlt es in der Wachstumsphase häufig an Finanzierungsmöglichkeiten, unter anderem weil der Wagniskapitalmarkt in Deutschland im internationalen Vergleich schwach entwickelt ist. Die Eigenkapitalinvestitionen in Deutschland im

⁽⁴³⁾ Europäische Zentralbank (2014), *Statistics on Consolidated Banking Data*.

Jahr 2013 (0,18 % des BIP) lagen unter dem EU-Durchschnitt (0,25 %) und deutlich unter dem Durchschnitt von nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Ländern wie Dänemark (0,7 %), Vereinigtes Königreich (0,5 %) oder Norwegen (0,43 %). Demgegenüber lagen die Wagniskapitalinvestitionen in Deutschland im Jahr 2013 (0,03 % des BIP) leicht über dem EU-Durchschnitt (0,02 %).⁽⁴⁴⁾

⁽⁴⁴⁾ Europäische Risikokapitalvereinigung (2014), *2014 Yearbook – European Private Equity Activity Data 2007-2013*.

3.3. ARBEITSMARKT, BILDUNG UND SOZIALPOLITIK

Arbeitsmarkt

Trotz der insgesamt günstigen Lage am Arbeitsmarkt steht Deutschland mittel- und langfristig vor großen Herausforderungen, insbesondere der Bevölkerungsalterung und dem Fachkräftemangel. Bis 2030 wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20-64 Jahre) voraussichtlich um 11,4 % schrumpfen, was einem jährlichen Durchschnitt von -0,8 % entspricht. Dies stellt in zweifacher Hinsicht eine Herausforderung dar, denn es muss zum einen das Arbeitskräftepotenzial und zum anderen die Produktivität gesteigert werden. Es besteht Spielraum, die Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern zu steigern und Langzeitarbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund zu aktivieren und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zusätzlich dazu bemüht sich Deutschland im Rahmen seines „Fachkräftekonzepts“, ausländische Fachkräfte zu gewinnen und deren Integration zu verbessern. So hat die Regierung bereits die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen verbessert und Hindernisse für die Einwanderung aus Drittländern abgebaut. Der unlängst verzeichnete Einwanderungsüberhang dürfte das Arbeitskräftepotenzial erhöhen und dadurch auf kurze Sicht einen teilweisen Ausgleich der demografischen Effekte bewirken – allerdings setzt die Inanspruchnahme ausländischer Arbeitskräfte größere Integrationsanstrengungen voraus. Auf der anderen Seite sendet die Rentenreform von 2014, die unter bestimmten Voraussetzungen einen Renteneintritt mit 63 ermöglicht (*Rente mit 63*, siehe Abschnitt 3.1), im Hinblick auf den Erhalt des Fachkräftepotenzials die falschen Signale.

Obgleich die Arbeitslosenquote insgesamt niedrig ist (5,0 % im Jahr 2014), liegt sie dennoch in mehreren Bundesländern über 10 %, während die Langzeitarbeitslosigkeit zunehmend Besorgnis bereitet. Die Beschäftigungsquote stieg in den ersten drei Quartalen 2014 auf 77,6 % an, während Deutschland sein im Rahmen von Europa 2020 gesetztes nationales Beschäftigungsziel bereits 2013 erreicht hat. Insbesondere die Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern (d. h. Menschen zwischen 55 und 64 Jahren) erhöhte sich in den ersten drei Quartalen des Jahres

2014 auf 65,4 %. Im vergangenen Jahr waren neben dem Beschäftigungsanstieg auch Lohnzuwächse zu verzeichnen (siehe auch Kasten 2.2.1).

Bei Vollzeitwerbstätigkeit, Verdienst und Rentenansprüchen besteht ein Geschlechtergefälle, und das Arbeitsmarktpotenzial der Frauen ist nicht zur Gänze ausgeschöpft. 2013 betrug die Beschäftigungsquote bei Frauen 72,3 % (in Vollzeitäquivalenten 55,8 %) und lag damit deutlich unter der Quote bei den Männern (81,9 %). Bei der Teilzeitbeschäftigung ist die Spanne zwischen Frauen (46,1 % im Jahr 2013) und Männern (11 % im Jahr 2013) eine der größten in der EU, und in den westlichen Bundesländern gehen weitaus mehr Mütter einer Teilzeitbeschäftigung nach (annähernd 70 %) als im Osten. Auch bei den Renten hat Deutschland das dritthöchste Geschlechtergefälle in der EU. Die begrenzte Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen, Ganztagschulen und Langzeitbetreuungsangeboten sowie steuerliche Fehlanreize für Zweitverdiener halten insbesondere Frauen von einer Vollzeitbeschäftigung ab.

Trotz niedriger Jugendarbeitslosigkeit und eines geringen Anteils an Jugendlichen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, bestehen nach wie vor geografische und sozio-ökonomische Unterschiede und sind Jugendliche in Ostdeutschland und junge Migranten deutschlandweit überproportional stark betroffen (siehe auch Abschnitt „Bildung und Qualifikationen“). Darüber hinaus sind mehr als die Hälfte aller Jugendlichen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, inaktiv und hat Deutschland bislang keine umfassende Strategie vorgelegt, wie diese Jugendlichen, die bei keinem Arbeitsamt gemeldet sind, erreicht werden und in den Genuss der Jugendgarantie kommen sollen.

Das Arbeitsmarktpotenzial von Menschen mit Migrationshintergrund wird nicht ausgeschöpft. Auch klafft eine Lücke zwischen der Beschäftigungsquote von deutschen und Nicht-EU-Staatsbürgern. Bei den Staatsbürgern von Nicht-EU-Ländern im Alter zwischen 15 und

64 Jahren betrug die Beschäftigungsquote 2013 54,9 % und liegt somit 18,6 PP unter der Quote bei den deutschen Staatsbürgern. Mit einem Erwerbsquotengefälle von 26,9 PP sind Frauen besonders stark betroffen. Eine geringere Beschäftigung geht mit höheren Arbeitslosenquoten und vor allem mit höheren Nichterwerbsquoten einher.

Bei der Beobachtung des Mindestlohns hat Deutschland einige Fortschritte erzielt, denn das Mindestlohngesetz schreibt vor, dass dessen Auswirkungen kontinuierlich zu bewerten sind und das Gesetz 2020 einer allgemeinen Evaluierung zu unterziehen ist. Das Gesetz sieht vor, dass die neue Mindestlohnkommission, die Empfehlungen für künftige Anpassungen des Mindestlohns aussprechen soll, dessen Auswirkungen auf Arbeitnehmerschutz, Wettbewerb und Beschäftigung in bestimmten Branchen und Regionen sowie auf die Produktivität kontinuierlich evaluiert. Um zu bestimmen, bei welcher Höhe des Mindestlohns Arbeitnehmerschutz gewährleistet ist und Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung erhalten bleiben, wird sie eine globale Bewertung vornehmen und Entwicklungen bei den Tariflöhnen als Benchmark heranziehen. Eine solche Bewertung setzt Daten über Löhne, Verdienststruktur und ausgenommene Gruppen in ausreichender Menge voraus.

Die nach wie vor hohe Langzeitarbeitslosigkeit bereitet zunehmend Besorgnis. Trotz der günstigen Lage am Arbeitsmarkt ist die Zahl der registrierten Langzeitarbeitslosen noch immer hoch. So ist sowohl der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtarbeitslosenzahl (44,7 % im Jahr 2013) als auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung nach wie vor höher als in anderen Mitgliedstaaten mit niedrigen Arbeitslosenquoten wie Schweden, Finnland, Österreich oder Dänemark. Die Eingliederungsleistungen, die langzeitarbeitslose Bezieher von Arbeitslosengeld II zur Eingliederung in das Erwerbsleben erhalten, wurden zwischen 2010 und 2013 um rund 48 % gekürzt⁽⁴⁵⁾. 2014 rief das Bundesministerium für

⁽⁴⁵⁾ Berechnung der Europäischen Kommission anhand der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Zwischen 2010 und

Arbeit und Soziales die Initiative „Chancen eröffnen – soziale Teilhabe sichern. Konzepte zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit“ ins Leben, die den Handlungsbedarf in diesem Bereich verdeutlicht. Auch wenn diese Initiative in die richtige Richtung geht, reichen die Maßnahmen möglicherweise nicht aus, um die individuelle persönliche Unterstützung in größerem Maßstab zu verbessern und beispielsweise die fortgesetzte Betreuung nach der Besetzung einer Stelle zu gewährleisten.

Deutschland hat keine Maßnahmen getroffen, um die Umwandlung atypischer Beschäftigungsverhältnisse wie Mini-Jobs in nachhaltigere Beschäftigungsformen zu erleichtern. Aufgrund ihrer günstigen Behandlung (siehe Abschnitt 3.1) sind Mini-Jobs in Deutschland weit verbreitet und beschäftigen rund 7,5 Mio. Menschen. Annähernd 5 Mio. gehen ausschließlich dieser Form der Beschäftigung nach (rund 40 % davon sind allerdings Studenten oder Rentner)⁽⁴⁶⁾. $\frac{2}{3}$ der Mini-Jobber sind Frauen⁽⁴⁷⁾. Nur einem geringen Anteil dieser Arbeitnehmer/innen (42 %) gelingt es, in ein voll sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis überzuwechseln. Unternehmen wählen diese Verträge oftmals ihrer Flexibilität wegen. Weiterbildungsmöglichkeiten bleiben den Mini-Jobbern an ihrem Arbeitsplatz jedoch häufig verwehrt⁽⁴⁸⁾. Die in der Koalitionsvereinbarung angekündigten Pläne, die Umwandlung von Mini-Jobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu erleichtern, wurden seither aber weder konkretisiert noch weiterverfolgt. Die Einführung des gesetzlichen

2013 wurden die Eingliederungsleistungen für langzeitarbeitslose Bezieher von Arbeitslosengeld II von 5,7 Mrd. EUR auf 2,8 Mrd. EUR heruntergefahren und ist der Anteil dieser Leistungen an den Gesamtausgaben für die im Rahmen des Sozialgesetzbuchs II erbrachten aktiven und passiven Leistungen zur Eingliederung in Arbeit von 12,2 % auf 6,9 % zurückgegangen.

⁽⁴⁶⁾ T. Körner, H. Meinken und K. Puch, „Wer sind die ausschließlich geringfügig Beschäftigten? Eine Analyse nach sozialer Lebenslage“, Wirtschaft und Statistik, Heft 1, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Januar 2013.

⁽⁴⁷⁾ Hans-Böckler-Stiftung, „Atypische Beschäftigung. Minijobs: Ländlich, westlich, weiblich“, Böckler Impuls, 19/2010, Düsseldorf 2010.

⁽⁴⁸⁾ D. Voss und C. Weinkopf, „Niedriglohnfalle Minijob“, WSI Mitteilungen Nr. 1/2012.

Mindestlohns dürfte sich auf die Anzahl der Mini-Jobber auswirken und höchstwahrscheinlich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Teilzeit-Arbeitskräfte erhöhen – die genauen Auswirkungen lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht quantifizieren.

Bildung und Qualifikationen

Beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze hat Deutschland insgesamt erhebliche Fortschritte erzielt, doch sind nach wie vor regionale Engpässe und Qualitätsprobleme zu verzeichnen. 2014 besuchten 32,3 % der Kinder unter drei Jahren eine offizielle Kinderbetreuungseinrichtung, womit Deutschland das Barcelona-Ziel (33 %) annähernd, sein nationales Ziel (39 %) aber noch nicht erreicht hat. Bei der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen bestehen nach wie vor große regionale Unterschiede (52 % in den östlichen Bundesländern gegenüber 27,4 % in den westlichen Bundesländern). Während für die Ausweitung des Betreuungsangebots zusätzliche Mittel freigemacht werden und die Gesamtzahl der Betreuungseinrichtungen in den letzten Jahren rasch zugenommen hat, stellen Qualität, nicht ausreichend qualifizierte Mitarbeiter und wenig flexible Öffnungszeiten nach wie vor ein Problem dar. Bund, Länder und Kommunen haben sich kürzlich auf einen Fahrplan für die Festlegung gemeinsamer Qualitätsstandards für Kinderbetreuungseinrichtungen geeinigt. Dieser umfasst regelmäßige Konferenzen sowie eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundes, der Länder und der Kommunen, die bis 2016 einen Bericht vorlegen soll. Das 2013 eingeführte Betreuungsgeld scheint sich negativ auf die Teilhabe an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung auszuwirken⁽⁴⁹⁾.

⁽⁴⁹⁾ Bei 13 % der Eltern mit Kindern unter drei Jahren, die ihre Kinder nicht in eine Kinderbetreuungseinrichtung geben wollen, hat das Betreuungsgeld bei der Entscheidung eine Rolle gespielt. Besonders attraktiv ist das Betreuungsgeld für Familien mit geringer Erwerbsbeteiligung, geringen Bildungsabschlüssen, niedrigem Einkommen oder Migrationshintergrund (K. Fuchs-Rechlin, G. Kaufhold, M. Thuilot und T. Webs, „Der U3 Ausbau im Endspurt. Analysen zu kommunalen Betreuungsbedarfen und Betreuungswünschen von Eltern“, Forschungsverbund TU Dortmund und DJI, Dortmund 2014).

Beim Ausbau der Ganztagschulen hat Deutschland einige Fortschritte erzielt, doch lässt sich der Beitrag der Ganztagschulen zu einer qualitativ hochstehenden Bildung weiter erhöhen. Im Schuljahr 2012/2013 besuchten 32,3 % der Schüler der Primarstufe und der Sekundarstufe I eine Ganztagschule. Der jährliche Zuwachs ist von jährlich 2 % im Zeitraum 2002–2009 auf 1,3 % im Zeitraum 2009–2012 zurückgegangen, wobei erhebliche regionale Unterschiede bestehen. In puncto Organisation und Art der angebotenen Aktivitäten unterscheiden sich die Ganztagschulen erheblich voneinander, wobei nachmittags in vielen Schulen eher Betreuung als innovativer Unterricht angeboten wird. Einige Bundesländer haben Maßnahmen eingeleitet, um die Qualität der Ganztagschulen zu verbessern. So hat beispielsweise Niedersachsen verbindliche Ganztagschulmodelle festgelegt, den Schulen Gestaltungsspielräume für die Entwicklung innovativer Konzepte gegeben und die Zahl der zur Verfügung stehenden Lehrkräfte aufgestockt.

Bei der Anhebung des Bildungsniveaus benachteiligter Gruppen hat Deutschland begrenzte Fortschritte erzielt. Der deutsche Bildungsbericht 2014 und die PISA-Ergebnisse 2012 (Programme for International Student Assessment, PISA) bestätigen, dass Deutschland trotz der erzielten Fortschritte nach wie vor eines der Länder ist, in denen das Bildungsniveau weitgehend vom sozio-ökonomischen Hintergrund bestimmt wird. Bei der Quote der frühen Schulabgänger hat Deutschland 2013 das im Rahmen von Europa 2020 gesetzte Ziel erreicht. Bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist die Wahrscheinlichkeit eines frühen Schulabgangs doppelt so hoch. Offene Lehrstellen sind zwar vorhanden, doch werden gleichzeitig eine Viertelmillion Schulabgänger, die an einer Lehrstelle interessiert sind, als ungeeignet betrachtet und im so gen. Übergangssystem in Aufholkursen untergebracht. Dies ist sowohl auf allgemeine Mängel im Schulsystem als auch auf regionale und sektorale Inkongruenzen zurückzuführen. 2014 wurde die *Qualitätsinitiative Lehrerbildung* gestartet – ein mit 500 Mio. EUR ausgestattetes Programm des Bundes, das durch Förderung innovativer Konzepte die Qualität der Lehrerbildung verbessern soll. Frühzeitiges Testen deutscher Sprachkompetenzen wird beispielsweise

in Sachsen und Berlin bereits auf Vorschulebene gefördert, um Kindern mit entsprechenden Defiziten zu helfen. Die jüngsten Bemühungen um Förderung der Inklusion von Schülern mit Behinderungen in den Regelunterricht könnte es einer größeren Zahl junger Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf ermöglichen, eine Qualifikation zu erwerben und ihre Beschäftigungsaussichten zu verbessern.

Sozialpolitik und Sozialschutz

Die sinkenden Leistungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung, die relativ geringen Arbeitszeiten von Frauen (und das dadurch bedingte hohe Geschlechter-Rentengefälle) sowie die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse erhöhen das Risiko der Altersarmut. Die Altersarmut hat in den letzten Jahren schon zugenommen und dürfte auch in Zukunft weiter steigen⁽⁵⁰⁾. Die Rentenreform von 2014 wird den Abwärtstrend bei der durchschnittlichen Rentenquote weiter verstärken und das Risiko künftiger Altersarmut nicht eindämmen. Von 1990 bis 2014 ist die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung geringer gestiegen als die Inflation, was zu einer realen Verringerung der Renten beigetragen hat.

Bei der Erhöhung der Beteiligung an Alterssicherungen der zweiten und dritten Säule hat Deutschland keine Fortschritte erzielt. Die Angemessenheit der Renteneinkommen künftiger Rentner wird zunehmend von zusätzlichen Ansprüchen aus privaten Alterssicherungssystemen abhängen. Die früheren Rentenreformen verfolgten das Ziel, das sinkende Niveau der gesetzlichen Renten durch betriebliche und staatlich subventionierte private *Riester-Renten* zu kompensieren. Doch wird die Wirksamkeit privater Altersvorsorgesysteme

zurzeit durch die niedrigen Zinsen an den Kapitalmärkten beeinträchtigt⁽⁵¹⁾. Auch reicht die Beteiligung an den zwei ergänzenden Systemen nicht aus, um die Verluste bei der gesetzlichen Rente in vollem Umfang auszugleichen. Nur rund die Hälfte der in Frage kommenden Arbeitnehmer hat derzeit eine so gen. *Riester-Rente* geschlossen; am niedrigsten ist die Beteiligung bei denen, die am stärksten davon profitieren würden, wie Geringverdiener, Geringqualifizierte und Migranten. Darüber hinaus wissen viele Menschen nicht genau, welche Rentenansprüche sie erworben haben und welche Leistungen sie bei ihrem Renteneintritt aus den drei Säulen erwarten können.

⁽⁵¹⁾ Die im jährlichen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung enthaltene Langfrist-Projektion des Rentenniveaus bis 2028 suggeriert, dass das Gesamtversorgungsniveau vor Steuern auf dem heutigen Stand gehalten werden kann, wenn die vollen Beiträge zu einer ergänzenden Riester-Rente geleistet wurden. Doch hängt die Höhe der Riester-Rente in hohem Maße von dem projizierten Zinssatz ab. In dem Bericht wird von einem Jahreszins von 4 % ausgegangen, was angesichts der derzeit niedrigen Zinsen sehr großzügig ist.

⁽⁵⁰⁾ Der Anteil älterer Menschen in schwerer materieller Deprivation hat sich von etwa 2 % im Jahr 2010 auf 3 % im Jahr 2013 erhöht. Die Anzahl der Grundsicherungsempfänger (*Grundsicherung im Alter*) hat sich seit deren Einführung im Jahr 2003 bis 2013 nahezu verdoppelt (nach Berechnungen der Europäischen Kommission anhand von Daten des Statistischen Bundesamts beträgt der Anstieg 93,7 %). 2013 bezogen etwa 500 000 Menschen die *Grundsicherung im Alter*. Der Anteil der von Altersarmut bedrohten Menschen liegt in Deutschland über dem EU-Durchschnitt (DE: 14,9 %, EU: 13,9 %).

3.4. ENERGIE, VERKEHR, DIENSTLEISTUNGEN UND ÖFFENTLICHES AUFTRAGSWESEN

Energie

Deutschland hat die Entwicklung der erneuerbaren Energien erfolgreich gefördert, doch war dies mit hohen Kosten verbunden.

In Deutschland wird im Rahmen des bisherigen Fördersystems für erneuerbare Energien ein wachsender Anteil von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen, was in Ermangelung ausreichender Übertragungskapazitäten innerhalb Deutschlands zu zusätzlichen Herausforderungen für das Netzmanagement und zu einer wachsenden Anzahl kurzer Unterbrechungen im Verteilungsnetz geführt hat⁽⁵²⁾. Zudem hängt der Erfolg der Energiewende von einem weiteren Ausbau der grenzüberschreitenden Netze und der Koordinierung mit den Nachbarländern ab. Was die Energieeffizienz anbelangt, liegt Deutschland weder im Hinblick auf das Ziel, das der Kommission im Jahr 2013 mitgeteilt wurde, noch auf das ehrgeizigere Ziel, das sich Deutschland im Jahr 2010 selbst gesetzt hat, im Plan.

Die Reform im Bereich der erneuerbaren Energien hat zu einer Stabilisierung der Kostenentwicklung geführt.

Das novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist am 1. August 2014 in Kraft getreten. Durch die Reform soll die Kostenkontrolle verbessert werden, insbesondere durch Einführung verbindlicher Korridore für den Ausbau erneuerbarer Energien. Mit der Reform werden die kostengünstigsten Technologien für erneuerbare Energien (Windkraftanlagen an Land und Solaranlagen) in den Vordergrund gestellt und größere Produzenten erneuerbarer Energien verpflichtet, ihren Strom direkt auf dem Markt zu verkaufen. Die Reform hat 2015 im Vergleich zu 2014 zu einem leichten Rückgang der EEG-Umlage geführt, doch muss die Kostenentwicklung vor allem wegen der relativ hohen Einspeisevergütung für Strom von Offshore-

Windparks weiterhin sorgfältig beobachtet werden. Die bessere Integration der erneuerbaren Energien in den Markt, die Schaffung marktgestützter Anreize für die Zuteilung neuer Erzeugungskapazitäten und der Übergang von Einspeisevergütungen zu Ausschreibungsverfahren bleiben eine Herausforderung. Während das der Befreiung energieintensiver Industrien von der EEG-Umlage für erneuerbare Energien entsprechende gesamte Finanzvolumen aufgrund der Reform leicht zurückgegangen ist, blieb die Anzahl der befreiten Sektoren und Unternehmen nahezu unverändert. Die Befreiungen für große Teile der Industrie erhöhen die Stromrechnung anderer industrieller Kunden und der Haushalte und können Preissignale verzerren. Wenn in Zukunft Auktionen als Standardverfahren genutzt würden, könnte dies zu einer weiteren Senkung der Kosten beitragen.

Der Ausbau der Infrastruktur wird fortgeführt, leidet jedoch unter zahlreichen Verzögerungen

(siehe Abschnitt 2.3). Etwa 23 % der im Jahr 2009 im Energieleitungsausbaugesetz genannten Projekte für den Ausbau des Netzes auf Höchstspannungsebene wurden umgesetzt. Das ursprüngliche Ziel einer Durchführung von 50 % bis 2016 wurde auf 40 % verringert, doch ist noch ungewiss, ob dieses Ziel erreicht werden kann. Die Genehmigungs- und Planungsverfahren für größere Infrastrukturausbauprojekte sind nun auf Ebene der Bundesnetzagentur zentralisiert. Die nationalen Netzentwicklungspläne umfassen Projekte zur Beseitigung bestehender Engpässe. Allerdings befinden sich die meisten Projekte derzeit noch in der Entwicklungs- oder Genehmigungsphase. Trotz der verstärkten Bemühungen des Bundes, die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften von der Notwendigkeit eines Ausbaus des Netzes zu überzeugen, führen der Widerstand der Öffentlichkeit und das zögerliche Handeln der Länder zu deutlichen Verzögerungen. Weitere grenzüberschreitende Verbindungen, insbesondere die Durchführung der „Vorhaben von gemeinsamen Interesse“ mit Polen, Österreich, Belgien und den Niederlanden sowie Norwegen, würden die Verbindung zu den Stromnetzen der Nachbarländer deutlich verbessern. Die Transportkapazitäten des Gasnetzes, insbesondere von Nord nach Süd, das Verteilungssystem in Süddeutschland und die Interkonnektivität mit den

⁽⁵²⁾ Im Hinblick auf längere Versorgungsunterbrechungen (15 Minuten pro Kunde und Jahr, Durchschnittswert für 2009–2013) kann Deutschland laut dem SAIDI-Wert (System Average Interruption Duration Index), der die durchschnittliche Versorgungsunterbrechung je angeschlossenen Letztverbraucher innerhalb eines Kalenderjahres widerspiegelt, gute Ergebnisse vorweisen (<http://www.bundesnetzagentur.de>). Allerdings dauern 72 % der insgesamt eingetretenen Unterbrechungen in Deutschland weniger als drei Minuten und werden deshalb nicht im SAIDI-Wert erfasst.

Nachbarländern, auch entgegen der Hauptflussrichtung, können noch weiter verbessert werden.

Die Koordinierung mit den Nachbarländern wurde intensiviert. Im Juli 2014 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit benachbarten Mitgliedstaaten und der Kommission eine regelmäßige Gesprächsrunde eingerichtet, um am runden Tisch über die regionale Zusammenarbeit zur Förderung der Sicherheit der Energieversorgung und der erneuerbaren Energien zu sprechen. Darüber hinaus enthält das novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz eine Öffnungsklausel, nach der auch außerhalb Deutschlands erzeugter Strom aus erneuerbaren Quellen gefördert wird. Im Oktober 2014 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein Grünbuch über die Gestaltung des Strommarkts veröffentlicht und darin eine regionale Zusammenarbeit im Bereich der Kapazitätsmärkte gefordert.

Die geplanten Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz erscheinen nicht ausreichend, um Deutschlands politische Ziele zu verwirklichen. Die Bundesregierung legte im Dezember 2014 einen umfassenden nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan vor, um bestehende Ziellücken zu schließen; dies soll u. a. durch Energiesteuervergünstigungen, die an eine Steigerung der Energieeffizienz geknüpft werden, und die Förderung mittels zinsgünstiger Darlehen erreicht werden. Ungeachtet der im Plan enthaltenen Maßnahmen zur Steuerung der Energienachfrage, einschließlich zusätzlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudesektor, werden die Maßnahmen auf dem Gebiet der Energieversorgung und im Verkehrssektor nicht ausreichen, um die beträchtlichen Ziellücken zu schließen. Ein erster Schritt der Abhilfe war das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020, das im Dezember 2014 verabschiedet wurde und Maßnahmen zur Erfüllung des deutschen Treibhausgasziels (Verringerung der Emissionen um 40 % bis 2020 im Vergleich zu 1990) enthält.

Verkehr

Die Wettbewerbssituation auf den deutschen Schienenverkehrsmärkten hat sich seit letztem

Jahr nicht wesentlich verbessert. Insbesondere im Segment des Personenfernverkehrs schreckt das schwierige Wettbewerbsumfeld neue Marktteilnehmer ab. Die Weegeentgelte für den Personenfernverkehr gehören zu den höchsten in der EU. Der Marktanteil neuer Marktteilnehmer liegt dort weiterhin unter 1 % und ist rückläufig. Einer der wenigen nicht etablierten Betreiber hat seine Tätigkeiten im Jahr 2014 eingestellt. Seitdem der Bundesrat im Jahr 2013 den Gesetzesentwurf zur Rationalisierung der Grundsätze des Netzzugangs, zur Vereinfachung des Marktzutritts für Eisenbahnverkehrsunternehmen und zur Erteilung umfassenderer Befugnisse an die Regulierungsbehörde (Eisenbahnregulierungsgesetz) abgelehnt hat, wurden keine neuen Initiativen zur Steigerung des Wettbewerbs auf den Schienenverkehrsmärkten verabschiedet. Deutschland arbeitet nun an einen neuen Vorschlag zur Umsetzung der Richtlinie 2012/34/EU (Neufassung des ersten Eisenbahnpakets) im Jahr 2015. Zudem ist die Kommission der Auffassung, dass Deutschland die EU-Vorschriften über die finanzielle Transparenz im Eisenbahnsektor nicht einhält; ein entsprechendes Verfahren ist vor dem Europäischen Gerichtshof anhängig. Deutschland ist der einzige Mitgliedstaat mit einem System von Gewinnübertragungsvereinbarungen zwischen den Infrastruktur-Tochtergesellschaften und der Holding. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass nach den geltenden Vereinbarungen öffentliche Mittel verwendet werden, um für den Wettbewerb geöffnete Personen- und Güterverkehrsdienstleistungen durch Quersubventionen zu unterstützen, selbst in anderen Mitgliedstaaten. Anfang 2015 haben die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG eine neue Vereinbarung über die Infrastrukturfinanzierung unterzeichnet, die der Europäischen Kommission noch vorgelegt werden muss.

Dienstleistungen

Die Maßnahmen der Politik zum Abbau von Hürden für den Eintritt in den Dienstleistungsmarkt und die Ausübung von Berufen waren begrenzt. Es bestehen nach wie vor Hürden, die Unternehmen und einzelne Fachleute am Eintritt in den Dienstleistungsmarkt und an der Erbringung von Dienstleistungen

hindern; dazu gehören Anforderungen an die Rechtsform, an die Gesellschafter und an die berufliche Qualifikation. Deutschland hat eine Überprüfung der bestehenden Bestimmungen über den Zugang zu und die Ausübung von reglementierten Berufen eingeleitet, um zu bewerten, ob diese aus Gründen des Allgemeininteresses gerechtfertigt und verhältnismäßig sind. Diese Überprüfung und der laufende Prozess der gegenseitigen Evaluierung haben in Deutschland bislang noch nicht zu konkreten Maßnahmen geführt, um die kumulative Wirkung der einschlägigen Vorschriften abzuschwächen; auch das Problem unterschiedlicher Regelungen in den Bundesländern wurde noch nicht angegangen. Anforderungen in Bezug auf die Rechtsform und die Gesellschafter erschweren die Niederlassung, da sie die Wahl des Geschäftsmodells und die Investitionsmöglichkeiten beschränken. So können beispielsweise sehr strenge Anforderungen bezüglich der Rechtsform (z. B. ausschließliche Ausübung einer bestimmten Tätigkeit durch natürliche Personen, die der Berufsgruppe angehören) die Hauptniederlassung einer deutschen juristischen Person oder die Zweitniederlassung eines Unternehmens aus einem anderen Mitgliedstaat in der Praxis unmöglich machen. Zudem werden Dienstleister dadurch in ihren Möglichkeiten beschränkt, eine Gesellschaftsstruktur zu wählen, die es ihnen leichter macht, sich Kapital für Investitionen zu beschaffen, ohne die sie nicht wachsen können. Auch die festen Tarife für einige wenige, aber wichtige Berufe stellen eine schwerwiegende Beschränkung gegenüber Dienstleistern dar, denen damit die Möglichkeit genommen wird, auf der Basis von Preis oder Qualität in Wettbewerb zu treten. Diese Barrieren können der Wettbewerbsfähigkeit schaden, zu einem niedrigen Produktivitätswachstum im Sektor der freiberuflichen Dienstleistungen führen (siehe Kasten 2.2.1) und sich auch auf andere Sektoren, die diese Dienste nutzen, niederschlagen.

Einzelhandel

Der deutsche Einzelhandelsektor funktioniert insgesamt gut, doch könnten Planungsvorschriften in einigen Bundesländern Marktzutrittsbarrieren verursachen. Maßnahmen zur Verwirklichung von Zielen des

öffentlichen Interesses im Bereich der Raumordnung wie z. B. der Erhalt von Versorgungsbereichen in den Stadtzentren müssen verhältnismäßig sein, um wettbewerbsneutral zu bleiben. Bei den Genehmigungsverfahren werden mitunter wirtschaftliche Kriterien angelegt, um zu prüfen, welche Auswirkungen große Verkaufsmärkte auf die Stadtzentren haben. Dies kann den Markteintritt behindern und bestimmte Arten von Einzelhändlern bevorteilen.

Öffentliches Auftragswesen

Der Wert der von den deutschen Behörden gemäß den EU-Vorschriften über die öffentliche Auftragsvergabe ausgeschriebenen Aufträge ist trotz laufender Anstrengungen nach wie vor niedrig. Deutschland weist den niedrigsten Wert für gemäß den EU-Vorschriften über die öffentliche Auftragsvergabe ausgeschriebene Aufträge auf (Daten für 2013: 1,1 % des BIP – einschl. Sektorenauftraggeber – bzw. 6,4 % der öffentlichen Ausgaben für Arbeiten, Güter und Dienstleistungen – ohne Sektorenauftraggeber – im Vergleich zu durchschnittlich 3,2 % bzw. 19,1 % in der EU-28). Ende 2014 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie den Zwischenbericht einer statistischen Studie zur Entwicklung eines IT-Konzepts für die Sammlung, Analyse und Meldung von Informationen über die Auftragsvergabe in Deutschland vorgelegt. Dieses IT-Konzept ist im Dezember 2015, die ersten Statistiken im Jahr 2018 fällig. Ferner sandte das Ministerium im Zusammenhang mit zwei Vertragsverletzungsverfahren Rundschreiben an andere Ministerien, nachgeordnete Behörden sowie Bundesländer und Gemeinden, in denen sie auf die Bedingungen für Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht (insbesondere Dringlichkeit) eingeht und ein internes Kontrollsystem (Vier-Augen-Prinzip) empfiehlt. Dies sind Schritte in die richtige Richtung, doch sind bisher noch keine Ergebnisse in Form einer Zunahme der Verfahren der öffentlichen Auftragsvergabe, für die in der gesamten EU geboten werden kann, oder in Form eines Rückgangs der bei der Kommission eingehenden Beschwerden wegen Nichtveröffentlichung erkennbar. Zudem wurden die Gründe für den niedrigen Wert der nach den EU-Vorschriften für

das öffentliche Auftragswesen ausgeschriebenen
Aufträge nicht eindeutig ermittelt.

3.5. MASSNAHMEN FÜR LANGFRISTIGES WACHSTUM

Forschung und Innovation

Deutschland ist einer der Innovationsführer der EU, doch gibt es starke regionale Unterschiede und sind bestimmte Herausforderungen zu meistern, um diese Wettbewerbsposition auch in Zukunft zu behaupten. Deutschland belegt nach dem Indikator zur Messung der Innovationsleistung in Europa den ersten Platz in der EU. Das Land steht kurz davor, sein Ziel einer Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben (FuE) auf 3 % des BIP zu verwirklichen (siehe Abschnitt 3.1), andere führende innovative Volkswirtschaften investieren jedoch noch stärker. Um technologisch an der Spitze zu bleiben und die gute Wettbewerbsposition auch in Zukunft zu behaupten, sind weitere Investitionen in Bildung, FuE und Innovation erforderlich. Auf regionaler Ebene bestehen bei der Innovationsleistung und den Ausgaben signifikante Disparitäten, insbesondere bei privatwirtschaftlichen Investitionen in FuE, wobei in den ostdeutschen Bundesländern generell Nachholbedarf besteht. Regionale Cluster und intelligente Spezialisierung zum Abbau der Disparitäten weisen in die richtige Richtung.

Unzureichende Finanzierungsmittel und der Fachkräftemangel bremsen das Wachstum neu gegründeter Unternehmen, auch in Hochtechnologie-sektoren. Die Bundesregierung unterstützt rasch wachsende, innovative Neugründungen durch Finanzierungsinstrumente wie Investitionsdarlehen und Mikromezzanine-Finanzierungen. Eine Überprüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital, wie sie im Koalitionsvertrag vorgesehen ist, wäre ein willkommener Schritt und könnte dazu beitragen, private Investitionen zu fördern und das Unternehmertum zu stärken (siehe Abschnitt 3.2). Darüber hinaus ist aufgrund der demographischen Trends und der sich abzeichnenden Qualifikationslücken damit zu rechnen, dass die Zahl der Unternehmer, die ein neues Unternehmen gründen oder ein bereits bestehendes Unternehmen fortführen, weiter sinken wird, was sich auf das zukünftige Wachstum und die Innovationsleistung Deutschlands negativ niederschlagen könnte. Ein angemessenes Angebot an Fachkräften ist ein

wesentlicher Faktor, um einen Mangel an qualifiziertem Personal in Hochtechnologiebranchen zu vermeiden. Deutschland hat bereits Initiativen eingeleitet, um z. B. Studierende und Akademiker aus dem Ausland zu gewinnen und zu halten, doch scheinen weitere Bemühungen erforderlich, um z. B. bessere Voraussetzungen für einen längeren Verbleib qualifizierten Fachpersonals auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.

Deutschland verabschiedete im September 2014 eine neue High-Tech-Strategie. Ziel der Strategie ist die Stärkung des Wirtschaftswachstums durch eine kohärente Innovationspolitik zur Unterstützung von Wissenstransfer und Innovation in Zukunftsmärkten. Der Schwerpunkt liegt auf sechs prioritären Zukunftsaufgaben: digitale Wirtschaft und Gesellschaft, nachhaltiges Wirtschaften und Energie, innovative Arbeitswelt, gesundes Leben, intelligente Mobilität und zivile Sicherheit. Die Aktualisierung im vergangenen Jahr war ein wichtiger Schritt in Richtung einer stärker integrierten und kohärenteren Strategie und zur Verbesserung der Akzeptanz durch bessere Kommunikation und Einbindung der Zivilgesellschaft.

Informations- und Kommunikationstechnologien

Deutschland könnte die Einführung fester ultraschneller Breitbandverbindungen beschleunigen. Hinsichtlich des grundlegenden und des schnellen Breitbandanschlusses kann Deutschland im internationalen Vergleich gute Ergebnisse vorweisen, nicht jedoch in Bezug auf ultraschnelle Breitbandverbindungen. Der Zugang zu grundlegenden Breitbanddiensten (Festnetz- und mobile Technologien) ist im gesamten Bundesgebiet, der Zugang zu schnellen Breitbandnetzen (30 Mb/s) in 75 % des Bundesgebiets gegeben. In Bezug auf den Anteil der Bevölkerung mit ultraschnellem Breitbandzugang (Übertragungsgeschwindigkeit von mehr als 100 Mb/s) nimmt Deutschland unter 28 Mitgliedstaaten jedoch nur Platz 19 ein (0,9 % der Bevölkerung bzw. 2,6 % aller Anschlüsse). Auch der Anteil der Glasfaserleitungen im Verhältnis zur gesamten Breitbandversorgung ist

im internationalen Vergleich niedrig (0,94 % im Vergleich zu einem Durchschnitt von 16,65 % in der OECD und über 60 % in Südkorea und Japan laut OECD Breitband-Statistik). Dies erklärt sich zum Teil durch Faktoren wie der topografischen Größe des Landes und seiner dezentralen Siedlungsstruktur. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, für ein wettbewerbsorientiertes und investitionsfreundliches Klima zu sorgen.

Die neue digitale Agenda 2014-2017 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Im August 2014 hat die Bundesregierung die erste „Digitale Agenda 2014-2017“ beschlossen, um Deutschland in Bezug auf den Ausbau der Hochgeschwindigkeitsdatennetze, die Sicherheit im Internet und die Förderung der unternehmerischen Initiative im Cyberraum weltweit in eine Führungsposition zu bringen. Dabei wurde als Ziel vorgegeben, bis zum Jahr 2018 das Internet per schneller Breitbandverbindung (50 Mb/s) über eine Vielzahl auf den Markt verfügbarer Technologien sowohl in ländliche als auch städtische Gebiete zu bringen. Dies liegt deutlich über der EU-Vorgabe einer Versorgung sämtlicher europäischen Haushalte mit einem Internetzugang mit einer Geschwindigkeit von 30 Mb/s bis 2020, ohne jedoch das EU-Ziel einer Versorgung von 50 % der Haushalte mit einem Internetanschluss von 100 Mb/s bis 2020 zu berücksichtigen. Im Dezember 2014 wurde eine frühzeitige Zuweisung des 700-MHz-Bands für neue drahtlose Breitbanddienste vereinbart. Dadurch kann gewährleistet werden, dass bestimmte Gebiete in Randlage bald Zugang zu Hochgeschwindigkeitsnetzen haben. Die Erlöse aus der Versteigerung von Frequenzen sollen in den Ausbau von Breitbandnetzen fließen.

Öffentliche Verwaltung und Rahmenbedingungen für Unternehmen

Der Verwaltungsaufwand kann weiter verringert und die Rahmenbedingungen für Unternehmen können weiter verbessert werden. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und die damit verbundenen Dokumentationspflichten könnten für die Unternehmen zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand geführt haben. Positiv ist zu vermerken, dass die Bundesregierung im Jahr 2014

ein Arbeitsprogramm für eine bessere Regulierung beschloss und neue Maßnahmen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen und Bürger genehmigte. Dazu gehörte beispielsweise eine „one-in/one-out-Regelung“ für neue Rechtsvorschriften, der zufolge bei Erlass neuer Vorschriften, die Kosten für Unternehmen nach sich ziehen, bestehende Vorschriften überarbeitet oder aufgehoben werden müssen. Die Bundesregierung verabschiedete ferner Ausnahmen von Meldepflichten für Unternehmensneugründungen und Maßnahmen zur Förderung der Nutzung der elektronischen Rechnungsstellung und Archivierung. Dies ist als positiv zu bewerten, doch stellen sich insbesondere bei den Rahmenbedingungen für KMU noch Herausforderungen, einschließlich einer Vereinfachung des Steuersystems, Reformen der Steuerverwaltung (siehe Abschnitt 3.1) und einer besseren Koordination mit den Bundesländern.

Die Verfügbarkeit öffentlicher Online-Dienste bleibt unter dem EU-Durchschnitt. Deutschland gehört nach wie vor zu den EU-Ländern mit der geringsten Online-Interaktion zwischen Behörden und Bürgern (Rang 23 unter 28 Mitgliedstaaten). Im Jahr 2014 nahmen 18 % der deutschen Bürger über das Internet Kontakt mit einer Behörde auf (der EU-Durchschnitt liegt bei 33 %). Im August 2014 wurde im Rahmen der „Digitalen Agenda 2014-2017“ eine eGovernment-Strategie angenommen, um die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf den Weg zu bringen. Diese Strategie muss nun entsprechend umgesetzt werden.

ANHANG A

Übersichtstabelle

Verpflichtungen	Zusammenfassende Bewertung ⁽⁵³⁾
Länderspezifische Empfehlungen 2014	
<p>Länderspezifische Empfehlung 1: Betreiben einer wachstumsfreundlichen Finanzpolitik und Beibehalten einer soliden Haushaltsposition, die sicherstellt, dass das mittelfristige Haushaltsziel während des gesamten Stabilitätsprogrammzeitraums weiterhin eingehalten wird und die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote auf einem nachhaltigen Abwärtspfad bleibt; insbesondere Nutzung des vorhandenen Spielraums, damit mehr und effizientere öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung erfolgen; Verbesserung der Effizienz des Steuersystems, vor allem durch die Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage, insbesondere im Hinblick auf den Verbrauch, durch eine Neubewertung der Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer, durch die Verbesserung der Steuerverwaltung und die Prüfung der Gewerbesteuer, auch mit Blick auf die Förderung privater Investitionen; zusätzliche Anstrengungen zur Verbesserung der Kosteneffizienz der öffentlichen Ausgaben für Gesundheitswesen und Pflege; Sicherstellung der Tragfähigkeit des öffentlichen Rentensystems, indem i) die Finanzierung neuer versicherungsfremder Leistungen („Mütterrente“) durch Steuereinnahmen erfolgt, um u. a. einen weiteren Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge zu vermeiden, ii) mehr Anreize für einen späteren Renteneintritt gesetzt werden und iii) die Beteiligung an Alterssicherungen der zweiten und dritten Säule erhöht wird; kohärente Umsetzung der Schuldenbremse in allen Bundesländern und Sicherstellung zeitnaher und relevanter Kontrollverfahren und Korrekturmechanismen; Verbesserung der Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und</p>	<p>Deutschland hat bei der Erfüllung der länderspezifischen Empfehlung 1 begrenzte Fortschritte erzielt (diese Gesamtbewertung der länderspezifischen Empfehlung 1 umfasst keine Bewertung der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einige Fortschritte bei der Erhöhung der öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, darunter ein zusätzlicher Betrag von 10 Mrd. EUR für Infrastrukturinvestitionen, die unlängst für den Zeitraum 2016-2018 angekündigt wurden. • Begrenzte Fortschritte bei der Steigerung der Bildungsausgaben, einige Fortschritte bei der Steigerung der Forschungsausgaben. Die Bundesregierung hat die Bildungs- und Forschungsausgaben erhöht, der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP liegt jedoch nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt und der Gesamtbetrag der Bildungs- und Forschungsausgaben wird eventuell nicht ausreichen, um das nationale Ziel von 10 % des BIP zu erreichen. • Keine Fortschritte bei der Verbesserung der Effizienz des Steuersystems. • Einige Fortschritte bei der Verbesserung der Kosteneffizienz der öffentlichen Ausgaben für Gesundheitswesen und

⁽⁵³⁾ Zur Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen aus dem Jahr 2014 werden folgende Kategorien verwendet:

Keine Fortschritte: Der Mitgliedstaat (MS) hat zur Erfüllung der länderspezifischen Empfehlung weder Maßnahmen angekündigt noch verabschiedet. Diese Kategorie findet auch Anwendung, wenn ein MS eine Studiengruppe beauftragt hat, mögliche Maßnahmen zu evaluieren.

Begrenzte Fortschritte: Der MS hat zur Erfüllung der länderspezifischen Empfehlung einige Maßnahmen angekündigt; diese scheinen jedoch unzureichend zu sein und/oder ihre Annahme/Umsetzung ist gefährdet.

Einige Fortschritte: Der MS hat zur Erfüllung der länderspezifischen Empfehlung Maßnahmen angekündigt oder verabschiedet. Diese sind vielversprechend, doch es wurden nicht alle Maßnahmen umgesetzt und die Umsetzung ist nicht in allen Fällen gesichert.

Substanzielle Fortschritte: Der MS hat Maßnahmen verabschiedet, von denen die meisten umgesetzt wurden. Diese tragen ein gutes Stück dazu bei, der länderspezifischen Empfehlung nachzukommen.

Vollständig umgesetzt: Der MS hat Maßnahmen angenommen und umgesetzt, mit denen angemessen auf die länderspezifische Empfehlung reagiert wird.

<p>Gemeinden, auch um angemessene öffentliche Investitionen auf allen staatlichen Ebenen sicherzustellen.</p>	<p>Pflege. Es wurde ein unabhängiges Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen geschaffen; ferner wurden die wesentlichen Elemente einer Reform der Krankenhausbehandlung beschrieben und die Nutzung ambulanter Pflegeleistungen und -dienste gefördert.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es wurden keine Maßnahmen ergriffen, um die Tragfähigkeit des Rentensystems nach der Rentenreform von 2014 besser zu sichern. • Einige Fortschritte bei der Umsetzung der Schuldenbremse. Ein weiteres Bundesland hat seine Verfassung geändert, ein anderes seine Durchführungsbestimmungen weiter spezifiziert. • Begrenzte Fortschritte bei der Verbesserung der Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Es wurden vorbereitende Schritte für eine umfassende Reform unternommen.
<p>Länderspezifische Empfehlung 2: Verbesserung der Bedingungen zur weiteren Stärkung der Inlandsnachfrage, u. a. durch die Verringerung der hohen Steuer- und Sozialabgaben, insbesondere für Geringverdiener; bei der Umsetzung des allgemeinen Mindestlohns Beobachtung von dessen Wirkung auf die Beschäftigung; Verbesserung der Vermittelbarkeit von Arbeitnehmern, indem das Bildungsniveau benachteiligter Gruppen weiter erhöht wird und auf dem Arbeitsmarkt ehrgeizigere Aktivierungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen durchgeführt werden, insbesondere für Langzeitarbeitslose; Ergreifen von Maßnahmen zum Abbau fiskalischer Fehlanreize, insbesondere für Zweitverdiener, und Erleichterung der Umwandlung von Minijobs in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsformen; Überwindung regionaler Engpässe bei der Verfügbarkeit von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen und gleichzeitig Verbesserung von deren allgemeiner Bildungsqualität.</p>	<p>Deutschland hat bei der Erfüllung der länderspezifischen Empfehlung 2 begrenzte Fortschritte erzielt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begrenzte Fortschritte beim Abbau der hohen Steuer- und Abgabenbelastung, insbesondere für Geringverdiener. Die Senkung des Beitragssatzes für die Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte wurde durch die Anhebung des Beitragssatzes für die Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte mehr als ausgeglichen. Zudem wurde mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung auf der einen Seite der Beitragssatz für Arbeitnehmer von 8,2 % auf 7,3 % gesenkt, auf der anderen Seite aber einzelnen Krankenkassen gestattet, bei den Arbeitnehmern einkommensabhängige Zusatzbeiträge zu erheben, so dass der Gesamtbeitragssatz allem Anschein nach für viele Versicherte unverändert geblieben ist. Die Bundesregierung hat Pläne zur

Verringerung der Auswirkungen der kalten Progression in der laufenden Legislaturperiode angekündigt. Die jüngste Anhebung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer ergibt sich dagegen aus einem bestehenden Gesetz und wird nicht als neue politische Maßnahme betrachtet.

- Einige Fortschritte bei der Beobachtung des Mindestlohns. Das Mindestlohngesetz schreibt vor, die Auswirkungen kontinuierlich zu bewerten und das Gesetz 2020 einer allgemeinen Evaluierung zu unterziehen.
- Begrenzte Fortschritte bei der Verbesserung des Bildungsniveaus benachteiligter Gruppen. Die Bundesregierung hat 2014 ein Programm zur Verbesserung der Qualität der Lehrerausbildung gestartet (Qualitätsinitiative Lehrerbildung). Frühzeitiges Testen deutscher Sprachkompetenzen wird in einigen Bundesländern bereits auf Vorschulebene gefördert. Deutschland bemüht sich um eine Förderung der Inklusion von Schülern mit Behinderungen in den Regelunterricht.
- Begrenzte Fortschritte bei der Umsetzung ehrgeizigerer Aktivierungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im Jahr 2014 eine Initiative zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit angekündigt („Chancen eröffnen – soziale Teilhabe sichern. Konzept zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit“). Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, könnte sich als Maßnahme zur Verbesserung der individuellen Förderung jedoch als unzureichend erweisen. Deutschland hat die Wirksamkeit der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente des Jahres 2011 nicht bewertet.
- Keine Fortschritte beim Abbau fiskalischer Fehlanreize für Zweitverdiener.

	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Fortschritte bei Maßnahmen zur Förderung der Umwandlung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Mini-Jobs zu nachhaltigeren, voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsformen. • Substanzielle Fortschritte bei der Verbesserung der Verfügbarkeit von Kindertagesstätten. Die Anzahl der Kinderbetreuungsplätze ist rasch gestiegen, doch sind nach wie vor regionale Engpässe und Qualitätsprobleme zu verzeichnen. Weitere Mittel für Investitionen in die Kinderbetreuung sind vorgesehen. Bund, Länder und Gemeinden haben sich kürzlich auf ein Gesamtkonzept für die Festlegung von Qualitätsstandards geeinigt. • Einige Fortschritte bei der Erhöhung der Verfügbarkeit von Ganztagschulen. Der jährliche Zuwachs hat sich im Zeitraum 2009–2012 im Vergleich zu früheren Jahren verlangsamt, und es bestehen erhebliche regionale Unterschiede. Einige Bundesländer haben Maßnahmen eingeleitet, um die Qualität der Ganztagschulen zu verbessern, doch fehlt es an einem umfassenden nationalen und regionalen Konzept.
<p>Länderspezifische Empfehlung 3: so gering wie mögliche gesamtwirtschaftliche Kosten des Umbaus des Energiesystems; insbesondere Beobachtung der Wirkung des novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf die Kostenwirksamkeit des Fördersystems für erneuerbare Energien; Verstärkung der Bemühungen um die Beschleunigung des Ausbaus der nationalen und grenzüberschreitenden Strom- und Gasnetze; Verbesserung der engen energiepolitischen Koordinierung mit den Nachbarländern.</p>	<p>Deutschland hat bei der Erfüllung der länderspezifischen Empfehlung 3 einige Fortschritte erzielt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einige Fortschritte bei der Beschränkung der gesamtwirtschaftlichen Kosten des Umbaus des Energiesystems auf ein Minimum. • Substanzielle Fortschritte in Bezug auf das Fördersystem für erneuerbare Energien. Das novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) trägt dazu bei, die durch das Fördersystem für erneuerbare Energien bedingten Kostensteigerungen einzudämmen, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu kontrollieren, die Marktintegration in Gang zu bringen und den Kostenbeitrag industrieller Verbraucher zu stabilisieren. Der

	<p>verstärkte Rückgriff auf Ausschreibungsverfahren zur Förderung erneuerbarer Energiequellen kann zu weiteren Fortschritten führen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begrenzte Fortschritte beim Ausbau des Stromnetzes. Die Planung von Projekten zur Beseitigung interner Engpässe bei der Stromübertragung hat begonnen, doch befinden sich die Projekte noch in der Entwicklungs- oder Genehmigungsphase und stoßen auf regionaler Ebene auf den Widerstand der Öffentlichkeit. • Einige Fortschritte bei der politischen Koordinierung mit den Nachbarländern. Es wurden regelmäßige Gesprächsrunden eingerichtet, um am runden Tisch über die regionale Zusammenarbeit zur Förderung der Sicherheit der Energieversorgung und der erneuerbaren Energien zu sprechen. Ferner wurde ein Grünbuch über die Gestaltung des Strommarkts veröffentlicht, um die Entscheidung über die Einführung eines nationalen Mechanismus für Kapazitätsentgelte zu vereinfachen.
<p>Länderspezifische Empfehlung 4: Ehrgeizigere Maßnahmen zur weiteren Belebung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor, einschließlich im Hinblick auf bestimmte freiberufliche Dienstleistungen, auch durch die Prüfung der regulatorischen Ansätze und die Ausweitung bewährter Verfahrensweisen auf alle Bundesländer; Ermittlung der Gründe für den niedrigen Wert von nach den EU-Vorschriften im öffentlichen Auftragswesen vergebenen Aufträgen; Verstärkung der Anstrengungen zur Beseitigung ungerechtfertigter Planungsvorschriften, die Markteintritte im Einzelhandel behindern; Maßnahmen, um die verbleibenden Wettbewerbshindernisse auf den Schienenverkehrsmärkten zu beseitigen; Fortsetzung der Anstrengungen zur Konsolidierung im Landesbankensektor, auch durch die Verbesserung des Governance-Rahmens.</p>	<p>Deutschland hat bei der Erfüllung der länderspezifischen Empfehlung 4 begrenzte Fortschritte erzielt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begrenzte Fortschritte bei der Belebung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor. Deutschland nimmt an der gegenseitigen Evaluierung gemäß der Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen teil. Allerdings können vor Ende dieser Evaluierung bzw. vor Ablauf der Frist für die Vorlage des nationalen Aktionsplans (voraussichtlich im zweiten Quartal 2015) keine größeren Veränderungen erwartet werden. Hinsichtlich der Beschränkungen in Bezug auf Rechtsform und Gesellschafter wird derzeit in einigen Bundesländern an begrenzten Änderungen gearbeitet, aber es gibt immer noch keine breit angelegte Überprüfung solcher Beschränkungen. • Begrenzte Fortschritte bei der Ermittlung

	<p>der Gründe für den niedrigen Wert von nach den EU-Vorschriften im öffentlichen Auftragswesen vergebenen Aufträgen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat einen Zwischenbericht einer statistischen Studie, die auf die Einrichtung einer statistischen Datenbank ausgelegt ist, vorgelegt und Rundschreiben über die Anwendung des Dringlichkeitsverfahrens verschickt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Fortschritte in Bezug auf Beschränkungen im Einzelhandel. • Begrenzte Fortschritte bei der Belegung des Wettbewerbs im Schienenverkehr. Deutschland hat angekündigt, einen neuen Vorschlag zur Umsetzung der Richtlinie 2012/34/EU (Neufassung des ersten Eisenbahnpakets) im Jahr 2015 auszuarbeiten. Die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG haben eine neue Vereinbarung über die Infrastrukturfinanzierung unterzeichnet. • Keine Fortschritte bei der Fortsetzung der Anstrengungen zur Konsolidierung der Landesbanken.
Europa 2020 (nationale Ziele und Fortschritte)	
<p>Angestrebte Beschäftigungsquote: 77 % der Bevölkerung zwischen 20-64 Jahren</p>	<p>Beschäftigungsquote der 20-64-Jährigen: 76,9 % im Jahr 2012 und 77,3 % im Jahr 2013.</p> <p>Das nationale Beschäftigungsziel wurde erreicht.</p>
<p>FuE-Ziel: 3,0 % des BIP</p>	<p>Die inländischen Bruttoausgaben für FuE betragen 2,88 % des BIP 2012 und 2,94 % des BIP 2013.</p> <p>Deutschland hat auf dem Weg zum FuE-Ziel von 3 % deutliche Fortschritte erzielt und das Ziel im Jahr 2013 nahezu erreicht.</p> <p>Im Jahr 2013 entfielen im Einklang mit dem nationalen Ziel zwei Drittel des Gesamtbetrags (etwa 1,9 % des BIP und knapp 2 % bei Einbeziehung der Ausgaben aus dem Ausland) auf private FuE-Ausgaben, während die öffentlichen Ausgaben etwa ein</p>

	Drittel ausmachten (ca. 1 % des BIP). Sowohl die öffentlichen als auch die privaten Ausgaben sind in den vergangenen Jahren gestiegen.
Treibhausgasemissionen: 14 % im Jahr 2020 im Vergleich zu 2005 (in Sektoren, die nicht unter das EHS fallen)	<p>Nach den jüngsten der Kommission übermittelten nationalen Prognosen und unter Berücksichtigung der bestehenden Maßnahmen werden die Treibhausgasemissionen im Jahr 2020 um 13 % geringer ausfallen als 2005 (d. h. das Ziel wird um einen Prozentpunkt verpasst).</p> <p>Treibhausgasemissionen, die nicht unter das Emissionshandelssystem (EHS) fallen, sind zwischen 2005 und 2013 um 3,8 % gesunken; bei den prognostizierten Emissionen für nicht unter das EHS fallende Sektoren besteht in Bezug auf die Lastenteilungszielvorgabe für 2013 eine Lücke von 0,7 %.</p>
<p>Für 2020 angestrebter Anteil der erneuerbaren Energien: 18 %</p> <p>Anteil der erneuerbaren Energien im Verkehr (alle Verkehrsträger): 10 %</p>	2013 lag der Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch laut Daten von EurObserv'ER bei 12,2 % und damit über dem Wert, der im indikativen Zielpfad gemäß der EU-Richtlinie 2009/28/EG über erneuerbare Energiequellen vorgegeben wurde.
<p>Indikatives nationales Energieeffizienzziel: jährliche Verbesserung der Energieintensität (Energieproduktivität) um durchschnittlich 2,1 % bis 2020. Der absolute Energieverbrauch für 2020 wurde auf 276,6 Mio. t RÖE (Primärenergieverbrauch) bzw. 194,3 Mio. t RÖE (Endenergieverbrauch) festgesetzt.</p> <p>Deutschland hat sich 2010 selbst ein ehrgeizigeres Ziel gesetzt (Energiekonzept: Verringerung des Energieverbrauchs von 2008 bis 2020 um 20 %)</p>	Seit zwei Jahren liegt Deutschland weder im Hinblick auf das der Kommission im Jahr 2013 gemeldete Ziel noch auf das ehrgeizigere Ziel, das es sich 2010 selbst gesetzt hat, im Plan. Im Dezember 2014 wurde ein umfassender nationaler Energieeffizienz-Aktionsplan (einschließlich besserer Finanzierung) vorgelegt, um diese Lücken zu schließen.
Angestrebte Quote der frühen Schulabgänger: <10 %	<p>Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger (Anteil der 18–24-Jährigen mit höchstens Abschluss der Sekundarstufe I und ohne weiterführende Schul- oder Berufsausbildung): 10,5 % im Jahr 2012 und 9,9 % im Jahr 2013.</p> <p>Deutschland hat das Ziel im Jahr 2013 erreicht.</p>
Angestrebter Anteil der Hochschulabschlüsse: 40 %	Inhaber eines Hochschulabschlusses: 31,9 % im Jahr 2012 und 33,1 % im Jahr 2013,

(EU 2020) bzw. 42 % (nationales Ziel).	<p>gegenüber 36,9 % im EU-Durchschnitt.</p> <p>Deutschland hat das EU-Ziel von 40 % nicht erreicht. Das nationale Ziel von 42 %, das auch ISCED 4 (Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen) umfasst, wurde jedoch bereits erreicht.</p>
<p>Ziel für die Senkung des Anteils der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung: Ziel für die Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen: 20 % weniger Langzeitarbeitslose bis 2020 im Vergleich zu 2008 (d. h. eine Verringerung um 320 000 Personen)</p>	<p>Verringerung der Anzahl der Langzeitarbeitslosen um 485 000 im Jahr 2011, 623 000 im Jahr 2012 und 658 000 im Jahr 2013 ggü. 2008. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen ist im Zeitraum von 2008 bis 2013 um rund 40 % gesunken.</p> <p>Deutschland hat sein Europa-2020-Armutziel bereits erreicht.</p>

ANNEX B

Standard Tables

Tabelle B.1: **Makroökonomische Indikatoren**

	1996- 2000	2001- 2005	2006- 2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Schlüsselindikatoren									
BIP-Wachstum	1,9	0,6	1,3	3,6	0,4	0,1	1,5	1,5	2,0
Produktionslücke ¹	0,0	-0,8	-0,4	1,0	0,2	-0,9	-0,9	-0,8	-0,4
HVPI (% Jahresvergleich)	1,1	1,6	1,6	2,5	2,1	1,6	0,8	0,1	1,6
Binnennachfrage (% Jahresvergleich) ²	1,7	-0,4	1,1	3,0	-0,9	0,7	1,2	1,5	2,3
Arbeitslosenquote (% der Erwerbsbevölkerung) ³	8,9	9,5	8,1	5,8	5,4	5,2	5,0	4,9	4,8
Bruttoanlageinvestitionen (% des BIP)	22,7	19,9	19,7	20,2	20,0	19,8	20,0	20,1	20,4
Inländische Bruttoersparnis (% des BIP)	22,2	22,4	25,9	26,8	26,4	25,9	26,6	26,6	26,9
Staat (% des BIP)									
Finanzierungssaldo	-1,8	-3,6	-1,7	-0,9	0,1	0,1	0,4	0,2	0,2
Bruttoschuldenstand	58,8	62,2	69,5	77,6	79,0	76,9	74,2	71,9	68,9
Nettogeldvermögen	-32,6	-42,0	-45,2	-48,7	-49,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Einnahmen insgesamt	45,5	43,3	43,4	43,7	44,3	44,5	44,5	44,5	44,2
Ausgaben insgesamt	47,4	46,9	45,1	44,6	44,2	44,3	44,1	44,3	43,9
<i>davon: Zinsen</i>	3,2	2,9	2,6	2,5	2,3	2,0	1,8	1,7	1,6
Unternehmen (% des BIP)									
Finanzierungssaldo	-2,5	0,6	2,1	2,1	2,2	2,0	2,5	2,9	3,0
Nettogeldvermögen; nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	-52,4	-50,8	-56,0	-50,9	-52,3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Nettogeldvermögen; finanzielle Kapitalgesellschaften	-2,7	-5,3	-1,3	7,4	8,3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Bruttoinvestitionen	13,0	11,8	11,9	12,2	10,8	10,7	10,6	10,4	10,8
Bruttobetriebsüberschuss	22,7	24,9	26,7	25,9	25,2	24,7	24,9	24,9	25,6
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (% des BIP)									
Finanzierungssaldo	3,3	5,4	5,7	4,8	5,0	4,8	4,9	4,9	4,5
Nettogeldvermögen	88,6	101,6	115,5	117,0	122,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Bruttolöhne und -gehälter	42,3	41,3	39,7	40,3	41,2	41,5	41,7	41,9	41,7
Nettoeinkommen aus Vermögen	11,3	12,8	14,4	13,8	14,1	13,6	13,2	13,1	13,0
Erhaltene Transferzahlungen	22,2	22,7	21,4	20,6	20,5	20,6	20,5	20,4	20,2
Bruttoersparnis	10,7	10,9	11,3	11,0	11,0	10,9	10,9	10,9	10,6
Übrige Welt (% des BIP)									
Finanzierungssaldo	-1,0	2,4	6,1	6,1	7,3	7,0	7,8	8,0	7,8
Nettogeldvermögen	0,1	-1,7	-9,9	-19,8	-24,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Nettoexport von Waren und Dienstleistungen	0,9	4,0	5,6	4,8	5,9	5,8	6,5	6,9	6,7
Von der übrigen Welt empfangenes Nettoprimäreinkommen	-0,5	-0,2	1,9	2,6	2,6	2,6	2,5	2,4	2,2
Nettovermögenstransaktionen	0,0	-0,1	0,0	-0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Sektor handelbare Güter	42,2	42,7	42,7	42,7	42,7	42,4	42,2	k.A.	k.A.
Sektor nichthandelbare Güter	48,3	47,8	47,3	47,1	47,1	47,5	47,8	k.A.	k.A.
<i>davon: Hoch- und Tiefbau</i>	5,2	3,9	3,6	4,0	4,1	4,1	4,3	k.A.	k.A.

Anmerkungen:

¹ Die Produktionslücke ist die Lücke zwischen dem tatsächlichen und dem potenziellen Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen von 2005.

² Der Indikator für die Binnennachfrage enthält die Bestände.

³ Als arbeitslos gelten alle Menschen, die nicht erwerbstätig sind, aktiv Arbeit suchen und bereit sind, sofort oder innerhalb von zwei Wochen eine Arbeitsstelle anzutreten. Erwerbstätige und Arbeitslose bilden zusammen die Erwerbsbevölkerung. Für die Arbeitslosenquote wird die Altersgruppe der 15- bis 74-Jährigen berücksichtigt.

Quelle:

Winterprognose 2015 der Kommission; Berechnungen der Kommission

Tabelle B.2: Finanzmarkindikatoren

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gesamtvermögen des Bankensektors (% des BIP) ¹⁾	313,2	332,9	321,6	308,5	275,0	276,8
Anteil der fünf größten Banken (% des Gesamtvermögens)	25,0	32,6	33,5	33,0	30,6	k.A.
Ausländischer Besitz im Bankensystem (% des Gesamtvermögens)	10,7	10,9	11,5	12,2	11,2	k.A.
Indikatoren zur Finanzstabilität (FSI):						
- notleidende Kredite (% der Kredite insgesamt) ²⁾	3,3	3,2	3,0	2,9	2,7	k.A.
- Eigenkapitalquote (%) ³⁾	14,8	16,1	16,4	17,9	19,2	17,7
- Eigenkapitalrentabilität (%) ⁴⁾	5,0	8,8	13,0	10,8	7,5	k.A.
Privatkredite (% Jahresvergleich) ¹⁾	0,0	0,0	2,0	1,1	0,5	1,4
Wohnimmobilienkredite (% Jahresvergleich) ¹⁾	0,2	0,7	1,2	1,9	2,0	2,3
Kredit-Einlagen-Verhältnis ¹⁾	87,6	84,7	83,4	82,5	80,1	79,4
Zentralbank-Liquidität in % der Verbindlichkeiten ⁵⁾	3,7	1,7	1,3	1,2	1,0	0,4
Schulden des privaten Sektors (% des BIP)	113,5	107,7	103,9	103,7	103,4	k.A.
Bruttoauslandsverschuldung (% des BIP) ⁶⁾						
- öffentlicher Sektor	39,1	43,9	49,0	51,2	46,6	47,7
- privater Sektor	42,8	44,6	46,0	43,6	42,4	42,2
Abstand Langfristzins gegenüber Bundesanleihen (Basispunkte)*	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
CDS-Spreads für Staatsanleihen (5 Jahre)*	37,4	32,2	44,8	32,7	14,9	12,7

Anmerkungen:

¹⁾ Neueste Daten von November 2014.

²⁾ Neueste Daten von 2013. Methodischer Bruch im Jahr 2009 aufgrund von Änderungen des Rechtsrahmens für Berichtsverfahren für die Prüfung von Banken. 2014 wurde Basel III eingeführt.

³⁾ Neueste Daten Q2 2014.

⁴⁾ Nur im Inland eingetragene Einlageninstitute mit ihren abhängigen Zweigstellen im Inland und Ausland werden berücksichtigt.

⁵⁾ Neueste Daten von September 2014.

⁶⁾ Neueste Daten von Juni 2014. Ohne Währungsbehörden und monetäre Finanzinstitute.

* In Basispunkten.

Quelle:

IWF (Indikatoren für finanzielle Solidität); Europäische Kommission (langfristige Zinssätze); Weltbank (Bruttoauslandsverschuldung); EZB (alle anderen Indikatoren).

Tabelle B.3: Indikatoren zur Besteuerung

	2002	2006	2008	2010	2011	2012
Steuereinnahmen insgesamt , einschl. tatsächliche Pflichtsozialbeiträge (% des BIP)	38,9	38,6	38,9	38,0	38,5	39,1
Aufschlüsselung nach ökonomischen Funktionen (% des BIP)¹						
Verbrauch	10,4	10,2	10,7	10,7	10,9	10,8
davon:						
- MwSt	6,4	6,4	7,1	7,2	7,3	7,3
- Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und Alkohol	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
- Energie	2,2	2,0	1,8	1,9	1,8	1,8
- Sonstiges (Rest)	1,0	1,0	1,1	1,0	1,1	1,1
Erwerbstätige Arbeitskräfte	20,7	19,0	19,2	18,9	18,9	19,5
Nichterwerbstätige Arbeitskräfte	2,9	2,9	2,7	2,7	2,6	2,6
Kapital- und Unternehmenseinkünfte	3,8	5,4	5,3	4,5	5,1	5,1
Kapitalstock/Vermögen	1,0	1,1	1,0	1,0	1,0	1,1
p.m. Umweltsteuern ²	2,5	2,4	2,2	2,2	2,2	2,2
Effizienz der MwSt³						
Tatsächliche MwSt-Einnahmen in % der theoretischen Einnahmen zum Normalsatz	56,5	56,9	55,6	54,4	55,3	55,1

Anmerkung:

1. Aufschlüsselung der Steuereinnahmen nach ökonomischen Funktionen, d. h. nach Verbrauch, Arbeit und Kapital. Näheres siehe Europäische Kommission (2014), *Taxation trends in the European Union*.

2. Hierunter fallen Energie-, Verkehrs- und Umweltabgaben sowie die Ressourcenbesteuerung im Rahmen der Verbrauch- und Vermögensteuer.

3. Die MwSt-Effizienz wird anhand der MwSt-Einnahmenquote gemessen. Die MwSt-Einnahmenquote entspricht dem Verhältnis zwischen tatsächlich eingemommener MwSt und den MwSt-Einnahmen, die anfielen, wenn der gesamte inländische Endverbrauch zum Normalsatz besteuert würde. Es handelt sich um einen ungenauen Wert für die (theoretische) reine MwSt-Bemessungsgrundlage. Eine niedrige Quote kann auf eine reduzierte Bemessungsgrundlage hinweisen, die auf umfassende Befreiungen, die Anwendung ermäßigter Sätze auf zahlreiche Waren und Leistungen (rechtliche Lücke) oder die Nichterhebung von Steuern (Erhebungslücke), z. B. aufgrund von Betrug, schließen lässt. Es sei darauf hingewiesen, dass die Höhe der Quote insbesondere bei kleineren Volkswirtschaften auch vom Umfang des grenzüberschreitenden Handels (einschließlich Finanzdienstleistungen) gegenüber dem Binnenverbrauch beeinflusst wird. Näheres siehe Europäische Kommission (2012), *Tax Reforms in EU Member States*, und OECD (2014), *Consumption tax trends*.

Quelle: Europäische Kommission

Tabelle B.4: **Arbeitsmarkt- und Sozialindikatoren**

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Beschäftigungsquote (% d. Bevölkerung von 20-64)	74,0	74,2	74,9	76,5	76,9	77,3	77,6
Beschäftigungswachstum (% Jahresvergleich)	1,3	0,1	0,3	1,3	1,1	0,6	0,8
Beschäftigungsquote Frauen (% d. weibl. Bevölkerung von 20-64)	67,8	68,7	69,6	71,3	71,6	72,5	73,1
Beschäftigungsquote Männer (% d. männl. Bevölkerung von 20-64)	80,1	79,6	80,1	81,7	82,1	82,1	82,2
Beschäftigungsquote ältere Arbeitnehmer (% d. Bevölkerung von 55-64)	53,7	56,1	57,7	60,0	61,6	63,6	65,4
Teilzeitbeschäftigung (% der Erwerbstätigen der Altersgruppe ab 15 Jahre)	25,9	26,1	26,2	26,8	26,8	27,7	27,7
Teilzeitbeschäftigung Frauen (% der weibl. Erwerbstätigen der Altersgruppe ab 15 Jahre)	45,7	45,4	45,5	46,0	45,9	47,3	47,1
Teilzeitbeschäftigung Männer (% der männl. Erwerbstätigen der Altersgruppe ab 15 Jahre)	9,3	9,6	9,7	10,2	10,3	10,6	10,8
Befristete Beschäftigung (% der Erwerbstätigen der Altersgruppe ab 15 Jahre, deren Arbeitsvertrag befristet Beschäftigungsverhältnissen, ab 15 Jahren)	14,7	14,5	14,7	14,5	13,7	13,3	13,0
Übergänge von befristeten zu unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen	37,2	36,5	41,0	40,7	40,2	k.A.	k.A.
Arbeitslosenquote ¹ (% d. Erwerbspersonen von 15-74)	7,4	7,6	7,0	5,8	5,4	5,2	5,0
Langzeitarbeitslosigkeit ² (% d. Erwerbspersonen)	3,9	3,5	3,3	2,8	2,4	2,3	2,3
Jugendarbeitslosigkeit (% d. jungen Erwerbspersonen von 15-24)	10,4	11,1	9,8	8,5	8,0	7,8	7,7
NEET-Quote (% d. Bevölkerung von 15-24)	8,4	8,8	8,3	7,5	7,1	6,3	k.A.
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger (% d. Bevölkerung von 18-24, die höchstens einen Abschluss der Sekundarstufe I haben u. sich nicht in einem allg. o. berufl. Bildungsgang befinden)	11,8	11,1	11,9	11,7	10,6	9,9	k.A.
Hochschulabsolventen (% der Bevölkerung von 30-34 mit Hochschulabschluss)	27,7	29,4	29,8	30,7	32,0	33,1	k.A.
Reguläre Kinderbetreuung (1- 29 Stunden; % d. Bevölkerung unter 3 Jahren)	10,0	7,0	7,0	9,0	9,0	k.A.	k.A.
Reguläre Kinderbetreuung (über 30 Stunden; % d. Bevölkerung unter 3 Jahren)	9,0	12,0	13,0	15,0	15,0	k.A.	:
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten (Jahresvergleich in %)	-0,3	-5,7	3,8	2,2	-0,7	-0,5	0,6
Arbeitsstunden je Beschäftigten (Jahresvergleich in %)	-0,4	-3,2	1,3	0,2	-1,4	-0,9	0,5
Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde (% Jahresvergleich; konstante Preise)	0,2	-2,6	2,5	2,0	0,6	0,4	0,1
Arbeitnehmerentgelt (% Jahresvergleich, konstante Preise)	1,3	-1,5	1,8	1,7	1,0	-0,2	0,8
Nominale Lohnstückkosten (% Jahresvergleich)	2,3	5,6	-1,1	1,0	3,1	2,1	k.A.
Reale Lohnstückkosten (% Jahresvergleich)	1,5	4,4	-2,1	-0,2	1,6	-0,1	k.A.

Anmerkungen:

¹ Als arbeitslos gelten alle Menschen, die nicht erwerbstätig sind, aktiv Arbeit suchen und bereit sind, sofort oder innerhalb von zwei Wochen eine Arbeitsstelle anzutreten. Erwerbstätige und Arbeitslose bilden zusammen die Erwerbsbevölkerung. In den Angaben zur Arbeitslosenquote 2014 sind die Anfang Februar 2015 veröffentlichten Eurostat-Daten berücksichtigt.

² Is langzeitarbeitslos gelten Menschen, die seit mindestens 12 Monaten nicht erwerbstätig sind.

(Fortsetzung nächste Seite)

Tabelle (Fortsetzung)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Krankheit/Gesundheitsvorsorge	8,0	8,3	9,7	9,5	9,4	9,6
Invalidität	2,1	2,2	2,3	2,3	2,2	2,3
Alter und Hinterbliebene	11,4	11,4	12,2	11,8	11,4	11,4
Familie/Kinder	2,8	2,8	3,2	3,2	3,1	3,2
Arbeitslosigkeit	1,5	1,4	1,9	1,7	1,3	1,2
Wohnen und soziale Ausgrenzung a.n.g.	0,7	0,6	0,7	0,7	0,6	0,6
Insgesamt	26,6	26,9	30,2	29,4	28,3	28,3
davon: bedürftigkeitsabhängige Leistungen	3,3	3,3	3,6	3,5	3,4	3,4
Indikatoren für soziale Inklusion	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen ¹ (% der Gesamtbevölkerung)	20,1	20,0	19,7	19,9	19,6	20,3
Von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdete Kinder (% der Bevölkerung unter 18 Jahren)	20,1	20,4	21,7	19,9	18,4	19,4
Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte ältere Menschen (% der Bevölkerung ab 65 Jahren)	15,5	16,0	14,8	15,3	15,8	16,0
Armutsgefährdungsquote ² (% der Gesamtbevölkerung)	15,2	15,5	15,6	15,8	16,1	16,1
Quote der erheblichen materiellen Entbehrung ³ (% der Gesamtbevölkerung)	5,5	5,4	4,5	5,3	4,9	5,4
Menschen in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsintensität ⁴ (% der Bevölkerung unter 60 Jahren)	11,7	10,9	11,2	11,2	9,9	9,9
Armutsgefährdungsquote Erwerbstätige (% der Erwerbstätigen)	7,1	6,8	7,2	7,7	7,8	8,6
Armutsverringende Wirkung von Sozialleistungen (ohne Altersversorgung)	37,2	35,7	35,5	37,1	33,7	34,0
Armutsschwelle (in Landeswährung zu konstanten Preisen ⁵)	10743,3	10609,1	10709,9	10730,3	10772,8	10537,9
Verfügbares Bruttoeinkommen der Haushalte	1653050,0	1648650,0	1697540,0	1762560,0	1805220,0	k.A.
Relative mediane Armutsgefährdungslücke (60 % des Medianäquivalenzeinkommens aller Altersgruppen)	22,2	21,5	20,7	21,4	21,1	20,4
Ungleichheit der Einkommensverteilung (S80/S20- Verteilungsquintil)	4,8	4,5	4,5	4,5	4,3	4,6

Anmerkungen:

¹ Menschen, die von Armut bedroht sind und/oder unter erheblichen materiellen Entbehrungen leiden und/oder in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit oder mit sehr niedriger Erwerbsintensität leben.

² Anteil der Menschen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des nationalen Medianäquivalenzeinkommens.

³ Anteil der Menschen, die unter mindestens vier der folgenden Entbehrungen leiden: Sie können i) ihre Miete oder Wasser-, Gas- und Stromrechnungen nicht bezahlen, ii) ihre Wohnung nicht angemessen heizen, iii) keine unerwarteten Ausgaben tätigen, iv) nicht jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder ein Proteinäquivalent essen, v) nicht einmal im Jahr eine Woche lang verreisen, vi) sich kein Auto, vii) keine Waschmaschine, viii) keinen Farbfernseher oder ix) kein Telefon leisten.

⁴ Anteil der Menschen unter 60 Jahren, die in Haushalten leben, in denen die Erwachsenen (ausgenommen unterhaltsberechtigende Kinder) in den vergangenen 12 Monaten weniger als 20 % ihrer potenziellen Arbeitszeit erwerbstätig waren.

⁵ Für EE, CY, MT, SI und SK sind die Schwellenwerte in Nominalbeträgen in Euro angegeben. Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) = 100 für 2006 (Die Erhebung für 2007 gibt die Einkommen von 2006 wieder.)

⁶ Die Angaben für 2014 beruhen auf dem Durchschnittswert der ersten drei Quartale.

Quellen: Daten zu den Ausgaben für Sozialleistungen: ESSOSS; Daten zur sozialen Eingliederung: EU-SILC.

Tabelle B.5: **Leistungsindikatoren der Produktmärkte und Politikindikatoren**

	2004-08	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Arbeitsproduktivität ¹ in der gesamten Volkswirtschaft (% Jahresvergleich)	1,4	-6,2	4,0	2,2	-0,7	-0,5	0,5
Arbeitsproduktivität ¹ im verarbeitenden Gewerbe (% Jahresvergleich)	3,2	-17,3	20,9	6,8	-2,4	0,0	1,6
Arbeitsproduktivität ¹ im Energiesektor (% Jahresvergleich)	1,0	9,7	2,8	-21,1	21,3	0,6	k.A.
Arbeitsproduktivität ¹ im Baugewerbe (% Jahresvergleich)	-0,5	-3,4	6,8	2,0	-1,3	-1,1	2,0
Arbeitsproduktivität ¹ im Groß- und Einzelhandel (% Jahresvergleich)	2,4	-5,4	-2,5	2,6	-4,6	-0,5	k.A.
Arbeitsproduktivität ¹ in der Informations- und Kommunikationsbranche (% Jahresvergleich)	5,4	0,3	2,6	9,6	3,4	0,7	0,2
Patentintensität im verarbeitenden Gewerbe ² (Anzahl der Anmeldungen beim Europäischen Patentamt im Verhältnis zur Bruttowertschöpfung des Sektors)	0,0	0,1	0,0	0,0	k.A.	k.A.	k.A.
Politikindikatoren	2004-08	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Vertragsdurchsetzungs ³ (Tage)	396	394	394	394	394	394	394
Unternehmensgründung ³ (Tage)	24,9	18	15	15	15	15	15
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (% des BIP)	2,5	2,7	2,7	2,8	2,9	2,9	k.A.
Gesamtausgaben der öffentlichen Hand für Bildung (% des BIP)	4,5	5,1	5,1	5,0	k.A.	k.A.	k.A.
(Index: 0 = nicht reguliert; 6 = sehr stark reguliert)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Produktmarktregulierung ⁴ insgesamt	1,41	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	1,29	k.A.
Produktmarktregulierung ⁴ im Einzelhandel	2,88	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	2,71	k.A.
Produktmarktregulierung ⁴ bei den freiberuflichen Dienstleistungen	2,82	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	2,65	k.A.
Produktmarktregulierung ⁴ bei den netzgebundenen Wirtschaftszweigen ⁵	1,33	1,32	1,33	1,28	1,27	1,27	k.A.

Anmerkungen:

¹ Arbeitsproduktivität ist definiert als Bruttowertschöpfung (in konstanten Preisen) im Verhältnis zur Anzahl der Beschäftigten.

² Hier sind alle Anmeldungen beim Europäischen Patentamt berücksichtigt, die in dem jeweiligen Jahr eingingen. Die Anmeldungen werden nach dem Wohnsitz des Erfinders aufgeschlüsselt. Sind mehrere Erfinder beteiligt oder wird das Patent verschiedenen IPC-Klassen zugeordnet, werden die Daten anteilig zugerechnet, um eine Doppelzählung zu vermeiden.

³ Die diesem Indikator zugrunde liegenden Methoden und Annahmen sind hier eingehend erläutert: <http://www.doingbusiness.org/methodology>.

⁴ Index: 0 = nicht reguliert; 6 = sehr stark reguliert. Die Methoden für die OECD-Indikatoren zur Produktmarktregulierung sind hier eingehend erläutert: <http://www.oecd.org/competition/reform/indicatorsofproductmarketregulationhomepage.htm>

⁵ Aggregierte OECD-Indikatoren zur Produktmarktregulierung für die Sektoren Energie, Verkehr und Telekommunikation (ETCR).

Quelle:

Europäische Kommission; Weltbank: Doing Business (Daten zur Vertragsdurchsetzung und Zeitaufwand für eine Unternehmensgründung); OECD (Indikatoren der Produktmarktregulierung)

Tabelle B.6: **Grünes Wachstum**

Indikatoren für grünes Wachstum		2003-2007	2008	2009	2010	2011	2012
für die Gesamtwirtschaft							
Energieintensität	kgoe / €	0,15	0,14	0,14	0,14	0,13	0,13
Kohlenstoffintensität	kg / €	0,45	0,41	0,40	0,40	0,38	0,38
Ressourcenintensität (Kehrwert der Ressourcenproduktivität)	kg / €	0,59	0,55	0,55	0,53	0,55	k.A.
Abfallintensität	kg / €	k.A.	0,15	k.A.	0,15	k.A.	0,15
Energie-Außenhandelsbilanz	% GDP	-2,3	-3,5	-2,5	-2,9	-3,7	-3,8
Energieanteil im HVPI	%	10,3	11,9	11,7	11,6	12,3	12,6
Abweichung Energiepreisentwicklung-Inflation	%	4,9	8,6	-2,6	-0,8	7,0	3,6
Verhältnis der Umweltbesteuerung zur Arbeitsbesteuerung	ratio	11,0%	10,1%	10,3%	10,1%	10,4%	9,9%
Verhältnis der Umweltbesteuerung zum Gesamtsteueraufkommen	ratio	6,3%	5,6%	5,9%	5,7%	5,8%	5,5%
für einzelne Wirtschaftszweige							
Energieintensität im verarbeitenden Gewerbe	kgoe / €	0,12	0,11	0,12	0,11	0,11	0,11
Anteil der energieintensiven Branchen an der Gesamtwirtschaft	% GDP	10,8	10,7	9,8	10,5	10,2	k.A.
Strompreise für Industriebetriebe mittlerer Größe**	€ / kWh	k.A.	0,11	0,11	0,12	0,12	0,13
Gaspreise für Industriebetriebe mittlerer Größe***	€ / kWh	k.A.	0,05	0,04	0,04	0,04	0,04
Öffentliche FuE-Aufwendungen für den Energiesektor	% GDP	k.A.	0,03	0,04	0,04	0,03	0,04
Öffentliche FuE-Aufwendungen für die Umwelt	% GDP	k.A.	0,02	0,03	0,03	0,02	0,03
Recyclingquote für Siedlungsabfälle	ratio	64,5%	76,7%	77,2%	78,2%	79,0%	82,5%
Anteil der vom EHS abgedeckten THG-Emissionen*	%	k.A.	48,3	46,9	48,1	48,5	48,2
Energieintensität im Verkehrssektor	kgoe / €	0,73	0,63	0,69	0,67	0,63	0,64
Kohlenstoffintensität im Verkehrssektor	kg / €	1,89	1,58	1,75	1,71	1,62	1,63
Energieversorgungssicherheit							
Energieimportabhängigkeit	%	60,2	60,8	61,0	60,0	61,5	61,1
Diversifizierung bei den Ölimporten	HHI	0,13	0,12	0,13	0,13	0,14	0,14
Diversifizierung des Energiemixes	HHI	k.A.	0,25	0,24	0,24	0,24	0,24
Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix	%	5,2	6,9	7,7	8,5	9,4	10,4

Länderspezifische Anmerkungen:

Angaben zum Jahr 2013 lagen nicht vor.

Erläuterungen zu den Tabellenkomponenten:

Sämtliche gesamtwirtschaftlichen Intensitätsindikatoren sind als Verhältnis der physischen Menge zum BIP (zu Preisen von 2000) angegeben.

Energieintensität: Quotient aus Bruttoinlandsenergieverbrauch (in RÖE) und BIP (in EUR)

Kohlenstoffintensität: Quotient aus Treibhausgasemissionen (in kg CO₂ Äquivalent) und BIP (in EUR)

Ressourcenintensität: Quotient aus inländischem Rohstoffverbrauch (in kg) und BIP (in EUR)

Abfallintensität: Quotient aus Abfall (in kg) und BIP (in EUR)

Energie-Außenhandelsbilanz: Saldo der Energieaus- und -einfuhren in % des BIP

Energieanteil am HVPI: Energiekomponente des HVPI-Warenkorbs

Abweichung Energiepreisentwicklung-Inflation: Energiekomponente des HVPI und HVPI-Inflation insgesamt (% Jahresvergleich)

Verhältnis der Umweltbesteuerung zur Arbeitsbesteuerung bzw. zum Gesamtsteueraufkommen: aus den TAXUD-Daten „Taxation trends in the European Union“

Energieintensität im verarbeitenden Gewerbe: Quotient aus Energieverbrauch (in RÖE) und Bruttowertschöpfung (zu Preisen von 2005 in EUR) im verarbeitenden Gewerbe

Anteil der energieintensiven Branchen an der Gesamtwirtschaft: Anteil der Bruttowertschöpfung der energieintensiven Branchen am BIP

Strom- und Gaspreise für Industriebetriebe mittlerer Größe: Verbrauchsstufen 500–2000MWh und 10000–100000 GJ; ohne MwSt

Recyclingquote der Siedlungsabfälle: Anteil der Siedlungsabfälle, die recycelt werden

Öffentliche FuE-Aufwendungen für den Energiesektor und für die Umwelt: Aufwendungen der öffentlichen Hand für FuE (GBAORD) für diese Sektoren in % des BIP

Anteil der vom EHS abgedeckten THG-Emissionen: von den Mitgliedstaaten an die Europäische Umweltagentur übermittelte Angaben zu

Treibhausgasemissionen (ohne LULUCF)

Energieintensität im Verkehrssektor: Quotient aus Energieverbrauch (in RÖE) und Bruttowertschöpfung (zu Preisen von 2005 in EUR) im

Verkehrssektor

Kohlenstoffintensität im Verkehrssektor: Quotient aus Treibhausgasemissionen und Bruttowertschöpfung im Verkehrssektor

Energieimportabhängigkeit: Quotient aus Netto-Energieeinfuhren und Bruttoinlandsenergieverbrauch (einschl. internat. Bunkeröle)

Diversifizierung bei den Ölimporten: Die Diversifizierung wird mit Hilfe des Herfindahl-Hirschmann-Index (HHI) als Summe aller quadrierten Marktanteile der Lieferländer wiedergegeben.

Diversifizierung des Energiemixes: In diesem Herfindahl-Hirschmann-Index sind Erdgas, sämtliche Erdölzeugnisse, Nuklearenergie, erneuerbare Energien und feste Brennstoffe erfasst.

Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix: Prozentanteil der erneuerbaren Energien am Bruttoinlandsenergieverbrauch (in Tonnen Rohöleinheiten)

* Europäische Kommission und Europäische Umweltagentur

** Für DE, HR, LU, NL, FI, SE und UK beruhen die Angaben für 2007 auf dem Durchschnittswert von S1 und S2, für die übrigen Länder nur auf S2.

*** Für HR, IT, NL, FI, SE und UK beruhen die Angaben für 2007 auf dem Durchschnittswert von S1 und S2, für die übrigen Länder nur auf S2.

Quelle:

Eurostat, sofern nicht anders angegeben; Erläuterungen zur Tabelle: ECFIN.